

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.
Wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
Eingetragene in die Post-Verzeichnisse
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche
Anzeigen 25 Pf., für
„Kleine Anzeigen“, das erste
Mal 10 Pf., jedes weitere
Mal 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an
Wochentagen bis 7 Uhr abends, an
Sonntagen bis 8 Uhr nachmittags
geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 26. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Neue Wirren!

Aus Wien wird uns vom 24. September geschrieben:

Der Krieg zwischen der Krone und dem ungarischen Reichstag ist nun in voller Schärfe entbrannt. Die lange Krise hat sich nun in eine unüberwindliche Maschinerie verwandelt. Zu den größten Überraschungen dieser an erstaunlichen Vorgängen doch nicht armen Krise gehört, daß die Verschärfung durch einen Plan herbeigeführt wurde, dessen Absichten ungewöhnlich dahin gingen, einen ersten Versuch zur Lösung des Konflikts zu unternehmen. Nachdem die Krone dem Wahlreformvorschlag Fejervarys verworfen und die Demission des Beamtenministeriums angenommen hatte, blieb ihr nichts übrig, als in neue Verhandlungen mit der Koalition zu treten. Der Reichstag wurde bis zum 10. Oktober vertagt, und die stärkste Notwendigkeit gebot, bis dahin das parlamentarische Ministerium der Reichstagsmehrheit zu bilden. Nach langem Zögern entschloß sich die Hofburg zu einer ganz neuen und höchst feierlichen Sache. Während bisher die Verhandlungen mit der Koalition so geführt worden waren, daß die Krone einen Unterhändler bestimmte und die unterschiedlichen Führer einzeln zur Audienz beschieden wurden, sollte diesmal eine Kollektivaudienz erfolgen. Es wurden also die Herren Graf Andrássy (das ist der Sohn des einstmaligen Ministers des Aeußeren und des Vizepräsidenten des Bündnisses mit Deutschland), Baron Banffy, Franz Kossuth und Graf Adola Bichy zur Audienz in die Wiener Hofburg berufen. Diese merkwürdige Veranstaltung mußte um so mehr den Eindruck hervorrufen, daß die Krone einen regelrechten Zufall vor den Magyaren beabsichtige, als auch noch Graf Aponyi geladen wurde, von dem man weiß, daß er in der Hofburg ebenso gehäht wird, als er sie häßt. Aponyi, ehemals Minister und Österreicher, ist heute im Lager der Unabhängigkeitspartei angelangt und neben Kossuth der eigentliche Führer der größten Reichstagspartei.

Nun ist es aber ganz anders gekommen, gerade umgekehrt. Daß die Krone in der Frage der magyarischen Kommandosprache nicht nachgeben werde, war allerdings klar, aber man hatte doch geglaubt, daß die Krone den Wahlreformplan erst abgelehnt habe, daß ihre Ablehnung von der Koalition durch Nachgiebigkeit belohnt werde. Man mußte also von der Kollektivaudienz erwarten, daß sie bestimmt sei, unmittelbare Verhandlungen anzubahnen, nach irgend einem Ausweg zu suchen, dem die Mehrheit leichtlich entspreche. War dies nicht der Zweck der Audienz, so war die Verurteilung der Führer überhaupt eine Stupidität. So wie die Audienz verlief, wurden fünf Mitglieder der Koalition, kaum als sie gekommen waren, bildlich gesprochen, wieder hinausgeworfen. Die ganze Audienz dauerte fünf Minuten. Statt mit den Führern zu verhandeln, behandelte der Kaiser sie wie arme Supplikanten. Die fünf Führer kamen überhaupt nicht zum Wort. Sie wurden mit einer kurzen Ansprache in deutscher Sprache abgefertigt. Der Kaiser legte einfach sein Programm vor: die unveränderte Aufrechterhaltung des Dualismus und Leistung aller Verpflichtungen, die der Dualismus heischt. Deshalb bewegt sich das Programm ausschließlich um die Krone. Andere Sorgen und Interessen hat die Hofburg nicht. Von der Kommandosprache wird brüsk erklärt, daß darin eine Nachgiebigkeit absolut ausgeschlossen ist und bleibt. Ueberhaupt müßten die Grundlagen der Großmacht, die gemeinsame Armee und die Gemeinamkeit der auswärtigen Vertretungen „vollkommen unberührt bleiben.“ Was die Großmacht betrifft, um existieren zu können, soll ihr die Koalition ausdrücklich garantieren, also die normale Rekrutierung und die Erhöhung des Kontingents, die Wahl der Delegation und der Quotenrepräsentation, die Kostenbedeckung der in den letzten Delegationen herausgeschwindelten Militäraufschüsse, und, weil das auch zur Großmachtstellung gehört, die Votierung der Handelsverträge. Was der Kaiser mit seinem Programm will, ist dieses: Die neue antidualistische Mehrheit des ungarischen Reichstages soll sich zum Dualismus bekennen, aber sie kann ihn höchstens dulden, hinnehmen, aber nicht beschwören! Der Konflikt steht tiefer: die Krone will die Monarchie erhalten und der Reichstag will das selbständige Ungarn errichten. Der Konflikt kann für eine Zeit verschleiert werden, zu beheben ist er nicht mehr. Und so rührt das Stammen über diese groteske „Audienz“ davon her, daß man erwartet hatte, der Kaiser werde den Gegenjag zu verschleiern und dadurch aufzulösen suchen, wogegen das „Programm“ ihn festnagelt und bloßlegt.

Vorläufig muß man also mit der Fortdauer der dualistischen Krise rechnen. Zwar ist Sonnabend noch ein neuer Unterhändler gestellt worden, aber er wird von der Koalition nichts anderes vernehmen, als daß es so, wie es sich die Majestät vorzustellen geruht, nicht geht. Mittlerweile ballen sich die Völkchen auch über den österreichischen Reichsrat zusammen, der sich im Frühjahr einer unerwarteten Arbeitsfähigkeit erfreuen konnte. Er tritt Dienstag zu einer kurzen Vorsektion zusammen, deren eigentlicher Zweck der ist, zu den Vorgängen in Ungarn, wie man hierzulande sagt, „Stellung zu nehmen.“ Aber aus der Session, mit der sich Herr v. Gautsch bei den selbstgefälligen Abgeordneten einschmeicheln wollte, kann leicht für ihn eine Unglückssektion werden. Es geht dem glatten Herrn, den höfische Intrigen zur Macht gebracht haben, überhaupt recht schlecht. Die alten nationalen Jertwürfnisse melden sich wieder und in Hintergründe tauchen die alten Obstruktionen auf. Aber Herr v. Gautsch ist eine neue und ganz anders geardete Gefahr, als die schwächere Opposition der nationalen Bourgeoisie entstanden. Seine stielische Einnischung in die ungarischen Dinge, die bekanntlich zur Verwerfung des kaiserlichen Wahlreformplanes führten, und insbesondere seine Begründung: daß dadurch die „Gefahr“ entstände, daß man das allgemeine und gleiche Wahlrecht auch

in Oesterreich einführen müßte, hat in die Arbeiterschaft eine furchtbare Erregung getragen, deren Widerhall der Ministerpräsident auch im Abgeordnetenhaus verspüren wird. So tiefgehend ist die Empörung über das vermessene Unterfangen des „Thezesianisten“, wie man den ehemaligen Kurator der bekannten adeligen Juchtsanstalt nennt, daß die Partei, obwohl ihr Gesamtparteitag schon einberufen ist, in der vorigen Woche eine eigene Reichskonferenz hielt, um über die Schritte gegen Gautsch zu beraten. In der Konferenz wurden die stärksten Töne laut, und mit der denkbar deutlichsten Weise wurde nicht nur das Vorgehen des Ministerpräsidenten, sondern auch die Haltung der Dynastie kritisiert. Auch als eine Probe der Rücksichtslosigkeit der proletarischen Politik in Oesterreich mag hier eine Stelle aus dem Aufruf mitgeteilt werden, der in der Konferenz beschlossen wurde:

Arbeiter! Parteigenossen! In einer Beratung unter Vorsitz des Kaisers hat Euch der österreichische Ministerpräsident einen unerhörten Schimpf angetan. Vermessen hat er Euer Recht geleugnet, Eure Zukunft freventlich bestritten, Eure Ehre als Klasse hat er angetastet und Eure Stellung als Staatsbürger hat er in Zweifel gestellt. Als Gegner des arbeitenden Volkes hat Gautsch sich einschleiert, als Volksfeind brandmarken wir ihn! Erhebt Euch, Arbeiter, und rächt die Euch angetane Schmach! Macht ihn unschädlich, der das Recht des Volkes mit Füßen trat! Mühet ihn allen unerbittlichen Kampf an, die Euren heiligen Anspruch bezweifeln; macht es den Mächtigen dieses Staates klar, daß die Zeit der Langmut vorüber ist, daß die arbeitenden Klassen in Oesterreich entschlossen sind, sich ihr volles Recht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, unter allen Umständen zu erkämpfen.

Antwortet, Arbeiter, dem Feinde des arbeitenden Volkes! Steht auf, Proletariat aller Nationen in Oesterreich, und lündef ihm unseren unbegrenzten Entschluß: Nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis dieser Angriff auf die Ehre der Arbeiterklasse, dieses Attentat auf das Recht der arbeitenden Menschen geführt, bis der Volksfeind beseitigt ist. Nieder und fort mit Gautsch! Das ist die Antwort der Sozialdemokratie auf jene verwegene Herausforderung; das wird unsere Parole sein, bis an dem schuldigen Wanne die Exekution vollzogen sein wird. Und nicht bloß der Mann muß politisch vernichtet, das elende, schmachvolle, Staat und Völkern verunehrend Privilegienwahrecht muß endlich ausgerottet werden. Weg mit den Privilegien und weg mit ihrem Hüter, dem Gautsch, und heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht! Nieder mit den Bastionen des Unrechtes und die Bahn freimacht für die geistige, politische und soziale Entwicklung der Völkler!

Sammelt Euch, Arbeiter, und kündet laut Euren Willen. Sammelt Euch in den Versammlungen, sammelt Euch in Massen; gewaltig sei Euer Aufmarsch und entschlossen Eure Tat. Verkündet Euren Willen, daß die Meinung auf die Gebuld des Volkes falsch, daß das Spiel mit den Rechten des Volkes zu Ende ist. Eure Abgeordneten werden ihm Worte leiden im Parlament, Ihr aber werdet den Herrschenden offenbaren, daß die Arbeiterklasse in Oesterreich einig ist in der Forderung nach Sühne für die ihr angetane Schmach, einig in dem Kampfe für ihr geistiges Recht, und so braufe die Forderung von Land zu Land, von Volk zu Volk, schwele zum Sturm an, bis sie Erfüllung findet: Nieder mit den Privilegien! Nieder mit den Volksfeinden! Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht!

Nicht minder deutlich sprachen die Redner. Im ganzen Reiche werden nun Versammlungen abgehalten und die Argumente der „Straße“, vor denen die Mächtigen in Oesterreich immer am meisten gezittert haben, werden wieder lebendig. In der ungarischen Krise kann sich also sehr bald eine österreichische hinzugesellen!

Budapest, 25. September. (Meldung des Ungarischen Telegr.-Korr.-Bureaus.) Der leitende Ausschuh der Koalition erklärte, er bedauere auf das ernste, daß der König die von ihm berufenen Staatsmänner, die als Majorität im Parlament auch die Majorität des Volkes vertreten und daher auch die Führer der Nation in öffentlichen Angelegenheiten seien, nicht angehört. Der Ausschuh verurteilt auch diejenigen, die dem Könige in dieser Richtung Rat schläge erteilen, und billigt das Vorgehen der Führer, die mit dem Grafen v. Goluchowski nicht verhandelt. Der Ausschuh verurteilt ferner, daß der König die Verfassungsdenkschrift der Koalition als gegen die vom König übergebene Denkschrift und als gegen die Verfassung verstoßend zur Sanierung des Verfassungskonfliktes für ungeeignet erklärt.

Ministerpräsident Fejervary reiste heute nachmittags nach Wien ab, wo er morgen vom Könige in Privataudienz empfangen wird.

Budapest, 25. September. Der „West Lloyd“ schreibt über die politische Lage: Die öffentliche Meinung gibt einmütig ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß der so feierlich inszenierte Empfang der Führer der Koalition beim Könige, von dem jedermann eine Wendung zum Besseren erwartete, zum Ausgangspunkt neuer Reibungen und Kämpfe geworden ist. Die Art, in welcher die Vertreter der koalitierten Parteien abgefertigt wurden, die Schroffheit, mit welcher der Herrscher ihnen kurz und bündig nur seinen Willen kundgab, ohne ihre sorgsam vorbereiteten Vorschläge anzuhören, die Zumutung, mit dem Minister des Aeußeren zu verhandeln, der in inneren ungarischen Fragen nicht zuständig ist, alles dies begegnet in den Blättern ohne Unterschied der Parteistellung einer unangenehmen Beurteilung.

Ein Privattelegramm der „Post“ aus Budapest vom 24. September meldet ferner:

Die Lage verhäßert sich hier immer mehr, und die Erbitterung über den wenig höflichen Empfang der ungarischen Politiker in der Wiener Hofburg vertieft sich unangeheuer. Als die Herren heute hierher zurückkehrten, wurden sie auf dem Bahnhofe und in den Straßen von einer nach vielen Tausenden zählenden Menge mit grenzenloser Vegetierung empfangen. Es wurden an sie Anreden gehalten, die Kossuth beantwortete, indem er ausführte, Ungarn könne

nie und nimmer von Wien aus regiert werden, jetzt werde der Kampf erst recht beginnen, und er sei überzeugt, daß es nunmehr in Ungarn nur eine Partei, die Kossuthpartei, gebe. Bei dem Zuge der Menge durch die Straßen wurden, und zwar nicht vereinzelt, die Rufe laut: „Nieder mit der Dynastie! Hoch die Revolution! Hoch die Republik! Nieder mit den vertrottelten Generalen!“

Die Gegner über den Parteitag.

Kaum je haben sich die Gegner der Sozialdemokratie so eifrig mit einem unserer Parteitage beschäftigt als jetzt. Sie haben Skandal oder Langeweile prophezeit. Da es so ganz anders gekommen, bekundet sich ihre Enttäuschung bald in einer das übliche Maß noch weit überschreitenden Hilflosigkeit des Urteils, bald und mehr noch in einer wüsten Hege gegen die Sozialdemokratie.

Die Schleichstein-„Presse“.

In den wildesten Tönen tödt die „Post“.

Schon am Sonntag postierte ihr Redakteur die scharfmacherische But, die täglich auszugeißern er besoldet ist, schäumenden Mundes: „Wie lange noch soll es dem Katholiken Weibel gestattet sein, seine jeden patriotisch empfindenden, ja überhaupt jeden anständig denkenden Menschen aufs tiefste empörenden Nichtswürdigkeiten ungehindert in die Welt zu schleudern? Wie lange will man seinen zu Revolution und Mord aufreizenden Reden gegenüber die Langmut an den Tag legen, welche man sonst nur ungefählichen Narren oder armen Geisteskranken gegenüber zu bewahren pflegt? Ist denn schon alles erlaubt im Deutschen Reiche? Gibt es keine Grenze mehr für die Aufreizung zu Aufruhr und Gewalt?“

Die Wäde des gesamten deutschen Vürgeriums richten sich angehts dieser maßlos verheerenden Aufwiegelungsrede des fanatischen Führers der revolutionären Sozialdemokratie auf die Regierung. Will sie weiter mit verschränkten Armen zusehen, wie dieser verbiffene Demagoge mit der Brandschiff des Aufruhrs und blutigen Bürgerkrieges spielt? Die gemeine Sicherheit und der innere Frieden sind schwer bedroht. Die Gefahr, daß bei auswärtigen Verwicklungen der innere Feind sein blutiges Banner entrollt, ist akut. Darum gilt es, zu handeln und Vorseorge zu treffen, so lange es noch Zeit ist. Wir haben bereits ausgeführt, was zunächst geschehen muß. Wir halten es für die dringendste Pflicht jedes Patrioten und insbesondere der noch vaterländisch empfindenden Presse, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß es zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist, unverzüglich zu handeln, damit der Hydra der Revolution der Kopf zertreten werde.“

Am Montag feht das Blatt der Stimmischen Erbschaft den Versuch fort, durch blöde Fälschungen der Vorgänge auf dem Parteitage die Regierung zu unbedonnenen Handlungen aufzuwiegeln. „Die Hochverratspolitik der Sozialdemokratie“ hat die „Post“ entdeckt: Das Ergebnis des Jenaer Parteitages „läßt sich in drei Worte zusammenfassen: Blut soll fließen.“ Weiter sagt sie:

„Koch niemals ist der Wille zur Revolution, und zwar gegebenenfalls zur gewalttätigen Revolution, so klar und einheitlich, so prinzipiell und systematisch und so sehr von der Massenstimmung getragen zum Ausdruck gelangt, wie jetzt auf dem Parteitage in Jena. Koch niemals ist es so deutlich zum Vorschein gekommen, daß das sozialdemokratische und antisozialdemokratische Problem sowohl im Grunde wie letzten Endes rein politischer Natur ist: Verteidigung des bestehenden Staates und der ihm innewohnenden autoritären Kräfte gegen die revolutionär-demokratische Diktatur der blutdürstern Massengewalt.“

Das Blatt der Lüge und Reaktion fordert särmlich, „sofort nach Zusammentritt des Reichstages mit dem Mittel verbesserter und bevorstehenden revolutionären Eventualitäten angepaßter Strafgesetzgebung gegenüber den beabsichtigten Gewalttaten die nötigen Schranken aufzurichten.“

Dieser Versuch einer schurkischen Auslegung der Jenaer Massenstreiks-Resolution und der Weibelschen Darlegungen ist ohne weiteres erledigt, wenn wir nochmals zitieren, was Weibel über die Stellung unserer Partei zur „Gewalt“ gesagt hat. Er fährt, um nur wenig zu zitieren, aus:

„Eine Debatte, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen wäre, habe ich doch noch nicht gehört. (Heiterkeit.) Als ich das alles hörte, habe ich ein paar mal unwillkürlich auf meine Stiefelspitzen gefeßen, ob ich dort nicht bereits im Blute wate. (Große Heiterkeit.) Auf diese Weise ist der Resolution, gegen die im Grunde niemand etwas hat einwenden können, eine Auslegung gegeben worden, als ob durch sie die wärfsten Gefahren herausbeschworen würden. Ich in meinem harmlosen Gemüt habe an all das gar nicht gedacht und ich glaube, auch meine heutige Rede bietet durchaus keine Veranlassung, mich als so blutigierig hinzustellen. . . .“

Wir Sozialdemokraten haben den Begriff revolutionär stets so aufgefaßt, daß er sich in den Zielen, nicht in den Mitteln dokumentiert. Es kann eine Bewegung gewalttätig durchgeführt werden und doch reaktionär wirken, und auf der anderen Seite kann eine Bewegung, die friedlich bleibt, viel wirksamer und tiefergehend wirken als alle Stanibalkämpfe. (Lebhafte Zustimmung.)“

Auch die meisten anderen konservativen Zeitungen leisten die ihrem Sehnen nach Gewalt entsprechende Fälschung unseres Willens und unserer Beschlüsse. Wir rufen das deutsche Volk auf, daß es gegen Wahlrechtstrauch sich rüste und das gesetzliche Mittel der Arbeitsniederlegung in Erwägung ziehe. Die konservativen Fälscher, welche selbst auf Gewalt und Staatsstreich sinnen, machen daraus: Die Sozialdemokratie wolle die gewalttätige Revolution!

Die preussischen Junker, deren Interessen diese Presse vertritt, werden natürlich nicht nur die Vorrechte, die sie wirtschaftlich und politisch genießen, sondern auch das gleiche Recht mit den

Resolution eine Aufforderung an die Vereinigung, ihre eigenen Parteimitglieder um der Volkspartei Willen hinauszuberufen. Eine sehr charakteristische Zusage. Der Grund des Gegenjahres gegen die Rationalsozialisten besteht darin, daß die nationalsozialistischen Elemente dem Vorkriegsstand nicht kapitalistisch unbedächtig sind. Außerdem wurde am Sonnabend der folgende Antrag über Ministerverantwortlichkeit angenommen:

Der Erlass eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes in den Einzelstaaten und im Reich, sowie die Schaffung verantwortlicher Reichsministerien sind dringend erforderlich. Bis zum Erlass dieser Gesetze ist aber wenigstens die fortwährende und genaueste Beobachtung der Verfassungsbestimmungen zu verlangen, nach denen die Minister und der Reichskanzler für jede politische Handlung, alle Regierungssakle, Verfügungen und Anordnungen des Monarchen und des Kaisers durch Gegenzeichnung die Verantwortung zu übernehmen haben. Die Minister aber erfüllen ihre verfassungsmäßigen Pflichten dieser Verantwortlichkeit nicht durch die inhaltlich-leere und rechtlich bedeutungslose Erklärung im Parlament, daß sie dem Verantwortung übernehmen, sondern allein dadurch, daß sie im Parlament gegenüber Rede stehen, sich verantworten und ihre angeforderte Geschäftsführung sowie ihre angegriffenen Maßnahmen durch ausführliche Darlegung der Gründe rechtfertigen.

Am zweiten Tage verhandelte man über Fleischsteuerung. Man nahm diese Resolution an, die der freiwirtschaftlichen Wahlpolitik widerspricht:

Der Parteitag protestiert aufs energischste gegen die einseitige gegenüber anderen berechtigten Interessen geringfügige Haltung der Reichs- und einzelner Landesregierungen in der Frage der Fleischsteuerung, die geeignet ist, die Interessen der konsumierenden Bevölkerung aufs schwerste zu schädigen, während andererseits die kleine bäuerliche Bevölkerung durch Futtermittelgölle und andere gesetzgeberische Maßnahmen schwer getroffen wird. Der Parteitag fordert rasche Abhilfe seitens der Regierungen durch geeignete gesetzliche und administrative Maßnahmen zur Befreiung der Fleischsteuerung (Aufhebung des Einfuhrverbots für gesundes Fleisch, Ermäßigung der Viehzölle, Öffnung der Grenzen während der Fleischnot unter völliger Sicherung des deutschen Viehbestandes, Befreiung der Futtermittelgölle usw.).

Ferner wurden die Schulfragen beraten. Ein Antrag Eiberfeld verlangte, daß ins Programm die „Trennung von Staat und Kirche“ aufgenommen werde. Ein Antrag Berlin IV (Merten u. Genossen) forderte die allgemeine Volksschule, worunter aber nicht die Einheitschule, sondern nur die Befreiung der besonderen Vorklassen zu verstehen ist; ferner tritt dieser Antrag sowie ein Antrag Frankfurt, Gießen, Kassel, Jülich für die Simultanen gegenüber dem Schulkompromiß ein. Der unwesentliche Simultanenentwurf wurde einstimmig angenommen, das Verlangen nach einer allgemeinen Volksschule gegen den Widerstand einer Minderheit. Auch dieser „äußerste“ Liberalismus denkt weder an eine Trennung der Kirche vom Staat, noch an die konfessionslose Schule. Längst hat auch die gottlose liberale Bourgeoisie die Religion unter die Juchmitteln des Proletariats aufgenommen: Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben, damit es sich ausbeuten lasse.

Am Montag wurde ein Antrag „gegen die Fortsetzung und Erweiterung des bisherigen Systems der Kolonialpolitik“ angenommen. Dann verhandelte man über die Reichsfinanzreform. Man protestierte gegen die Tabak- und Biersteuer, behandelte aber bei der Abneigung gegen eine durchgreifende Reichserbschaftsteuer das alte erbliche kapitalistische Herz. Es wurde ein Antrag Gylling angenommen, der die Materie lediglich der Reichstagsfraktion zur Erwägung überweist und dessen Tendenz mehr negativ als positiv darauf hinausläuft, die Reichserbschaftsteuer zu verhindern: Erbschaften der Ehegatten und Kinder sollen unter allen Umständen steuerfrei bleiben.

Hatte man den Antrag auf Trennung der Kirche vom Staat von der Tagesordnung einfach abgesetzt, so überwiegt man die Anträge auf Befreiung des Wahlrechts in Staat und Gemeinde dem Zentralauschuss zur Erörterung, wo natürlich alles getan werden wird, um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in den Einzelstaaten und in den Kommunen — volksparteiische Meßellen oder vielleicht auch Demagogen forderten das demokratische Wahlrecht für die Gemeinden — nicht zur Einführung zu bringen.

Nach weiteren unwesentlichen Debatten wurde der Parteitag geschlossen, dessen offizielle Berichte teilweise so aussehen, als ob sie schon vor den Verhandlungen gedruckt worden wären.

Zu gleicher Zeit fand in Frankfurt a. M. die belanglose Jahresversammlung der sächsischen Volkspartei statt.

Womit sich die Scharfmacher „unterhalten“. Während die „Post“ in ihrem politischen Teile ihre Geldgeber, die einzigen unglücklichen Leser dieses Blattes, mit dem Wahnsinn der für die Scharfmacher zur „geistigen Arbeit“ verpflichteten Stumm-Esel anodet, kommt sie in ihrem feuilletonistischen Teile zu der Einsicht, daß schließlich auch oberflächliche Magnaten das Recht hatten, gelegentlich eine interessante Betrachtung zu lesen. So passiert es, daß in der letzten Sonntagsnummer der „Post“, wo die heiligsten Güter des Monarchismus rufend wider den Umsturz verteidigt werden, diesmal hinten in der sonntäglichen Unterhaltungsbeilage ruflos erzählt wird, was diese heiligsten Güter denn — so sein.

In einer Betrachtung über die Einkommen der Monarchen heißt es zu diesem „zeitgemäßen Kapitel“, nachdem historisch entwickelt worden ist, wie es der preussische König schließlich auf 15719206 M. Jahresgehalt brachte:

„So erhält Kaiser Franz Joseph I. 10 1/2 Millionen Mark und zwar zu gleichen Teilen von Österreich und von Ungarn. Er hat zwar davon so viel Prinzen und Prinzessinnen zu apanagieren, wie kein anderer Monarch, dürfte aber, wenn man von Kaiser Nikolaus von Rußland absieht, der am glänzendsten gestellte aller europäischen Fürsten sein, weil keine andere Dynastie im Laufe der Zeit ein so ungeheures Privatvermögen gesammelt hat, als das Haus Lothringen-Toskana. Dem Kaiser von Rußland rechnet man nach, daß er aus der Staatskasse nicht weniger als 27 Millionen Mark entnimmt. Eine andere Angabe spricht sogar von 35 Millionen Mark. Hierzu treten aber noch die Apanagen für eine lange Reihe von Großfürsten, die aber mit zwei Millionen Rubel für jeden Bezugsberechtigten etwas zu hoch in Anspruch gebracht sein dürfen. Während Italiens König rund 16 Millionen Lire gleich 12 800 000 M. aus der Staatskasse erhält, muß sich König XIII. von Spanien mit 925 000 Pesetas, gleich 7 400 000 M., begnügen. König Carlos I. von Portugal bezieht gar nur 2 400 000 M. „Uns Wilhelm III.“ von Holland 2 100 000 M., der König von Dänemark 1 203 200 Kronen, und sein Sohn Georg, der Schwedenkönig, 1 325 000 Drachmen. König Leopold von Belgien erhält 3 1/2 Millionen Mark, König Oskar von Schweden-Norwegen als schwedische Zivilliste den Betrag von 1 321 000 Kronen und hat bis zu den Ereignissen dieses Sommers von Norwegen noch weitere 582 000 Kronen erhalten. Das Einkommen des Königs von Rumänien bilden die Erträge einer aus zwölf Güterbesitzungen bestehenden, im Jahre 1884 geschaffenen Kronapanage, deren Revenuen auf 700 000 Lei (Frank) geschätzt werden. Auch der türkische Sultan ist dem europäischen Beispiel gefolgt und bescheidet sich mit einer angeblich 852 550 türkische Pfund, gleich 16 274 000 M. betragenden Zivilliste. Diese Angabe wird aber von allen Kennern der Verhältnisse angezweifelt, die mit mehr als der doppelten Summe rechnen.

In der Reihe der deutschen Mittelstaaten folgen einander Bayern mit 5 403 106 M., Sachsen mit 3 550 000 M., Württemberg mit 2 017 189 M. und 100 579 M. Apanagen, Baden mit 1 590 000 M. und 343 000 M. Apanagen, Hessen mit 1 331 857 M., Braunschweig mit 1 125 000 M., Sachsen-Weimar mit 960 000 M. In Sachsen-Meiningen beträgt die Zivilliste 8 220 000 M., in Sachsen-Altenburg 600 000 M., in Anhalt 1 050 000 M. und in Mecklenburg-Schwerin 1 200 000 M.

Auf die Verhältnisse in den kleineren deutschen Einzelstaaten kann hier schon deswegen nicht eingegangen werden, weil die vielfach aus den Erträgen von Domänen herrührenden staat-

lichen Einkünfte der Fürsten schwach sind. Es mag hier nur so viel gesagt sein, daß im allgemeinen die Steuererträge zu Gunsten der Zivilisten um so härter belastet erscheinen, je geringer die Einwohnerzahl des Staatswesens ist. Während in Preußen jeder Bewohner des Landes im Durchschnitt nur 50 Pf. beizuführen hat, steigt der Betrag in Württemberg auf 1 M., in den meisten thüringischen Fürstentümern auf 2—3 M. und darüber und erreicht in Schwarzburg-Sondershausen mit 641 M. die höchste Summe.

Man sieht aus dem vorstehenden unterhaltsamen „Post“-Artikel, daß die deutsche Monarchie das allereinste Ding auf der Welt ist. Nichts gedeiht das Gottesgnadentum so üppig und kostet so viel. Jeder Quadratkilometer Landes ist mit Wohlstand besät, die zu einer so drückenden Last wachsen, daß in den kleineren Bundesstaaten auf eine Durchschnittsfamilie eine Steuerlast von jährlich 82 M. allein für den angestammten Landesbater entfällt.

Es ist ganz selbstsam, daß gerade Monarchen, die doch von Gottesgnaden regieren, und nicht wie Präsidenten von Volksgnaden, sich für diesen göttlichen Beruf doch so viel irdischen Mannon bezahlen lassen. Es scheint das Gesetz zu herrschen: Je näher dem Himmel, um so höher die „Zivilliste“ — je näher der Erde, um so niedriger das Gehalt. Das „zeitgemäße Kapitel“, mit dem am Sonntag die „Post“ ihre Indusieremagnaten unterhält, ist in der Tat reichlich.

Kämpfe in Afrika.

Graf Götzen telegraphiert, daß nach einer über Feingra beim Gouvernament von Deutsch-Ostafrika eingetroffenen Meldung die auf Mahenge gerichteten Angriffe der Aufständischen Ende August erfolgreich abgewiesen wurden, nachdem ein geplanter Ueberfall verraten worden war. Die aufständischen Wapogoro verloren 350 Tote. Die Gefahr wurde einer Missionsnachricht aus Ubena zufolge durch das energische Vorgehen der Kompagnie in Mahenge unter Hauptmann v. Haffel beseitigt. Die Kolonne Graverth, mit der die Verbindung seit vier Wochen unterbrochen war, ist von Uivale aus in Kilwa eingetroffen. Sie hatte sechs für den Gegner verlustreiche Gefechte, ohne ihrerseits Verluste zu erleiden. Die Leichen des Bischofs Spies und des Feldwebels Hauptel wurden beerdigt. Die Verbreitung der Bewegung wurde wesentlich durch falsche Gerüchte über Niederlagen der Weißen veranlaßt. Auch wurde vielfach ein bisher unbekannter heimlicher Fanatismus der Kämpfenden bezeugt, dauernd angefaßt durch Begießen mit geweihtem Wasser seitens der Zauberer.

Berlin, 25. September. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Reiter Otto Bauer, geboren am 8. August 1883 zu Eisleben, früher im Füsilier-Regiment Nr. 36, am 20. September 1905 in Ururas durch Unvorsichtigkeit eines Sergeanten verwundet; Schuß durch Raden und Mund.

Ausland.

Die Einigung zwischen Schweden und Norwegen.

Wie bereits telegraphisch mitgeteilt worden ist, haben die Verhandlungen am Sonnabend endlich zu der langersehnten Einigung zwischen den Delegierten der beiden Länder geführt. Auf Grund der kulturellen Verhältnisse beider Länder, mit Rücksicht auf die innerhalb beider Völker weit verbreitete Erkenntnis von der verbrecherischen Torheit, einen Bruderkrieg zu entfachen, und nicht zum geringsten auch wegen der Entschlossenheit der Sozialdemokratie beider Länder, mit allen Mitteln den Krieg zu verhindern, war dieses glückliche Ergebnis voranzujehen. Deswegen aber darf man die Tatsache selbst nicht unterschätzen. Es ist eine neue und tröstliche Erscheinung, daß zwei Völker in einem schweren Konflikt, wobei es sich um nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit handelt, wo ein König, der auch der König des anderen Landes ist, hier ohne weiteres abgesetzt wird, wo die Heere und Flotten beider Länder bereit stehen, jeden Augenblick mit Nord und Brand über einander herzufallen, auf friedlichem Wege zu einem Vergleich kommen.

Ueber den Inhalt des Uebereinkommens von Karstad ist noch nichts bekannt geworden. Ohne Zweifel aber wird man einerseits die Schleifung der Grenzfestungen, andererseits einen Schiedsgerichts-Traktat zwischen beiden Ländern erreicht haben. Damit wäre der Konflikt, was diese beiden Hauptpunkte anbelangt, nur zum Vorteil beider Länder erledigt. Statt der Unionsbrüderschaft mit Grenzfestungen und unabhängigen militärischen Rüstungen ein fester Schiedsgerichts-Vertrag, das ist sicherlich ein Tausch, mit dem die Völker der Halbinsel zufrieden sein können.

Man liest auf den schwedischen und norwegischen Münzen die Aufschrift „Brödraskens val“ („dem Wohl der Brudervölker“); nach diesem Ergebnis der Unionsauflösung könnten die Münzen dieselbe Aufschrift jetzt mit mehr Recht als in der vergangenen Zeit der drohenden Grenzfestungen und Kriegsrüstungen tragen.

Stockholm, 25. September. Die schwedischen und norwegischen Delegierten einigten sich in Karstad über folgenden Entwurf zu einem Uebereinkommen zwischen diesen Reichen:

a) Betreffend die Verweisung der Streitigkeiten an ein Schiedsgericht. Die Reiche verpflichten sich, an den Schiedsgerichtshof im Haag diejenigen Streitigkeiten zu verweisen, die nicht die Unabhängigkeit, die Integrität und vitale Interessen beider Länder berühren. Sollten sich die beiden Reiche nicht darüber einig werden können, ob ein entstehender Streit vitale Interessen eines Landes berührt, so wird diese Frage der Entscheidung des Schiedsgerichts unterworfen. Zur Entscheidung durch das Haager Schiedsgericht werden jedoch nicht Streitigkeiten über die Auslegung oder Durchführung des Uebereinkommens verweisen, das im Zusammenhang mit der Auflösung der Union abgeschlossen wird. Das Uebereinkommen soll zehn Jahre vom Tage der Unterzeichnung an gelten und für einen gleichen Zeitraum verlängert werden, wenn es nicht von einer Seite mindestens zwei Jahre vor Ausgang der zehnjährigen Periode gekündigt wird.

b) Betreffend die neutrale Zone und die Niederlegung der Befestigungen usw. Auf beiden Seiten des südlichen Teiles der Grenze zwischen beiden Reichen wird eine neutrale Zone von 15 Kilometer Breite auf jeder Seite errichtet. In die neutrale Zone sind die Inseln und Schären eingeschlossen, aber nicht die Teile des Meeres selbst mit seinen Büchten, die innerhalb der Grenzlinie der Zone fallen. Befestigungen, Kriegshäfen sowie für das Meer bestimmte Vorratniederlagen dürfen nicht beibehalten oder solche neu innerhalb der neutralen Zone angelegt werden. Diese Bestimmungen gelten jedoch nicht für den Fall, daß die Reiche einander gegen einen gemeinsamen Feind bekämpfen; auch sind sie, wenn eines der Reiche mit einer dritten Macht in Krieg verwickelt wird, nicht bindend für dieses Reich hinsichtlich seines Zonengebietes oder für das andere Reich, soweit die Behauptung seiner Neutralität in Frage kommt. Auf der Grundlage dieser Bestimmungen sollen die Befestigungen, welche sich innerhalb der Zone befinden, niedergelegt werden, nämlich die norwegischen Befestigungs-Gruppen Frederiksten mit dem Fort Gyldehöve, Oberbjerg Betden und Hjelmfollen, Derje mit Krohnborg und Urdog (Vingrud). Die genannten Befestigungen sollen innerhalb eines Zeitraumes von acht Monaten als solche unbrauchbar gemacht werden, die alten Befestigungswerke bei Frederiksten, Gyldehöve und Oberbjerg sollen jedoch beibehalten werden.

dürfen, aber nicht fortifikatorisch erhalten werden. Nähere Bestimmungen wegen der zu treffenden Maßregeln werden einem besonderen Uebereinkommen vorbehalten. Die Kontrolle über die Durchführung dieser Maßregeln soll durch eine aus drei ausländischen — weder schwedischen, noch norwegischen — Offizieren bestehende Kommission ausgeübt werden. Schweden und Norwegen wählen je einen dieser drei Offiziere und die beiden so gewählten wählen den dritten Offizier. Wenn die beiden Offiziere sich nicht einigen können, wird der dritte Offizier von dem Präsidenten des schwedischen Bundesrats gewählt. Die Kongress-Befestigungsgruppe darf nicht erweitert werden, weder hinsichtlich der Armierung noch hinsichtlich der Befestigung. Neue Befestigungen dürfen als Folge hiervon nicht innerhalb eines Abstandes von 10 Kilometern von der alten Kongress-Befestigung angelegt werden. Das Uebereinkommen tritt sobald wie möglich in Kraft und kann nicht einseitig aufgehoben werden.

Die Punkte c), d) und e) geben nähere Bestimmungen über die Weidgerechtigkeit der Lappen, den Transitverkehr zwischen beiden Ländern und die Benutzung der gemeinschaftlichen Wasserwerke. Betreffend die Art und Weise, wie die Union aufgelöst werden soll, sind die Delegierten über folgenden Vorschlag einig geworden: Dem Reichstage eines jeden der beiden Reiche wird der Antrag auf Billigung des oben berichteten Entwurfs zu einem Uebereinkommen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit vorgelegt, so daß das Uebereinkommen gelten soll, nachdem Schweden Norwegen als einen von der Union mit Schweden losgelösten Staat anerkannt hat. Wenn dieser Entwurf von den Reichstagen beider Länder gebilligt ist, so wird unter der Bedingung, daß das Uebereinkommen in geschlossener Form unterzeichnet ist, der schwedische Reichstag erzuht werden, schwedischerseits die Reichssakle aufzugeben und den König zu ermächtigen, Norwegen anzuerkennen. Nachdem die Anerkennung erfolgt ist, werden die Verträge in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Reichstage unterzeichnet. Eine Ratifikation ist nicht notwendig. Nach Unterzeichnung der Verträge notifiziert Schweden so bald wie möglich den fremden Mächten seine Anerkennung Norwegens als eines von der Union mit Schweden losgelösten Staates. Jedes Reich richtet hierauf an die fremden Mächte, mit denen es geltende, gegenseitig bindende Verträge abgeschlossen hat, das Erlaß anzufragen, daß die Gemeinschaft zwischen Schweden und Norwegen hinsichtlich der Rechte und Pflichten gemäß jener Verträge aufgehört hat, so daß das neue Reich nicht länger die Verantwortung für die Erfüllung von Verpflichtungen hat, welche auf dem anderen Reiche ruhen.

Frankreich.

Der Kriegsminister in Longwy.

Paris, 23. September. (Fig. Ver.)

Der französische Kriegsminister zeigt auch wieder seinen guten Willen, gegen die brutalen Gewohnheiten des reaktionären Offiziers-Kingels einzuschreiten und die Ausschreitungen der Soldateska gegen streikende Arbeiter hinzuhalten. Gestern hat er sich selbst in das Streikgebiet begeben, um einige Resultate der von ihm angeordneten Untersuchung über den Arbeitermord in Longwy selbst zu kontrollieren und um festzustellen, in welcher Art sein Streikerlaß gehandhabt wird. Herr Bertheux besuchte auch die Werkstätte des Herrn Dreux in Mont-Saint-Martin, wo gegenwärtig der Betrieb mit einigen Streikbrechern aufrechterhalten wird. Als er die Fabrik verließ, kam gerade ein großer Zug demonstrierender Streikenden in vollständiger Ordnung vorbei. Dem Minister wurden freundliche Kundgebungen zum Dank für sein objektives Verhalten zuteil. Bertheux besichtigte hierauf den Schauplatz des blutigen Ereignisses und empfing die Delegierten der Metallarbeitergewerkschaft, die ihm die Forderungen der Ausständigen darlegten und den Dank für sein Kommen aussprachen. — Der Streik dauert ungeschwächt weiter, da Dreux das Friedensangebot der Arbeiter brüsk zurückgewiesen hat. Die Ausständigen greift im ganzen Industriebecken um sich.

Neue Kolonialbestimmungen.

Mehreren Blättern zufolge bildet der Bericht, welchen kürzlich der auf der Rückfahrt nach Frankreich in Dakar verstorbene de Brazza über die Zustände im französischen Kongogebiete an den Kolonialminister schickte, eine schwere Anklage gegen den gegenwärtigen Generalgouverneur Gentil, der sich als Forschungsreisender einen hervorragenden Namen gemacht hat. In dem Bericht wird erzählt, daß durch die Verwaltung Gentils insbesondere die Gabonkolonie vollständig ruiniert worden ist. Gentil habe durch sein Vorgehen die Kaufleute ermutigt, die Eingeborenen in der bedauerlichsten Weise auszubeuten. Ueberdies habe Gentil die Regierung systematisch über die Vorgänge im französischen Kongogebiete getäuscht. Nicht nur die untergeordneten Beamten, sondern Gentil selbst habe sich schwere Grausamkeiten gegen die Eingeborenen zuschulden kommen lassen. Die wegen der von ihnen verübten Greuelthaten zu fünf Jahren Gefängnis verurteilten Kolonialbeamten Gant und Loque haben sich während ihres Prozesses wiederholt auf ihren Vorgesetzten berufen. Gentil habe die Eingeborenen durch ungesetzliche Steuern bedrückt, sie in der ungeheuerlichsten Weise foltern und häufig summarisch hinrichten lassen. Gentil habe angeblich 20 000 Schwarze, durch die er die Vorräte für die Truppen am Tschadsee transportieren läßt, geopfert. Der Kolonialminister wird am Dienstag den Kolonialinspektor Hoareau empfangen, welchem de Brazza seinen Bericht übergeben hat.

Die Affäre Drouffe und die Seine-Föderation.

Paris, 21. September. (Fig. Ver.)

Die Seine-Föderation der gereinigten sozialistischen Partei hat ihr Urteil in der vielbesprochenen Affäre Drouffe gefällt. Bekanntlich hat der Präsident des Pariser Gemeinderats ohne Rücksicht auf den einstimmigen Beschluß des Einigungs-Kongresses dem König von Spanien einen feierlichen Empfang im Stadthaus bereitet und zwei sozialistische Gemeinderäte, Turat und Heppenheimer nahmen daran teil. Zur Verantwortung gezogen, beriefen sie sich auf frühere Verpflichtungen gegen ihre besonderen Gruppen. Der Föderationsrat hat nun diesen drei Personen das Bedauern darüber ausgesprochen, daß sie sich mehr an diese Verpflichtungen, von denen sie sich hätten erheben lassen müssen, als an den Parteibeschluß gehalten haben. Für den Fall der Wiederholung solcher Ueberschreitungen wird ihnen die Anwendung des Titels VII des Parteistatuts (Ausschließung) angedroht. Gleichzeitig hat der Föderationsrat erklärt, daß er künftig die Anwendung der Sanktionen der Partei und der Föderation ohne Rücksicht auf die früheren Verhältnisse fordern werde und er trägt den Sektionen auf, von allen ihren Mitgliedern die formelle Zustimmung zu verlangen, daß sie Verpflichtungen, die mit den Parteibeschlüssen unvereinbar sind, auflösen werden.

Daß der Beschluß auf die Haltung Drouffes einwirken werde, darf man allerdings nicht erwarten. Drouffe hat an seine Parteisektion, die sein Verhalten gebilligt hat, ein Schreiben geschickt, worin er sagt: „Eine autoritäre Organisation würde uns nicht passen. Wir sind freie Männer. Eine Einigkeit, die die freien Initiativen zu Tode trafe und die Parteimitglieder zu unterwürfigen Gefolgsmännern einer Majorität machen würde, wäre keine Kraft, sondern eine Ursache der Schwäche. Wir sind in die sozialistische Einigkeit mit unserem theoretischen und praktischen Programm eingetreten, in der Gewißheit, unsere volle Aktionsfreiheit zu wahren. Wir waren Possibilisten vor der Einigung, wir bleiben Possibilisten, was auch geschehe.“ Mit dieser Erklärung hat sich Drouffe tatsächlich außerhalb der Partei gestellt, die ja Disziplin und Achtung der Mehrheitsentschlüsse von ihren Mitgliedern fordern muß. Es bleibt nur noch die Frage, ob die Parteistatuten die Konsequenzen schon aus dieser Kundgebung ziehen oder einen neuen Bruch der Parteidisziplin abwarten werden.

In derselben Sitzung beriet die Föderation über die sozialistische Wahlpolitik. Genosse C. A. in beantragte, daß die Partei bei den Wahlen in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstelle. Der Antrag wurde mit 61 gegen 43 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Ungefähr mit dem gleichen Verhältnis wurde der Antrag Poisson, eines gleichfalls dem linken Flügel angehörigen Parteigenossen, verworfen. Er besagte, daß die Verwaltungskommission der Partei in allen Wahlkreisen, wo Parteiorganisationen bestehen, Kandidaten aufstellen solle. Hierauf beantragte Vaillant: „Die Parteigruppen der Wahlkreise und die Föderation haben die Kandidaturen selbst zu wählen. Der Nationalrat fordert sie auf, den Wahlkampf überall zu organisieren, wo es möglich ist.“ Der Antrag wurde mit 62 gegen 44 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. — Das letzte Wort über die Art der Wahlberechtigung hat der Nationalrat zu sprechen, der am nächsten Sonntag zusammentritt. —

Der geküßelte Kriegsminister. Aus Paris wird uns geschrieben: Wie machtlos der Kriegsminister gegenüber der reaktionären Offiziersclique ist, hat sich bei dem traurigen Ereignis in Longwy gezeigt, wo der neue Streifen des Ministers einfach in den Wind geschlagen wurde. Nicht minder charakteristisch für den Geist der beruflichen Verteidiger der Republik ist ein Brief, den der Kommandant Driant des 1. Jägerbataillons in Troyes an seinen Korpskommandanten geschickt hat. Driant, ein fanatischer Militarist, hatte eine Armee mit einer Masse in der Kathedrale eingeleitet. Der Kriegsminister, der das weltliche Prinzip in der Armee durchzusetzen beabsichtigt, forderte vom Korpskommandanten einen Bericht. Der Korpskommandant gab den Auftrag an den Bataillonskommandanten weiter, der dem Minister u. a. folgendes erwiderte: „Es genügt, Offizier zu sein, um zu wissen, daß solche Feste immer mit einem Trauergottesdienste anfangen. Wenn mein Bataillon 900 Juden und zwei Katholiken zählte, hätte ich diesen Trauergottesdienst in der Synagoge abhalten lassen, aber da das umgekehrte Verhältnis besteht, habe ich ihn in der Kathedrale organisiert. Eminenz von Pelacot, Bischof von Troyes, ehemaliger Militärbeichtvater, Onkel und Bruder von Offizieren, hält darauf, dieser Zeremonie alljährlich zu präsidieren und ich kann ihm nur danken für den Glanz, den er ihr verleiht.“ Weiter hat nun den Befehlshaber der Regimentssoldaten in einem Brief vom 12. d. M. ausdrücklich verboten, künftig Messen abhalten zu lassen. Denn wenn es, nach der unerschämten Anspielung des pfaffen Soldaten, genügt, Offizier zu sein, um zu wissen, daß die Messen ein alter Brauch in der Armee sind, so genügt es jedenfalls auch, Kriegsminister, wenigstens als simpler Zivilist, zu sein, um solche alte Ungeheuer abzustellen. — Der Militärsenator Admiral von Cuverville will den Minister wegen des Birkulars interpellieren. Er behauptet, daß die „freiwillige Teilnahme“ an einem Trauergottesdienst Pflicht und Recht der Gläubigen sei. Das ist aber nicht die Frage. Denn abgesehen von der „freiwilligkeit“ der Teilnahme in einem Militärverehelichten Regiment, ist es doch außer Zweifel, daß die Armee selbst für die religiösen Bedürfnisse nicht zu sorgen hat. Wenn die Militärseife selbst den Gottesdienst veranstalten wird, so wird dem Minister nicht einfallen, den einzelnen Soldaten die Teilnahme zu untersagen.

Italien.

Neue Militärausgaben in Italien. (Fig. Ver.) Rom, den 21. September. Der dem Premierminister nahestehende „Messaggero“ bringt die Nachricht, daß das Kabinett im November neue Militärausgaben einbringen wird, für eine Gesamtsumme von 330 Millionen. Diesen Sommer sind neue Gelder für Infanterie und Marine bewilligt worden und schon fordert man neue Millionen für die Befestigungen und die Artillerie! Man scheint Kanonen — noch dazu falsch konstruierte, wie es die letzten waren — für das wichtigste Element der Festigung und des Wohlstandes zu halten. —

Spanien.

Ergebnisse der Senatswahlen. Die nunmehr festgestellten Ergebnisse der Senatswahlen sind die folgenden: Es sind gewählt worden: 109 Liberale, 52 Konservervative, 4 Unabhängige, 2 Carlisten, 2 Republikaner, 2 Regionalisten.

England.

Wie ein freies Land seine Bürger schützt.

London, 28. Sept. (Fig. Ver.) Der türkische Korrespondent der „Times“ schreibt den „Times“ aus Konstantinopel unterm 17. Sept.: „Vor ungefähr einem Monat wurde hier ein Armenier, Namens Johannes Aforian, verhaftet, da er im Verdacht steht, am Dynamitattentat auf den Sultan beteiligt zu sein. Aforian ist im Besitze eines amerikanischen Passes und behauptet, amerikanischer Bürger zu sein. Zwei Wochen später wurde ein anderer Armenier, Namens Vatarian, verhaftet, der angeklagt wurde, Gift Essen zu haben. Auch Vatarian hatte einen amerikanischen Pass. Die amerikanische Legation nahm anfangs diese Angelegenheit nicht sehr ernst, da sie erstens keine Sympathie hat mit Leuten, die das amerikanische Bürgerrecht als Deckmantel von Attentaten benutzen; dann glaubte sie, die Pässe seien falsch. Jedemfalls beauftragte sie einen ihrer Beamten, sich mit den Verhafteten in Verbindung zu setzen. Die türkische Regierung lehnte es indes ab, dem amerikanischen Beamten die Bewilligung zum Besuch zu gewähren. Vatarian wurde inzwischen prozessiert und zum Tode verurteilt, ohne daß die amerikanische Regierung bei der Gerichtsverhandlung vertreten war. Wegen dieser Ungleichheit erhob der amerikanische Gesandte scharfen Protest und verlangte, daß die Gefangenen ihm zur Prozessierung ausgeliefert würden. Die Porte antwortete mit einer Ablehnung, daß die Verhafteten im Besitze von amerikanischen Pässen wären, auf jeden Fall hätten sie keinen Anspruch auf amerikanischen Schutz, da sie bei ihrer Naturalisierung nicht aus dem türkischen Staatsverbande ausgetreten wären. Der Gesandte gab sodann eine kräftige Antwort. Die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit wird mit großem Interesse abgewartet.“

Obwohl die völlerrechtliche Stellung der Türkei eine andere ist als die Russlands, so kann man doch nicht umhin, diesen Fall mit dem Kaspro als zu vergleichen. Der Vergleich fällt gewiß nicht zugunsten Deutschlands aus. Ein freies Land blickt doch mit ganz anderen Augen auf die Rechte seiner Bürger. —

Zur innerpolitischen Lage.

London, 22. September. (Fig. Ver.) In der „Positivist Review“ für den laufenden Monat bespricht Frederic Harrison die verlorene Parlamentsession. Er sagt: „Die innere Geschichte der letzten Session bedeutet eine stillschweigende Abmachung zwischen Adel, Vorrecht und Reichthum, um sich der Einführung von Reformen zu widersetzen. Die historische Teilungslinie zwischen Konservervativen und Liberalen ist bereits veraltet. Die wirkliche Teilungslinie ist zwischen Konservervativen, Kapitalisten und den Lohnarbeitern Englands, Irlands und Schottlands. Und zu der ersten Klasse darf man den größten Teil der sogenannten Liberalen rechnen.“ Als Mittel zur Verrückung dieser Unheil schlägt Harrison vor: dreijährige Parlamente, gleiche Wahlbezirke und allgemeines Wahlrecht, Dementale für England, Wales, Schottland und Irland, Ersetzung des Hauses der Lords durch einen gewählten Senat. —

Schweden u. Norwegen.

Für die Republik Norwegen.

Die liberale Kristiania-Zeitung „Dagbladet“ spricht sich in ihrer Mittwochnummer ziemlich bestimmt für die republikanische Staatsform aus. Es scheint, schreibt das Blatt, daß nun nicht länger irgendwelche Notwendigkeit für ein Königtum in Norwegen vorliegt. Auf jeden Fall aber müsse das Volk gehört werden, bevor über die Staatsform entschieden werde. Besonders wendet sich „Dagbladet“ gegen eine Thronkandidatur des dänischen Prinzen Karl und bemerkt unter anderem:

„Nun besteht, wie gesagt, nicht länger ein Bedürfnis nach einem König. Außerdem aber würde die Kandidatur des dänischen Prinzen

auch bei dem dänischen Volk auf entschiedenen Widerstand stoßen. Wenn man einseitig und wohlunterrichtete dänische Politiker verachtet. Man erklärt nämlich in Dänemark die Sicherheit des Landes nicht mehr in einer Art von politischem Standpunkt, sondern im Gegenteil — und mit Recht — gerade in politischer Isolierung. Darum ist man auch gegen jede dynastische Verbindung mit Norwegen. Auch ist es eine Tatsache, der wir jedoch nicht viel Gewicht beilegen, daß Schweden mit Unwillen und Mißtrauen einen dänischen Prinzen auf Norwegens Thron sehen würde. Darum, obwohl auch wir unsere Stärke in außenpolitischer Isolierung sehen sollen, können wir uns doch infolgedessen zum Standpunkt bekennen, daß wir die Kandidatur des Prinzen Karl von Dänemark ablehnen.“ Diese Äußerungen eines Blattes, das als das alte Organ der früheren Linienregierungen Steens und Wehrs immer noch großen Einfluß hat, beweisen, daß der Gedanke an eine republikanische Staatsform auch im Bürgerthum immer mehr Anklang findet.

Nachdem Norwegen bereits über drei Monate unter den schwierigsten politischen Verhältnissen ohne König ausgekommen ist, und Oskar II. keinerlei bindende Erklärung zu dem Thronangebot abgegeben hat, auch die übrigen „privaten“ Vermählungen um einen anderen Kandidaten, soweit bekannt geworden ist, nichts Gewisses ergeben haben, muß es immer mehr lächerlich erscheinen, wenn man sich an den alten Verfassungstitel „Königreich Norwegen“ anklammert und diesen oder jenen Prinzen gleichsam anbettelt, sich zu der Schachfigur eines Königs herzugeben.

Stockholm, 22. September. Die von verschiedenen Blättern gebrachte Meldung, daß die deutsche und die englische Regierung in der Unionsreise in der einen oder anderen Form bei der schwedischen Regierung Vorstellungen erhoben haben sollten, entbehrt, wie „Svenska Telegramm Byran“ aus sicherer Quelle erfährt, jeder Grundlage.

Die Revolution in Rußland.

Semstwo unter Polizeikontrolle.

Moskau, 25. September. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Heute ist hier eine Versammlung der Stadtvertreter und der Semstvos der inneren Provinzen, der Vertreter Polens und der Provinzen Litauens eröffnet worden. Die Ermächtigung zu dieser Versammlung war von dem Minister des Innern unter der Bedingung gegeben worden, daß eine vom Generalgouverneur von Moskau bestimmte Persönlichkeit an diesen Versammlungen teilnehme. Diese Person ist der Chef der Kanzlei des Gouverneurs. Unter der Zahl der anderen Bedingungen, unter denen diese Versammlung stattfinden darf, sind noch folgende zu erwähnen: Die Sitzung ist nicht öffentlich; der Präsident der Versammlung darf das Programm nicht abändern; er darf keine nationalisierenden Ausdrücke gestatten, ebensowenig wie aufrehrerische Andeutungen.

Rüstungen gegen den „inneren Feind“.

Helsingfors, 24. September. Zur Verstärkung der Garnisonen hier und in anderen Städten sind in den letzten Tagen 4000 Mann hier eingetroffen. Polizeiliche Nachforschungen nach geheimen Waffenniederlagen in den Schären zwischen Kemi und Tornea sind ergebnislos verlaufen.

Duma-Vorbereitungen.

Petersburg, 25. September. Für den nächsten Monat ist eine Versammlung der russischen Journalisten einschließlich der polnischen, finnischen, jüdischen und kaukasischen beabsichtigt, die sich mit der Frage der Teilnahme an der Reichs-Duma beschäftigen soll.

Die finnische Aktionspartei.

Die Anruhen in Finnland, die durch das brutale Benehmen der russischen Regierung hervorgerufen sind, werden, wie die „Russische Korrespondenz“ berichtet, von der finnischen Widerstandspartei „Suomi aktiivinen vastarinta puolue“ geleitet. Diese Partei hat ihre Tätigkeit über das ganze Land ausgebreitet und Frauen und Arbeiter werden für alle Fälle mit Waffen und Munition versehen. Das explodierte Schiff mit Waffen, welches von den russischen Zollbeamten zwischen den unglücklichen Inseln im Hafen bei Jacobstad gefunden wurde, gehörte gleichfalls der erwähnten Partei. Die Partei bezweckt, in dem finnischen Volke den Gedanken eines bewaffneten Widerstandes zu verbreiten und zu befördern, solange die russische Regierung nicht aufhört, die Rechte des Landes niederzutreten. Sie verbreitet zu diesem Zwecke Literatur und Waffen unter dem Volke und unterstützt die von den russischen revolutionären Parteien angefangene Umwälzungsarbeit.

Die Partei besteht aus kleinen lokalen Gruppen, deren Mitgliederzahl nicht höher als je 25 Personen sein darf. Jedes Mitglied, das in die Gruppe eintritt, muß ein Gelübde ablegen, alle Parteiangelegenheiten geheim zu halten. Die Parteiangelegenheiten werden von einer Zentralverwaltung geführt. Die lokalen Gruppen haben ihre Spezialverwaltungen. Die Gruppen in den Dörfern stehen mit den Gruppen in den nächsten Städten in Verbindung. Jede Gruppe ist nur durch zwei Mitglieder mit der Zentralverwaltung in Verbindung.

Aus Industrie und Handel.

Die Hauptverhandlungen zwischen dem Fiskus und dem Kohlenyndikat über die Beteiligung des Fiskus an dem jüngst von einem Konsortium angekauften Kohlenfeldbesitz der Internationalen Kohlegesellschaft und seinen Beitritt zum Kohlenyndikat haben gestern im Handelsministerium begonnen. Unter den Vertretern des Kohlenyndikats und des Kohlenfelder-Konsortiums nehmen als Vertreter des Troy-Trustes und der Bankfinanz auch die Leiter der Berliner Handelsgesellschaft und des Hanes & Co. Bleichröder an den Beratungen teil. Man kann gespannt sein, welche der beiden Mächte, die Staatsregierung oder das mit der Bankfinanz liierte Kohlenmagnatentum als Sieger aus den Verhandlungen hervorgeht. Die größeren Chancen haben die Kohlenbarone.

Die Geschäftslage der Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte stellt sich nach dem letzten, von uns in seiner Hauptziffern mitgetheilten Bericht der eingesezten Prüfungskommission als höchst trübe heraus. — Von den 3 Millionen Mark Aktienkapital sind zwei Drittel verloren. Trotzdem besteht die Absicht, die Vermögensverwaltungsstelle zu sanieren und zu rekonstruieren, da nach dem Begriff „iniger der Hauptbeteiligten durch die Liquidation eine Lücke in unserem Wirtschaftsleben entstehen würde. Gegen diese sonderbare Auffassung wendet sich mit Recht der „Deutsche Oekonomist“. „Ob es wirklich gut getan ist“, schreibt er, „der Vermögensverwaltungsstelle zu neuem Leben zu verhelfen, oder ob es nicht besser wäre, das Institut in Liquidation treten zu lassen, darüber kann man mindestens verschiedener Ansicht sein. Daß durch das Verschwinden der Vermögensverwaltungsstelle „eine besagene Lücke“ entstehen würde, vermögen wir, wie an dieser Stelle neuerlich schon betont worden ist, keineswegs einzusehen. Es fehlt gewiß nicht an zuverlässigen Banken, welchen auch Offiziere und Beamte ihre Kapitalien ruhig anvertrauen können. Bezüglich der bisherigen Geschäftsführung der Vermögensverwaltungsstelle kann man nur sagen, daß sie nichts weniger als eine solche gewesen ist, welche dem Charakter eines Instituts, das sich die Vermögensverwaltung von mehr oder weniger geschäftsunkundigen Personen zur festlichen Aufgabe gestellt hat, entspricht. Es mag sein, daß die Ursachen für die Katastrophe, in der sich das Institut gegenwärtig befindet, weit zurückliegen, daß der größte Teil auf das Schuld-

konto des früheren Direktor Scheidel zu setzen ist. Dieser Herr ist jedoch bereits im Jahre 1901 ausgeschieden. Weshalb ist da nicht gleich eine gründliche Prüfung und Reinigung vorgenommen worden? Man hat das unterlassen und in den folgenden Jahren Dividenden verteilt. Ja, bis in die letzte Zeit hat die Verwaltung die Sachlage zu beschönigen versucht, und im Jahre 1905 sind Geschäfte abgeschlossen worden, die nach dem Gutachten Rechts 220 000 M. Rückstellungen bedingen. Dafür kann die frühere Verwaltung nicht mehr verantwortlich gemacht werden.“

Russische Finanzen. Es ist genügend bekannt, wie eifrig die russische Regierung bemüht ist, die Finanzen des Reiches als günstig hinzustellen, wie sie Millionen und Millionen zur Aufrechterhaltung der Kurse der russischen Staatspapiere auf auswärtigen Börsen opfert, wie sie endlich jeden unabhängigen Schriftsteller, der die vom russischen Finanzministerium vertretene Auffassung nicht teilt, durch Vorwürfe mangelhafter Sachkenntnis oder böswilliger Entstellung zu diskreditieren sucht. Keiner dieser beiden Vorwürfe kann jedoch den Verfasser der neuesten Arbeit über das russische Finanzwesen treffen, das in diesen Tagen in Petersburg im Buchhandel erschienen wird, denn der Verfasser ist der Dozent für Finanzpolitik am Petersburger Polytechnikum Friedmann, ein Fachmann, dem man weder Kompetenz noch objektive Wahrheitsliebe absprechen darf. Dabei fährt aber die Regierung durchaus nicht besser. Denn auch dieser russische Gelehrte führt in seiner kurzen, aber inhaltsreichen Schrift den bündigen Nachweis, daß die angeblich prosperierende russische Finanzwirtschaft tatsächlich bereits ein Finanzproblem darstellt, das nur mit Hilfe einer wirklichen, vollständigen Volkserziehung und einer parlamentarischen Kontrolle gelöst werden kann. Er zeigt, daß die russischen Finanzen an denklichen Uebelständen leiden wie die ganze Staatsordnung, daß Willkür, Beamtenüberhebung, systematische Rechtsbrüche, Mangel jeder effektiven Kontrolle — alles unvermeidliche Begleiterscheinungen des Absolutismus — jeden Gedanken an Sanierung der Finanzverwaltung illusorisch machen.

Wie es z. B. mit der Finanzkontrolle in Rußland bestellt ist, zeigt schon die Tatsache, daß eine Reihe von wichtigen Verwaltungsreferats überhaupt keiner Kontrolle unterliegen. Den Sinn dieser Sonderstellung errät man erst, wenn man diese Referats aufzählt: es gehören dazu nämlich die Ministerien des kaiserlichen Hofes, die Staatsbank in ihren kommerziellen Operationen, die „Kanzlei seiner Majestät“ für die Institutionen der Kaiserin Maria (Wohltätigkeit), die auswärtige Abteilung der besonderen Kreditkassen, die wirtschaftliche Abteilung der heiligen Synods in bezug auf spezielle Ausgaben des Departements fremder Konfessionen und endlich alle Ausgaben für den Jaren bekannte Zwecke, von welchem Referat sie auch gemacht werden. Wenn man diese Aufzählung liest, so bekommt man den Eindruck, daß der russische Beamte nichts so sehr fürchtet, als irgend eine Gelegenheit zu verpassen, wobei es was zu stehlen gibt. Aber auch in dem der Kontrolle unterliegenden Teil des Etats findet man recht seltsame Titel. So weist z. B. der letzte Bericht des Reichskontrolllehrs einen Posten von 9,8 Millionen Rubel „Zur Unterstützung von allgemein staatlicher Bedeutung“ auf und dann wieder noch einmal 9,7 Millionen für — denselben rätselhaften Zweck. In bunter Reihe führt uns Friedmann derartige Tatsachen vor. Es ist klar, daß bei solcher „Wirtschaft“ keine Hilfsmittel ausreichen und von einem geordneten Staatshaushalt trotz aller Zusicherungen der russischen Finanzminister keine Rede sein kann. In der Tat erweisen sich die famosen „Aberzwecke“ als Früchte einer Balancierkunst, die nur so lange ausgeübt werden kann, als Anleihen im Auslande es ermöglichen, das jahraus jahrein sich wiederholende Defizit zu verdecken.

Die amerikanische Waidernte wird nach der Versicherung der amerikanischen Handelsblätter den größten Ertrag liefern, den die nordamerikanische Union bisher gesehen hat. Dennoch darf mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß auch die Ausfuhr größer als gewöhnlich sein wird. Die bisher größte Waidernte fand in den Jahren 1897 und 1899 statt, als 212 054 543 Bogen, 218 123 412 Bushel zum Export gelangten. Seit 1900 ist der Waidernteexport bis auf 28 028 688 Bushel in 1904 zurückgegangen. Vorausichtlich wird in diesem Jahre der Export sich wieder den hohen Ausfuhrziffern von 1897 und 1899 nähern.

Der schweizerische Außenhandel im ersten Halbjahr 1905 hat gegenüber dem in der gleichen Periode 1904 eine erhebliche Vermehrung erfahren. Die Einfuhr stieg von 582 905 302 Fr. auf 615 982 122 Fr., um rund 33 Millionen, die Ausfuhr von 428 127 715 Fr. auf 452 570 808 Fr., um 24 Millionen. Dabei überwiegt die Einfuhr die Ausfuhr um 163 bezw. um 130 Millionen Frank. An der Waidernte im ersten Semester 1905 partizipieren hauptsächlich Seide, Baumwolle, Wolle, Konfektionswaren, Eisen, Maschinen, Fahrzeuge, ungemünzte Edelmetalle, alkoholische Getränke; an der Waidernte Baumwolle, Seide, Nahrungsmittel und Gemüchsmittel (hauptsächlich Käse), Uhren, Wolle, Maschinen usw. Die Zoll-Einnahmen der Schweiz betragen in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 38 031 105 Fr. gegen 34 118 565 Fr. in derselben Zeit 1904, dieses Jahr bisher also um 1 912 540 Fr. mehr.

Verfammlungen.

Deutscher Buchbinder-Verband. Eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Verbandes, die am Donnerstag bei Dugenhagen stattfand, befahte sich fast ausschließlich mit dem verloren gegangenen Streik bei K. A. M. M. Der Ortsverwaltung wurde der Vorwurf gemacht, nicht die richtige Taktik befolgt und nicht alle notwendigen Mittel angewandt zu haben, um den Streik glücklich durchzuführen. Neben den außerordentlichen Maßnahmen der Polizei zum Schutze des tarifbrüchigen Unternehmers und seiner Werkführer, wurde ein laues Verhalten der Ortsverwaltung als eine der Ursachen der Niederlage bezeichnet. Im Laufe der Debatte wurden so schlimme Vorwürfe gegen einige Mitglieder der Ortsverwaltung vorgebracht, daß der zweite Bevollmächtigte am sofortigen Rücktritt, der erste Bevollmächtigte seine Amisniederlegung ankündigte. Nach der langen Debatte, die bis 1 Uhr dauerte, wurde eine Resolution angenommen, in der bedauert wird, daß die Ortsverwaltung nicht alle Mittel ertragen und angewandt habe, die einen großen Einfluß zur Abwehr der Arbeitswilligen gehabt hätten, und ferner die Meinung ausgesprochen wird, daß die Einberufung der Gruppischen Zentrale, die Maßnahmen zur Verhinderung von Streikarbeit treffen sollte, nicht mit der notwendigen Energie erfolgt sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Feuer im Stettiner Freihafenbezirk.

Stettin, 25. September. (B. T. V.) Heute gegen Abend brach im Freihafenbezirk, dicht am Freihafen, ein großes Feuer aus, welches die dort lagernden umfangreichen Holzlager ergriffen hat; die gesamte Feuerwehre bemüht sich, dem Grande Einhalt zu tun.

An der Löschung des Grande der Bretterlager im Freihafenbezirk beteiligten sich auch mehrere Dampfer aus dem Freihafen. Um 7^{1/2} Uhr gelang es, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken, doch bedarf die völlige Löschung des Grande nach mehrstündiger Tätigkeit der Feuerwehre. Die Bretterlager gehören, wie die Stettiner „Neuesten Nachrichten“ melden, englischen Firmen und waren zum Teil bei deutschen Firmen versichert.

Melbork, 25. September. (B. T. V.) Bei der heutigen Landtags-Verwahl im Wahlkreis Süderdithmarschen wurde der vom Nationalen Wahlverein aufgestellte Kandidat Postbesitzer Peter S. Vermögen mit 123 Stimmen gewählt. Pastor Doel (freisinnig) erhielt 84 Stimmen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Schöner Verhandlungstag.

(Schluß)

Wollmar:

Die Kommission hat ihren Entwurf und die dazu eingegangenen Entwürfe nochmals sehr eingehend geprüft, aber nur redaktionelle Änderungen vorgenommen und einige Paragraphen umgestellt. Entsprechend den zahlreich geäußerten Wünschen sind die ganzen Bestimmungen über Ausschluß und Aufnahme an den Schluß gekommen. Bei dem jetzigen § 4 wurde die Frage erörtert, ob nicht in bezug auf den territorialen Umfang der Wahlkreisevereine und in bezug auf die Zugehörigkeit aller Orte des Kreises zu diesem Verein Ausnahmen zugelassen seien, wie dies ein paar Vereine, besonders aus Frankfurt gewünscht hatten. Die Kommission hat dies Verlangen abgelehnt, da ihrer Ansicht nach die Einheitlichkeit des sozialdemokratischen Wahlkreisevereins eine geschlossene sein muß und da zur Beurteilung von Ausnahmen vor allem die Bezirks- und Landesorganisationen die gegebenen Organe sind. Am umfangreichsten und lebhaftesten waren wieder die Auseinandersetzungen und Beratungen um die §§ 5, 6 und 9. Von verschiedenen Seiten wurde geltend gemacht, daß durch die Bestimmungen über die Abführung eines bestimmten Beitrages an die Zentralkasse und über die Verichterstattung viel zwecklose Arbeit geleistet, daß die Kräfte der Organisation dadurch gelähmt und die gedeihliche Entwicklung gehemmt würde. Es wurde gesagt, daß es sich bald herausstellen würde, daß die neuen Bestimmungen ein verhängnisvoller Fehlgang, daß sie zweckwidrig und nicht durchführbar seien. Die Mehrheit der Kommission hielt diese Befürchtungen für unzutreffend oder doch stark übertrieben und meinte, man müsse im Interesse der Zentralisation einen Versuch machen. Im übrigen war die Kommission darin einig, daß ja gerade den Bezirks- und Landesorganisationen die Möglichkeit gegeben sei, ihre finanziellen Verhältnisse ganz nach eigenen Bedürfnissen zu ordnen, weshalb auch die verschiedenen Anträge auf Einführung eines Einheitsbeitrages und einer Einheitsmarke abgelehnt wurden. Das einzig Bindende ist der Beitragsanteil für den Parteivorstand und dieser Anteil ist von 25 auf 20 Prozent herabgesetzt worden. Während ferner in dem bisherigen Entwurf vorgehien war, daß die 25 Prozent von allen Beiträgen und Eintrittsgeldern zu zahlen, hat die Kommission jetzt die Prozentzahlung auf die Beiträge beschränkt und die Eintrittsgelder gestrichelt. Wo sich ein wirklicher Bedarf nach weiterer Herabsetzung ergeben sollte, wird von dem letzten Satz des § 16 Gebrauch zu machen sein. Die Organisation wird sich dann an den Parteivorstand zu wenden und diesem die Verhältnisse darzulegen haben. Ueber einen Antrag, wonach Parteigenossen, die bereits einem Wahlverein angehört haben, beim Domizilwechsel ohne nochmalige Zahlung eines Eintrittsgeldes Aufnahme in den Verein ihres neuen Wohnortes finden müssen, ging die Kommission zur Tagesordnung über, weil sich das ihrer Meinung nach von selbst versteht. (Sehr richtig!) Wo es bisher noch nicht so gehandhabt worden ist, wird es in Zukunft zu geschehen haben. Zu den Bestimmungen über die Vertrauenspersonen — jetzt §§ 7 und 8 — ist den zahlreichen Anträgen Folge gegeben worden, welche dahin gehen, jede Möglichkeit des Bestehens zweier Organisationen an einem Orte zu beseitigen, die Form der Vereinsorganisation offen als die Regel zu erklären und das Vertrauensmännersystem als Ausnahme zu bezeichnen ist für die Gegenden, in denen eine andere Organisationsform nicht möglich ist.

§ 9 enthält nur eine redaktionelle Änderung. Auf die Einwände gegen die Form dieser Verichterstattung habe ich schon vorher hingewiesen, die Mehrheit hat sich für den ursprünglichen Entwurf entschieden.

§ 10 über die weiblichen Vertrauenspersonen enthält keine Änderung. Der von mir am Montag erwählte Antrag einer Frauenversammlung in Mannheim, der dahinging, den Frauen sollte erlaubt werden, eigene Abteilungen innerhalb des Vereins oder neben der allgemeinen männlichen Organisation zu gründen, ist glatt und einstimmig von der Kommission abgelehnt worden.

Kam hatte Genossin Pich in der Generaldiskussion mir gegenüber gemeint, es sei doch ein Obligatorium, eine Art Zwang zur Aufstellung von weiblichen Vertrauenspersonen allenfalls enthalten und den Parteinstanzen siehe lediglich ein Einfluß auf die Auswahl der Personen zu. Ich habe diese Sache selbstverständlich in der Kommission zur Sprache gebracht und die Beratung hat ergeben, daß der Einwand der Genossin Pich nicht richtig ist. Die Rednerin hat selbst in der Kommission erklärt, daß durch Wegbleiben eines Schlusssatzes der Sinn ihrer Ausführungen ein anderer geworden ist. Die Kommission hat mich zur Vermeidung von Mißverständnissen einstimmig ermächtigt, meine damalige Erläuterung zu bestätigen und ausdrücklich zu erklären, daß der Wortlaut der Bestimmungen einen Zwang, nun um jeden Preis überall weibliche Vertrauenspersonen aufzustellen, nicht einschließt, sondern daß lediglich ein moralischer Einfluß auf die Genossen allerorten nach dieser Richtung hin ausgeübt werden soll und dort, wo die Verhältnisse in sachlicher und persönlicher Beziehung eine solche Aufstellung möglich, nützlich oder notwendig machen, dieselbe erfolgt. Das vorausgehende Einverständnis der Frauen mit der lokalen Parteinstanz ist hierbei eine notwendige Voraussetzung, wie naturgemäß die ganze Aktion der Partei nur eine einheitliche sein kann.

Mein Abstimmt über den Parteitag §§ 11—17 ist keine Änderung von der Kommission beschlossen worden. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die jetzige Form der Wahlen zum Parteitag zwar keine ideale sei, aber doch verhältnismäßig die beste, die zu finden sei. Auch wenn man zu einer proportionalen Vertretung hinneige, müsse man doch erst abwarten, wie sich die neue Organisation bewähre.

In der Frage der Fraktionsvertretung ist die Kommission gleichfalls bei ihrem Standpunkt geblieben, daß eine nur teilweise Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage völlig unannehmbar sei, weil sie schwere Folgen auch auf den Bestand der Fraktion selbst haben würde. Die Kommission sagte sich, entweder müssen alle Abgeordneten gleichmäßig zugelassen oder alle gleichmäßig ferngehalten werden, natürlich abgesehen davon, daß ihre Wahl als Delegierte immer frei stehen würde. Nachdem das einzige bisher widersprechende Mitglied seinen Widerspruch abgegeben hatte, bot die Kommission auch in dieser Frage das Bild vollster Einstimmigkeit.

Bei den §§ 18—23, Parteivorstand, bin ich erucht worden, eine Korrektur anzugeben. § 18 lautet in seinem zweiten Satz: „Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer und den Schriftführern — die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind, — sowie zwei Beisitzern. Dieser Satz ist von der Kommission dem alten Statut entnommen, vor das „den“ Schriftführer an Stelle einer bestimmten Zahl gesagt ist. Von einem Mitgliede des Parteivorstandes bin ich nun erucht worden, anzugeben, daß man die Schlussworte „sowie zwei Beisitzern“ hinausziehe neben die Worte „den Schriftführern“. Wenn dies auch nur eine Wortumstellung ist, so bin ich als Referent doch verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß hierin eine Änderung insofern liegt, als infolge dieser Umstellung die Worte: „die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind“, sich nun auf Vorsitzende, Kassierer, Schriftführer und Beisitzer beziehen würden. Eingewandten gegen diese Korrektur hätte ich nichts. Durch die materielle Änderung, daß die Zahl der Schriftführer weggelassen ist, ist es erreicht, daß nicht jedesmal, wenn eine Vernehmung derselben notwendig wird, das schwere Geschäft der Statutenänderung aufgeföhren werden muß, sondern daß der jedesmalige Parteitag über diese Zahl der Schriftführer und Beisitzer zu entscheiden hat.

In bezug auf das Entscheidungsrecht, welches neuerdings dem Vorstande bei Meinungsverschiedenheiten über die Aufstellung von Reichstagskandidaturen zuzulassen soll, war verschiedentlich der Antrag gestellt worden, an die Spitze dieses Satzes, der unbestritten war, das Prinzipalrecht der Wahlkreise, in erster Linie zu entscheiden, zu setzen. Die Kommission hat dies zu tun jedoch abgelehnt, weil sie dieses Recht der Wahlkreise als ein selbstverständliches, immer ausgeübtes und von keiner Seite bestrittenes angesehen hat. Es handelt sich nach ihrer Meinung bei dieser neuen Bestimmung nur darum, daß bei Differenzen zwischen einem Wahlkreise und einer Bezirks- oder Landeskonferenz, die anders nicht beizulegen sind, im äußersten Falle der Parteivorstand einzutreten hat, während im übrigen die Sache der Kandidatenaufstellung gar nicht in den Bereich seiner Tätigkeit fällt.

Die §§ 25 und 26 in bezug auf das Zentralorgan sind ziemlich eingehend behandelt worden, wenn auch die Auseinandersetzungen ziemlich einseitig waren insofern, als sie sich wesentlich zwischen Mitgliedern des Vorstandes und einem Berliner Vertreter abspielten. Diese Auseinandersetzungen haben aber zu keinem anderen Ergebnis geführt, als daß mit allem gegen eine Stimme beschlossen wurde, den Antrag, den „Vorwärts“ aus einem Zentralorgan zu einem Lokalorgan zu machen, abzulehnen.

In den neuen Abschnitten über den Ausschluß und die Wiederaufnahme, §§ 27—29, sind nur zwei Änderungen eingetreten: einmal ist die Zahl der Mitglieder des Schiedsgerichts, die bisher unbestimmt war und jedesmal neu festgesetzt werden konnte, auf 7 Personen festgesetzt und zwar deswegen, weil man der Ansicht war, daß diese Zahl reichlich genüge und bei einer größeren Zahl von Schiedsrichtern unnötig Kosten usw. für die Partei entstünden. — Sodann ist bei § 29: Wiederaufnahme, die Bestimmung getroffen worden, daß, wenn ein ausgeschlossener wiederum aufgenommen werden will und sich an den Parteitag wendet, diese Meldung so rechtzeitig an den Parteivorstand zu richten ist, daß sie zugleich mit den übrigen Anträgen für den Parteitag bekanntgegeben werden kann, damit die Partei einem derartigen Antrage nicht unvorbereitet gegenübersteht. Ingleich ist bestimmt, daß, bevor sich der Parteitag mit einem solchen Antrag befaßt, zunächst die Organisation, welche seinerzeit den Ausschluß beantragt hat, als auch die, in welcher der Ausschlossene zuletzt seinen Wohnort hatte, wo man ihn also kennt, über die Sache zu hören sind.

Schließlich bin ich noch beauftragt, eine Erklärung über den Sinn gewisser Bestimmungen über den Ausschluß zu geben, über die bisher eine gewisse Unklarheit bestanden hat. So ist gefragt worden, ob, wenn ein Antrag auf Ausschluß bezug auf Verurteilung eines Schiedsgerichts an den Vorstand gerichtet wird, ob alsdann der Vorstand diese Verurteilung gleichsam maßnahmehaft unter allen Umständen vorzunehmen hat, oder ob ihm da ein gewisses Prüfungsrecht zusteht. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß ein materielles Prüfungsrecht über den Tatbestand selbst dem Vorstande unter keinen Umständen zuzulassen ist, weil er ja sonst dem einberufenden Schiedsgerichte vorgreifen würde und weil er bei Aufstellung des Vorsitzenden, wenn er vorher Stellung nimmt, einen Einfluß zumungunsten der einen oder anderen Partei üben könnte. Wohl aber sind wir uns darüber einig gewesen, daß eine formelle Prüfung dem Vorstande zuzulassen muß. Anträge auf Ausschluß oder Einberufung eines Schiedsgerichts sind nur zulässig, wenn jemand sich gegen § 2 verhandelt hat, das heißt grobe Verstöße gegen Grundzüge des Parteiprogramms begangen oder sich einer ehelosen Handlung schuldig gemacht hat. Demnach berechtigt kein anderes Vergehen oder Vergehen, wie immer es gestuft sein möge, dazu, einen solchen Antrag zu stellen. Wenn dem so ist, dann muß naturgemäß der Vorstand bei Stellung des Antrages in der Lage sein, urteilen zu können, ob die Voraussetzungen des § 2 gegeben sind und ob nicht aus purer Leichtfertigkeit oder Geschäftigkeit ein solcher Antrag gestellt ist.

Den Anträge wird demnach beigegeben werden müssen, worin das behauptete Vergehen des Betroffenen besteht, damit der Parteivorstand in die Lage versetzt wird, zu beurteilen, ob dies Vergehen, falls es erwiesen wird, tatsächlich die Merkmale des § 2 enthält. Ist das der Fall, dann hat der Vorstand, ohne sich eine Meinung darüber zu bilden, ob dies Vergehen in Wirklichkeit begangen ist, einfach dem Antrage zu entsprechen. Sieht er jedoch aus der Vergründung, daß es sich um eine geringfügige Lapalpe handelt oder um eine Sache, die an sich nicht unbedeutend ist, aber mit dem § 2 nichts zu tun hat, so hat er einfach den Antrag abzulehnen und dies der betreffenden Organisation mitzuteilen.

Weiter ist es vorgekommen, daß Schiedsgerichte zwar dem Antrage auf Ausschluß keine Folge gegeben, wohl aber eine eigens erlaubene Strafe, eine Rüge oder dergleichen verhängt haben. Die Kommission ist der Auffassung gewesen, daß es dem Sinne der einschlägigen Bestimmungen widerspricht, wenn ein Schiedsgericht neue Strafarten hinzufügt, die im Statut nicht vorgehien sind, und daß demnach ein Schiedsgericht nicht weiter zu tun hat als zu unteruchen, ob die Grundlagen für einen Ausschluß gegeben sind oder nicht. Sind sie gegeben, so hat es ihn einfach auszusprechen, sind sie nicht gegeben, so hat es ihn freizusprechen.

Damit bin ich am Ende. Ich habe in meiner Eigenschaft als Verichterstatler die Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen zu beantragen und habe weiter namens der Kommission mit Rücksicht auf die umfangreiche Vorbereitung dieser Materie und mit Rücksicht auf die Geschäftslage Sie zu ersuchen, von einer Einzelberatung abgesehen und über die Vorlage en bloc abzustimmen.

Entwurf einer Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Die fettgedruckten Stellen sind Neueinfügungen gegenüber dem geltenden Statut.)

Partei-Angehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundzügen des Parteiprogrammes bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogrammes oder einer ehelosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 4. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstags-Wahlkreis der sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Er wählt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortskassen, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 5. Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Verbände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 6. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Die Verbände haben mindestens 20 Prozent ihrer aus den Beiträgen fließenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Vertrauenspersonen.

§ 7. Wo aus geschlichen Gründen die in den §§ 4 und 5 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 8. In allen Wahlkreisen, in denen keine Vereinsorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Verichterstattung.

§ 9. Die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Vereine, deren Wahl jedesmal im Anschluß an den vorausgehenden Parteitag erfolgt, haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entsandten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erzielten Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder. Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstand überwiesenen Gelder haben die Verbände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Die gleiche Bestimmung findet dort, wo keine Vereinsorganisation vorhanden ist, auf die Wahlkreis-, Bezirks- und Landes-Vertrauenspersonen sinngemäße Anwendung.

Weibliche Vertrauenspersonen.

§ 10. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Partei-Instanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 11. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

- 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

- 2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
- 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 12. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 13. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einberufen ist. Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstags-Fraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 14. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschidung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekanntzugeben hat.

§ 15. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

- 1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
- 2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
- 3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
- 4. Die Beschlußfassung über die Partei-Organisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
- 5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 16. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

- 1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
- 2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
- 3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
- 4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 17. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen. Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 11 und 12).

Parteivorstand.

§ 18. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer und den Schriftführern — die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind — sowie zwei Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzetteln in einem Wahlgange und nach doppelter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Die Stichwahl entscheidet das Los.

Die Wahl der Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission. Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und seinen Namen im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 19. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 20. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Befoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 21. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder. Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch Klarelei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Beiträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein dingliches Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 22. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein Kassenrecht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei ein-

zusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitagcs Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 23. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Auffassung von Reichstagsmandataturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bzw. der Landesorganisation ergeben.

Kontrollkommission.

§ 24. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrollkommission erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 25. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt“.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 26. Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Ausschlus.

§ 27. Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Richter wählt der Angeklagte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeklagte angehört. Den Vorsitzenden bezieht der Parteivorstand.

Zu Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus Grund des § 2 aus der Gesamtpartei gleichzusetzen. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorkommend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 28. Wegen der Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Berichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlussantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

Wiederaufnahme.

§ 29. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur auf dem Parteitag erfolgen.

Der Antrag auf Wiederaufnahme ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß er zugleich mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die seinerzeit den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes zu hören.

Abänderung der Organisation.

§ 30. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 14 und 17 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangt sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Die §§ 1-3 (Parteizugehörigkeit) werden ohne Debatte angenommen.

Zu den §§ 4-6 (Gliederung) ergreift das Wort

Dr. Lindemann-Stuttgart:

Sie haben schon vom Referenten gehört, daß in den Kreisen nicht nur der süddeutschen Genossen, der Genossen aus Baden, Hessen, Württemberg, Bayern und Elsaß-Lothringen, sondern auch der Genossen aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg und wenn ich nicht irre, auch Oldenburg, sehr schwere Bedenken gegen die in diesem Entwurf vorgeschlagene organisatorische Gliederung bestehen. Diese Genossen haben sich nun am Donnerstag in einer Zahl von 80 besprochen und sich dahin verständigt, daß sie keinen Widerspruch erheben wollen, weil sie in diesem Stadium der Verhandlungen nicht erschweren wollen. Sie haben zugegeben, daß der Statutenentwurf eine ganze Anzahl wichtiger Fortschritte enthält, mit denen sie ebenfalls einverstanden sind. Dagegen haben sie gerade gegen die organisatorischen Bestimmungen die schwersten Bedenken gehabt, einmal in bezug auf die finanzielle Selbstständigkeit ihrer Landes- und Bezirksorganisationen, und ferner darin, daß die nach langer Arbeit und Mühe geschaffenen Organisationen desorganisiert und daß dadurch die Gesamtpartei aufs schwerste geschädigt werden würde. (Widerspruch.) Aus diesen Gründen sind die 80 Genossen nach übereinstimmender Ansicht nicht in der Lage, dafür zu stimmen, sie werden sich bei der Abstimmung über den Entwurf enthalten.

Diese Erklärung sollte hier abgegeben werden, ein Genosse, der dazu beauftragt war, hatte sich mit Singer in Verbindung gesetzt. Singer hatte sich geweigert, diese Erklärung der Ausführlichkeit hier vorlesen zu lassen; aus diesem Grunde habe ich mich veranlaßt gesehen, gegen die Enbloe-Aufnahme Widerspruch zu erheben, um in die Lage zu kommen, die Erklärung abgeben zu können. Es schien mir notwendig, nicht nur den Parteitag hiervon zu unterrichten, sondern es schien mir das auch notwendig im Interesse unserer Genossen im Lande, die es nicht verstanden haben würden, wenn ihre Vertreter nicht nochmals die Gelegenheit benutz hätten, um auf Klarheit ihrem Widerspruch gegen diese neue organisatorische Gliederung Ausdruck zu geben. Das waren die Gründe, die mich veranlaßt haben, zu widersprechen und falls das geschäftsordnungsmäßig möglich ist, würde ich nunmehr, nachdem ich meine Erklärung abgegeben habe, meinen Widerspruch zurückziehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Singer:

Das letztere ist nicht zulässig. . . Nach den Ausführungen des Vorredners fühle ich mich verpflichtet, ein Wort zu sagen; seine Ausführungen könnten den Anschein erwecken, daß ich aus

persönlichen und sonstigen Gründen ihn verhindert habe, die Erklärung zu verlesen. Das ist nicht der Fall. Ich habe mich nur nicht für berechtigt gehalten, in der Form einer formalen Bemerkung zur Geschäftsordnung eine Kritik der Kommissionsbeschlüsse zuzulassen, ohne den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, ihrerseits darauf zu antworten. (Sehr richtig!) Das war der Grund, aus dem ich Lindemann gesagt habe: Wenn Sie eine formelle Erklärung abgeben wollen, daß Sie sich deshalb der Abstimmung enthalten, so habe ich nichts dagegen, aber, wenn Sie eine Erklärung abgeben, in der die schwersten Bedenken gegen die Entwicklung der Partei geltend gemacht werden, so ist das eine sachliche Erklärung, die diskutiert werden muß, weil die anderen Gelegenheit bekommen müssen, ihre Ansichten darüber auszusprechen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß ein Vorsitzender, der die Rechte des Parteitagcs wahrnehmen will, auch in Zukunft nicht anders handeln könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Debatte über den Abschnitt „Gliederung“ wird geschlossen und die §§ 4-6 angenommen.

Die §§ 7 und 8 (Vertrauenspersonen) werden ohne Debatte angenommen.

Zum § 9 (Verzichtserklärung) bemerkt

Adler-Miel: Ich will den schweren Bedenken meiner Freunde gegen diesen Paragraphen nicht Ausdruck geben, bitte aber den Parteitag, dies Schweigen nicht falsch zu deuten.

§ 9 wird angenommen. Ohne Debatte werden angenommen die §§ 10 (weibliche Vertrauenspersonen), 11-17 (Parteitag), 18 (in der vom Referenten angegebenen modifizierten Fassung), 19-23 (Parteivorstand), 24 (Kontrollkommission), 25 (Zentralorgan), 27-28 (Ausschlus).

Zu § 29 (Wiederaufnahme) fragt

Zubeil-Berlin, wie es in Zukunft mit denjenigen Genossen gehalten werden soll, die aus Lokalvereinen ausgeschlossen sind und ihre Beiträge direkt an den Parteivorstand zahlen.

Pfannsch-Verlin: Rückwirkende Kraft hat das neue Organisationsstatut natürlich nicht; dazu wäre aber eine besondere Deklaration notwendig, die aber im jetzigen Augenblick wohl nicht opportun wäre. Den Lokalvereinen kann natürlich nicht zugemutet werden, sich jemand aufdrängen zu lassen. Hier muß alles der heilsamen Zeit überlassen bleiben.

§ 29 wird angenommen, ebenso § 30 (Änderungen der Organisation).

Darauf wird auch der Gesamtentwurf angenommen.

Den Antrag 12 begründet

Davidsohn-Berlin:

Selbst unter den Delegierten dieses Parteitagcs ist eine nicht kleine Anzahl der Meinung, daß wir die Arbeiter von Partei wegen auf die Abstimmung verpöndelt wurden. Das ist unglücklich, aber nicht wahr. Wir wünschen nichts weiter, als daß diese eminent wichtige Frage einmal auf unserem Parteitagc erörtert wird, wie es in anderen Ländern bereits geschehen ist. Damit Sie sehen, welches unsere Bestrebungen sind, führe ich an, daß unsere Freunde f. B. auf dem österreichischen Parteitag eine Resolution eingebracht haben, die sich nicht für Abstinenz ausspricht, sondern zunächst die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und die Abschaffung des Trinkzwanges, nicht des Rechts zum Trinken fordert. Sollten die Punkte „Erziehung der Jugend“ und „Reform des Strafrechts“ auf die Tagesordnung des Parteitagcs 1906 oder eines späteren kommen, so würden die betreffenden Referenten - wollen sie ihrer Aufgabe in vollem Umfange gerecht werden - sich sozuzunehmen gezwungen sehen, auch die Alkoholfrage in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen. Die Annahme einer Resolution - wie im vorigen Jahre - kann nichts nützen, denn da würde die Mehrzahl unserer Parteimitglieder sich höchstwahrscheinlich - wie seit Bremen - um diese Resolution doch wieder nicht kümmern. Ich nenne keinen Namen. Ich will hier dem Genossen Vebel ein Wort reichen, in dem er sogar eine der sonst in Parteiorganen verpöndeten Schwindel-Annoncen zur „Behebung von Trunksucht“ findet. Vebel in seiner Unwissenheit wird hoffentlich auch dieser Frage genügend Verständnis abgewinnen, um zu erkennen, daß derlei (und schlimmere!) Dinge erst dann unmöglich werden können, wenn genügend für Aufklärung gesorgt wird. Oder können wir es beantworten, wenn Parteimitglieder dazu beitragen, daß ein armes Weib hinget, ihre letzten Pfennige zu opfern, um ihren Mann aus den Klauen des Alkoholismus zu erretten - durch Kauf eines von der sozialdemokratischen Zeitung empfohlenen Schwindel-„Heilmittels“!

Auch dem Parteivorstande die Entscheidung wieder zu überweisen, empfiehlt sich nicht; dann erleben wir höchstwahrscheinlich doch nur die zweite Beerdigung des schon in diesem Jahre vom Parteivorstande eingescharrten Antrages.

Zum Schluß eine Erklärung: Die im Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde organisierten etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen haben Pfingsten dieses Jahres auf ihrer Generalversammlung in Berlin erklärt, daß sie in erster Linie Sozialdemokraten und dann erst Abstinenten sind, nicht umgekehrt! Sie haben ferner erklärt, daß ihnen selbstverständlich jeder noch so alkoholfreundliche Parteigenosse lieber und näher ist als etwa ein abstinenter Bourgeois.

Nach Abgabe dieser Erklärung bitte ich die Genossen und Genossinnen: Diskutiert die Frage endlich einmal mit uns! Reicht uns wenigstens einen Finger! Wir werden dafür sorgen, daß er sich zu einer Hand auswächst, die in gegebenen Moment ohne Jittern und Beben nach Art von Abstinenten Händen kräftig dreinschlagen hilft auf die Feinde des internationalen Proletariats. (Beifall.)

Pfannsch-Verlin:

Wenn die Resolution des vorigen Jahres ziemlich wirkungslos geblieben ist, so würde die Wiederholung und auch die Verschärfung derselben kaum einen anderen Erfolg haben. Der Vorstand ist eben nicht in der Lage, die Durchführung solcher Beschlüsse zu erzwingen. Es muß aber rühmlichst hervorgehoben werden, daß selbst von abstinenten Seite der Partei das Kompliment gemacht worden ist, daß man sich in Parteikreisen zunehmend mit der Alkoholfrage beschäftigt. Wogegen ich mich wende, ist, daß die Alkoholfrage zu einer Parteifrage gemacht werden soll (Sehr richtig!) und daß man versucht, einen Beschluß festzulegen, durch den die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagcs gebracht werden soll. Es ist in den letzten Tagen wiederholt die Rede davon gewesen, wie schwer es ist, bei der Festsetzung der Tagesordnung den allgemeinen Parteibedürfnissen und den Wünschen einzelner Genossen Rechnung zu tragen. Die richtig Vorstand und Kontrollkommission diesmal bei der Festsetzung der Tagesordnung verfahren sind, dafür gibt ja wohl der Verlauf der Verhandlungen, der, wie ich hoffe, zu Ihrer aller Zufriedenheit sich abgewickelt hat, den besten Beweis. Soll das so bleiben, dann müssen Sie der Parteileitung vollständig freie Hand lassen, damit wir im gegebenen Augenblick die richtige Entscheidung treffen können. Durch solche Anträge, wie sie diesmal wieder in mehreren Exemplaren vorliegen, kann die Parteileitung nur eventuell in die Lage verlegt werden, Parteitagcsbeschlüsse nicht durchzuführen zu können, und in diese Verlegenheit sollten Sie sie nicht bringen. Nehmen Sie also alle in dieser Beziehung gestellten Anträge ab. (Bravo!)

Wissel-Lübeck:

Es ist natürlich und vorhergesehenes Ereignisse eintreten, werden wir Kommunisten keine Einwendung dagegen erheben, daß die Alkoholfrage im nächsten Jahre noch nicht behandelt wird. Aber vorläufig sehen wir solche Ereignisse noch nicht, deshalb bitte ich den Antrag anzunehmen. Uns kommt es dabei nicht darauf an, für die Propaganda zu machen, sondern wir sind schon ganz zufrieden, wenn sich die Arbeiter nur einmal mit der Frage beschäftigen. Es ist in der Tat so, daß der Alkohol in der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt. Darüber müssen die Arbeiter aufgeklärt werden; für die Parteibewegung wird daraus großer Nutzen erwachsen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 12 wird dem Parteivorstande zur Erörterung überwiesen. Nunmehr gelangen die Anträge über den Ort des nächsten Parteitagcs zur Verhandlung.

Den Antrag 11, der M a n n h e i m vorschlägt, begründet

Dreesbach-Mannheim:

Wir wünschen seit langem, daß der Parteitag auch einmal in Baden abgehalten werde und ich hoffe, diesmal werden Sie unserer Einladung folgen, einmal den größten Binnenhafen Europas zu besuchen. Für die Verhandlungen sieht uns der neu erbaute große Festsaal zur Verfügung, der 7000 Personen faßt. Wenn in der Nähe Mannheims allbekannte Weinberge liegen, so haben Sie die beste Gelegenheit, dort abschreckende Beispiele des Alkoholismus zu sehen. (Große Heiterkeit.)

Höfs-Stettin

empfehlen Stettin. Beharrlichkeit führt zum Ziel, deshalb haben wir unseren Vorschlag wieder eingebracht. Durch die Verlegung des Stettiner Wahlkreises ist der Stettiner Wahlkreis gefährdet; auch deshalb empfiehlt es sich, den nächsten Parteitag dort abzuhalten. Stettin liegt in Pommeren (Große Heiterkeit) und wir können von da aus die schönsten Ausflüge in die Ostsee unternehmen.

Müller-Köln

empfehlen Köln, ist aber damit einverstanden, daß der nächste Parteitag in Mannheim stattfindet, da dort die Lokalkräfte günstiger sind. Mit großer Mehrheit wird beschlossen, den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

Hierauf wird beschlossen, eine halbstündige Pause eintreten zu lassen, während der die Stimmzettel für die Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission abgegeben werden sollen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Sädelum-Berlin: Auf der Vorschlagsliste, die soeben verteilt worden ist, ist der Name einer Genossin als Vorschlag für die Kontrollkommission enthalten, die bereits ein Parteiamt bekleidet. Ich halte es nicht für zulässig, daß Angestellte der Partei in die Kontrollkommission gewählt werden, weil diese Genossen ja sonst die Aufgabe hätten, sich selbst zu kontrollieren.

Hofmann-Hamburg schlägt Müller-Berlin als Schriftführer vor. Buhl-Leipzig empfiehlt Meemann-Leipzig für die Kontrollkommission, damit endlich einmal einer der ältesten Parteiorde Einfluß auf die Parteiverwaltung gewinne.

Lebehour-Berlin: Ich halte die Bedenken Sädelums für unzutreffend. Solche rein formellen Gesichtspunkte können für uns bei der Neuwahl nicht maßgebend sein. Nach unseren bisherigen Erfahrungen wird die Selbstständigkeit der Parteigenossen nicht dadurch beeinträchtigt, daß sie in irgend einer Beziehung zu Parteiamtären stehen. Sonst dürfen wir schließlich auch keine Parteiredakteure in die Kontrollkommission wählen. (Sädelum: Das sind keine Parteiangestellte.) Für uns kommt in erster Linie der Charakter und die Tätigkeit der Parteigenossen in Betracht.

Weis-Berlin bittet, den Genossen Eugen Ernst in die Kommission zu wählen, damit auch der größte Parteiorde darin vertreten ist.

David-Mainz empfiehlt Ulrich für die Kontrollkommission, damit endlich auch Hessen wieder eine Vertretung in der Kommission erhalte.

Frau Sieh-Hamburg: Ich möchte den Ausführungen Sädelums energisch entgegenreten. Die „Gleichheit“ ist nicht erst seit heute Parteiorde, sondern seit drei oder vier Jahren; bisher hat aber deswegen noch niemand Einwendungen gegen die Genossin Jettin erhoben. Die Genossin Jettin ist bereits seit Jahren in der Kontrollkommission tätig, sie ist überall eingeweiht, außerdem ist es doch auch notwendig, daß wir Frauen in der Kontrollkommission vertreten sind.

Sädelum-Berlin: Es ist in der Partei nicht üblich, Genossen zu beantragen, sich gewissermaßen selbst zu kontrollieren. Anders sieht es mit den Parteiredakteuren, die durch die Preßkommission und nicht durch den Parteivorstand eingesetzt sind. Ich denke nicht daran, die Tätigkeit der Genossin Jettin herabzusetzen. Aus formellen Gründen aber scheint es nicht angängig, sie in die Kontrollkommission zu wählen.

Burm-Berlin: Ich bestreite, daß solche formellen Bedenken vorliegen. Weder im alten noch im neuen Statut steht darüber irgend etwas. Es ist auch nicht daran zu denken, daß die Redakteure, die vom Parteivorstand angestellt werden, abhängiger wären, als die von der Preßkommission angestellten. Wir alle wissen, wie unabhängig die Genossin Jettin gegenüber jedem man ihren Standpunkt zu wahren versteht. Wenn man den Standpunkt Sädelums einnimmt, so könnte auch der Genosse Eugen Ernst nicht gewählt werden, weil er Angestellter des „Vorwärts“ ist.

Höfs-Stettin empfiehlt für die Kontrollkommission den Genossen Storch-Stettin, damit Norddeutschland vertreten sei.

Richard Fischer-Berlin stellt fest, daß Genosse Ernst nicht im „Vorwärts“, sondern in einer Druckerei angestellt ist, die feinerlei Kontrolle des Vorstandes unterliegt, sondern Privatunternehmen der Berliner Genossen ist.

Damit schließt diese Diskussion.

Schluß 1 Uhr.

Nach 1 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Singer erklärt die Wahl für geschlossen. Die Mandatsprüfungs-

Kommission stellt das Ergebnis fest.

Es wird in die Tagesordnung eingetretten. Zur Verhandlung gelangt Antrag 13: Die Reform des Strafrechtsgesetzes auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagcs zu setzen.

Löbe-Dresden begründet den Antrag.

Stadthagen-Berlin bittet ihn abzulehnen, ihm auch nicht ein Begründung durch Uebersetzung an den Vorstand zur Erörterung zu bereiten. Es sei falsch, die Tagesordnung des nächsten Parteitagcs zu belasten. Auch müsse man sich davor hüten, Oberflächlichkeit zu verbreiten. Die Frage der Reform des Strafrechts dürfe nicht losgelöst von dem allgemeinen sozialen Untergrunde behandelt werden. Auch der vorzüglichste Redner und tiefste Kenner des Gebietes könne in einem Referat vor dem Parteitag nur allgemeine Grundsätze über diese Fragen bieten, die man allseitig lenne. Mit dem Wunsch Löbes, daß die Parteipresse stärker als bisher den Klassencharakter der Justiz hervorheben solle, könne man sich dagegen vollständig einverstanden erklären.

Liebkech-Berlin: Es ist nötig, einmal das ganze Problem der Klassenjustiz auf dem Parteitagc zu erörtern. Ich bin überzeugt, daß eine solche Verhandlung sowohl praktische Früchte tragen als auch vor allen Dingen eine ungeheure agitatorische Wirkung haben würde. Abgesehen von den Militär-Verhandlungen ist gerade die Frage der Klassenjustiz die alles aufweckende und aufregende für die Agitation. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Antrag dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht in dem Sinne, daß die Reform des Strafrechtsgesetzes auf die Tagesordnung kommt, sondern daß einmal die Klassenjustiz und Gesetzgebung in ihrem Wesen und ihrem Zusammenhang mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung behandelt wird.

Der Antrag 13 wird dem Vorstande zur Erörterung überwiesen.

Die Anträge 14 und 15 werden gemeinsam behandelt.

Schulz-Bremen: Ich verweise zur Begründung auf die Debatten vom Donnerstag, die gezeigt haben, daß in der Partei ein außerordentlich reges Interesse in der Erziehungsfrage herrscht, daß aber die Ansichten darüber auseinandergehen. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, und darum ist die richtige Erziehung der Jugend von hoher Bedeutung. Es entsteht die Frage, wann soll die planmäßige Beeinflussung der Jugend für den Sozialismus beginnen, auch die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur Schule des Klassenstaates und eine andere Reihe von Einzelfragen müssen erörtert werden. Das Erörterte Programm enthält hierüber wenig oder garnichts. Früher ist sehr viel mehr über die Erziehungsfragen in der Partei geschrieben worden. Das Erziehungsideal des Proletariats hat nicht mit der bürgerlichen Erziehung gemein, es erwächst ebenso

aus der Klassenlage des Proletariats wie das des Bürgertums und der Klassenlage der Bourgeoisie. Es ist nötig, einmal die Stellung des wissenschaftlichen Sozialismus zur Erziehungsfrage zu erörtern und Klarheit hierüber zu schaffen. Aus diesem Grunde haben Frau Kettin und ich unseren Antrag eingebracht, den ich Sie dringend annehmen bitte. Glücklichweise ist ja jetzt in weiten Kreisen der Genossen das Interesse an der Erziehungsfrage erwacht, ich erinnere nur an die Diskussion in der „Gleichheit“. Wir dürfen die Schulfrage nicht von der Erziehungsfrage loslösen, sondern müssen einmal das ganze Gebiet der Erziehungsfrage zur Debatte stellen. Gewiß hat es etwas für sich, sich nicht vorher auf eine Tagesordnung festzulegen, aber andererseits kann man sich, wenn ein Punkt der Tagesordnung vorher bekannt ist, damit beschäftigen und eine Diskussion herbeiführen. Ich bitte Sie nochmals, den Antrag anzunehmen.

Frank-Mannheim:

Die Partei ist sich darüber einig, daß die Erziehungsfrage einer praktischen Behandlung bedarf. Wir haben in Dresden bereits angefangen, die Probe aufs Exempel zu machen, wir haben schon an mehreren Orten Jugendorganisationen gegründet, und wenn der Parteitag nächstes Jahr in Mannheim zusammentritt, dann werden wir vielleicht Gelegenheit haben, dort eine Parade über unsere junge revolutionäre Garde abzuhalten.

Hierauf werden beide Anträge dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Da die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, aber weiter kein Material vorliegt, vertagt Singer die Sitzung auf unbestimmte Zeit.

Singer gibt nun das Resultat der Wahlen bekannt.

Singer:

Parteiengenossen! Damit wären die Arbeiten des Parteitages beendet. — Ich will zunächst — wie ich überzeugt bin, in Ihrer aller Namen — unseren Jenaer Genossen wärmsten Dank aussprechen für die Opferwilligkeit und für die Bereitwilligkeit, mit der sie dem Parteitag gedient haben. (Bravo!) Die Feste, die sie veranstaltet haben, werden in dankbarer Erinnerung bleiben, und die Arbeit, die sie geleistet haben, deren Größe wir gewissermaßen kennen, wird ihnen ebenfalls unvergessen sein. Ich glaube aber auch einem Wunsch des Parteitages zu genügen, wenn ich der Karl Reich-Stiftung meinen Dank ausspreche für die schönen Räume, die wir benutzen konnten, und auch zugleich den Dank des Parteitages dafür, daß sie während der Tagung einer großen Anzahl von Delegierten Einbildung in ihre Betriebe gegönnt und damit diesen Genossen Gelegenheit gegeben hat, sich von der Größe, der Vielfältigkeit, der Feinheit dieser Betriebe zu überzeugen. (Bravo!) Ebenso glaube ich zu Dank verpflichtet zu sein und diesen Dank in Ihrem Namen auszusprechen zu müssen der Firma Gutmann in Nürnberg, die die Vertheilung unserer Anträge und der sonstigen Sachen übernommen hat. Die Herren haben in dankenswerter Bereitwilligkeit ihre Dienste dem Parteitage unentgeltlich geleistet. (Bravo!) Ich darf es wohl ausprechen, daß wir durch die Art, in der sie die Arbeit geleistet haben, die Ausführung, die sie ihr gegeben haben, uns in vollstem Maße befriedigt und zu wirklichem Dank verpflichtet haben. Ich muß aber auch denjenigen Genossen, die gerade auf diesem Parteitag in den Kommissionen stark beschäftigt und dadurch nicht in der Lage waren, sich an den Verhandlungen des Parteitages, so wie sie es wohl gewünscht hätten, zu beteiligen, in Ihrem Namen den Dank des Parteitages aussprechen.

Nun, Parteiengenossen, wenn wir am Schluß unserer Verhandlungen einen kurzen Rückblick auf die rote Woche in Jena werfen, so erinnere ich daran, daß, als wir zum Parteitag nach Jena kamen, unsere Gegner darauf rechneten, daß wir hier ein inneres Jena für die Partei finden würden. Unsere Verschlüsse und unsere Debatten haben gezeigt, daß diese Hoffnungen gründlich enttäuscht sind und daß wir uns nicht ein inneres Jena, wohl aber unseren Gegnern ein Sedan bereitet haben. (Heiterkeit und sehr gut!) Die beiden großen Fragen, welche diesen Parteitag beherrschten: die Frage der Masse und die Frage des Massenstreiks, sie haben wieder einmal unwiderleglich bewiesen, daß die Arbeiterklasse grundsätzlich in diesen Fragen einig ist. Die Bedeutung dieser beiden Fragen jetzt noch einmal vor Ihnen aufzurollen, wäre überflüssig, aber ich darf mit ganz besonderer Genugthuung konstatieren, daß die beiden großen Ströme der Arbeiterbewegung: sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften, einig sind in dem Streben, durch ihre Tätigkeit das große Ziel der Sozialdemokratie: die Vertheilung der bürgerlichen Gesellschaft, die Pertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaft, zu erreichen. (Beifall.) Wir sehen, daß diese beiden großen Bewegungen, gleich rasanten Säulen, jede auf besonderem Wege dem gemeinsamen Ziel zustreben, daß sie aber entschlossen sind — und dieser Parteitag hat das aufs neue bewiesen — vereint zu schlagen, vereint zu schlagen den gemeinsamen Feind, den zu vernichten Partei und Gewerkschaften geschaffen sind.

Wir haben unsere Waffen geschärft auf diesem Parteitage, wir haben uns eine neue feste Organisation geschaffen in dem Bestreben, die Kräfte der Arbeiterklasse, soweit sie in der Sozialdemokratie organisiert sind, noch enger zusammenzufassen, noch mehr zusammenzuschließen, um noch tatkräftiger noch schlagfertiger gegen den Feind loszugehen. Ich habe die Überzeugung, daß die neue Organisation dieselben Früchte zeitigen wird wie die bisherige Organisation, denn, Parteiengenossen, das wollen wir auch in diesem Augenblick betonen: mehr als das geschriebene Wort muß uns und muß uns nützen der lebendige Geist, der in der Arbeiterklasse herrscht. (Beifall.) Und dieser Geist wird auch durch die neue Organisation gefördert werden, er wird neue Nahrung finden, und die Organisation wird dazu beitragen, die Kräfte der Sozialdemokratie noch fester zu schließen, ihr den Sieg zu erleichtern. Die beiden anderen Fragen habe ich bereits berührt. Wir haben in einer Reihe von Resolutionen bereits Stellung genommen zu den großen weltbewegenden Fragen der Zeit und namentlich auch in einer Resolution Stellung genommen und den Empfindungen und dem Willen der deutschen Arbeiter Ausdruck gegeben, die, wie in allen anderen Fragen, mit dem Gefühl des Proletariats aller Länder übereinstimmen. Wir haben den russischen Sozialismus gebrandmarkt, der russischen Revolution, der größten Erscheinung, die wir jetzt in der Welt beobachten, und die heldenmütigen Kämpfer in dieser Revolution unserer Sympathie, unserer Zustimmung verdienstet. Parteiengenossen! Wenn wir in den letzten Monaten für die Opfer der russischen Revolution auch mit materiellen Mitteln eingetreten sind, so bin ich überzeugt, daß jeder von uns das getan hat mit dem glühenden Wunsch, daß diese materielle Hilfe den russischen Soldaten helfen möge, ihr Ziel zu erreichen und den Sozialismus zu erschmeitern. (Beifall.)

So haben wir auf diesem Parteitage nützlich für die Partei gewirkt. Wir werden es jetzt erleben, daß unsere Gegner, die enttäuscht von diesem Parteitage gehen, in ihren Blättern schreiben werden: Dieser Parteitag hat keine Bedeutung, er war langweilig, er war öde, denn es war ja kein leeres Geplänkel auf ihm. Nun der Presse unserer Gegner werden wir es nie recht machen können, und es ist ja auch gar nicht unsere Aufgabe, danach zu streben, es der Bourgeoisie recht zu machen. (Beifall.) Wir aber wissen, daß, wenn auf diesem Parteitag eine Reihe von Befürchtungen, die vielleicht auch in den Kreisen der Genossen vorhanden waren, sich nicht erfüllt haben, das darauf zurückzuführen ist, daß die Partei nach wie vor gefestigt und entschlossen ihren eigentlichen Zielen zustrebt. Diese Befürchtungen sind deshalb nicht eingetroffen, weil, wie sich doch immer wieder zeigt, über allen persönlichen Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Streitereien, die manchmal vorkommen können, weit erhaben ist die Überzeugung, die in jedem Genossen lebt, daß er seine ganze Arbeit, seine ganze Kraft, sein ganzes Wollen und Können daran zu setzen hat, um die Einheit und Geschlossenheit der Partei auch nach außen zu wahren. (Beifall.) Deswegen bin ich überzeugt, daß die Resolution, die wir in dieser Beziehung beschließen haben, reiche Früchte tragen wird. Wir werden zwar nach wie vor in gewissen Dingen Meinungsverschiedenheiten haben, die ja eine Lebensfrage für die Partei sind und ohne die wir

gar nicht existieren können. Es ist nicht unsere Aufgabe, uniform und schematisch einer dem anderen nachzueifeln. (Sehr richtig!) Wir werden nach wie vor über diese Meinungsverschiedenheiten diskutieren, wir werden uns gegenseitig aufklären.

Wir alle können befriedigt auf diesen Parteitag zurückblicken, wir dürfen ohne jede Ueberhebung sagen: die deutsche Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie instand und gewillt ist, diesen weltbewegenden Fragen nach ihren sozialdemokratischen Grundsätzen ins Auge zu schauen und die großen Fragen, die an sie herantreten, zu fördern und zu lösen einzig und allein entsprechend ihren Grundsätzen, ihrem Programm. (Beifall.)

Daß das gerade in diesem Jahre so elastisch zum Ausdruck gekommen ist, fühle ich mich zu einer kurzen Erinnerung daran, daß es in diesem Jahre 30 Jahre her sein wird, daß die sozialdemokratische Partei auf dem Kongreß zu Gotha sich geeinigt hat. 30 Jahre ist es her, daß die beiden großen Richtungen gemeinsam kämpften, und wenn wir uns vergegenwärtigen, daß damals die Trennung bestanden hätte aus prinzipiellen Gründen und daß trotzdem die Arbeiterklasse sich zusammenschloß, um einig und geschlossen den Kampf zu führen, so dürfen wir auch die Zuversicht haben, daß die auf dem Kongreß von Gotha vollzogene und seit 30 Jahren bestehende Einigkeit von Dauer sein wird und daß die Segner in ihren Hoffnungen, die Partei durch Zerspaltung zu schwächen, weiter so enttäuscht werden wie bisher. (Beifall.)

Mit diesem Vorschlag, in diesem Bestreben verlassen wir diese geistliche Stadt, und wenn jeder einzelne von uns jetzt in seinen Kreis zurückkehrt, getragen und gestärkt von dem Bewußtsein, daß die rote Woche in Jena eine gute Woche für die Partei gewesen ist (Beifall.) und wenn jeder einzelne seiner Parteiengenossen, die ihn hierhergeschickt haben, in diesem Sinne berichten wird, so ist, davon bin ich überzeugt, dafür gesorgt, daß auf dem Boden unserer Verschlüsse weiter agitiert und propagiert werden wird. Parteiengenossen, in dem Schlußsatz unserer Massenstreikresolution ist gesagt, daß die Voraussetzung unserer ganzen Aktion eine zielbewusste, unermüdete Agitation ist, daß wir die Herzen und Köpfe revolutionieren müssen. Das was in diesen Sätzen als Richtschnur gegeben ist, wollen wir jetzt alle, jeder an seiner Stelle propagieren. Wenn dann wieder einmal ein Tag der Abrechnung kommt, wenn wir wieder einmal zu den Wahlen aufgerufen werden, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor fortzuschreiten wird von Sieg zu Sieg, von Erfolg zu Erfolg. Und wenn wir dann beschloßen haben, zu erwägen, welche Machtmittel die Arbeiterklasse anzuwenden hat, um Attentate auf ihre Rechte abzuwehren, so wollen wir auch an diese Aufgabe herantreten, indem wir uns noch mehr als bisher rüsten mit dem geistlichen Werkzeug unserer Partei, mit den Lehren unserer großen Denker, mit dem Werkzeug, welches auf wissenschaftlicher Grundlage die Verrottheit und Verwundtheit der heutigen Verhältnisse nachweist und welches wir in Versammlungen und in der Presse den Arbeitern vorzulegen haben, um durch diese Aufklärung die Köpfe zu gewinnen. Haben wir einmal diese, so werden wir mit den Köpfen auch ihre Hände gewonnen haben. (Sehr gut!) Das alles sind unsere Aufgaben und wir müssen alle durchdrungen sein von der Notwendigkeit, sie zu erfüllen. Wohlan denn, gehen wir hinaus in unseren Kreis mit dem alten Rufe:

Hoch die internationale Sozialdemokratie, die deutsche Sozialdemokratie, das revolutionäre Proletariat aller Länder! (Stürmischer Beifall.)

Die Delegierten erheben sich von den Plätzen, stimmen begeistert dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeiter-Marschlied.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Berichtigung.

In der Nummer 24 des „Vorwärts“ vom Sonntag hat sich als Folge der eiligen Herstellung ein sehr unliebsamer Fehler eingeschlichen. Der letzte Teil der Rede Dr. Sadekums ist der Genossin L u z e m b u r g zugeschrieben worden.

Es muß in der 1. Beilage, 1. Spalte, 15. Zeile von unten nicht heißen:

Ich bewundere die Kühnheit der Genossin.

Rosa Luxemburg:

Sondern richtig:

Ich bewundere die Kühnheit der Genossin Rosa Luxemburg.

Ich für meinen Teil usw.

Gerichts-Zeitung.

Ist die Bezeugung der Pietät gegenüber einem verstorbenen Sozialdemokraten und dessen Angehörigen in Preußen strafbar?

Der Arbeiter Sozialdemokrat Lehmann wurde am 8. Juni verurteilt. Bei dem Leichenzuge von dem Sterbehause in Herzfelde nach dem Kirchhof trugen sechs Leidtragende Kränze mit roter Schleife und die vordersten drei dieser Kranzträger erhielten darauf ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 5 Mk. wegen „groben Unfugs“. Das Amtsgericht zu Kallberge (Mädelsdorf) besahligte diese Strafe am 9. August. Es behauptete, das Tragen des Kranzes sei eine „beabsichtigte Provokation“, der Verstorbene habe einem anderen Verein als die Angeklagten angehört. Es hätte das Begräbnis „offenbar“ dazu benutzt werden sollen, „um durch eine Demonstration für die sozialdemokratische Idee Propaganda zu machen“, die Angeklagten „mühten sich, daß sie die zum großen Teile aus Landleuten bestehende Bevölkerung von Herzfelde durch das demonstrative Tragen einer roten Schleife verletzten würden. Bei dieser Verurteilung beruhigten sich leider zwei Angeklagte. Der dritte, Glasarbeiter Stender aus Stralau, legte Verurteilung ein. Vor dem Landgericht Berlin II wurde über diese Verurteilung am 25. d. M. unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors, früheren Staatsanwalts Ellendt verhandelt, dem Angeklagten stand als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeldt zur Seite. Auf Befragen erklärte der Angeklagte: Keineswegs habe ich mich strafbar gemacht. Ich bin Parteigenosse des Verstorbenen, habe im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins einen Kranz mit roter Schleife und mit Inschrift getragen. Von einer Demonstration oder Provokation kann keine Rede sein, ich habe meine Pflicht als Parteigenosse dem Verstorbenen und seinen Verwandten gegenüber erfüllt. — Vorsitzender: Sie sind in Dänemark geboren? — Angekl.: Ja. — Vors.: Sind Sie Däne? — Angekl.: Nein, ich bin preussischer Staatsangehöriger. — Vors.: Sie wissen doch aber, daß rot die Farbe der Revolution ist und daß z. B. in Berlin am 18. März die roten Schleifen im Friedhofsbain von der Polizei nicht zugelassen werden? — Angekl.: Ein Kranz mit roter Schleife und Inschrift ist Erfüllung der Pietätspflicht und in Nieder-Dänemark durchaus üblich. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Curt Rosenfeldt: Welche Inschrift stand auf der Schleife? — Angekl.: Ruhe sanft! — Verteidiger: Sind die „Landleute“ in Herzfelde Gegner der Sozialdemokratie? — Vors.: 1898 und 1903 hat die Sozialdemokratie in Herzfelde mehr als 7/8 Stimmen auf sich vereinigt; niemand kann an der Ausübung unserer Gefühlspflicht Anstoß genommen haben. — Verteidiger auf eine Bemerkung des Vorsitzenden: Die Polizei beseitigt keineswegs alle roten Schleifen am 18. März, sondern scheidet — ob mit Recht oder nicht, das soll dahingestellt bleiben — nur gegen Inschriften ein, die ihr anstößig erscheinen. Am 18. März handelt es sich ja auch nicht um ein Begräbnis. Unter Beweis stelle ich durch Vernehmung auf das Zeugnis des Reichstagsvertrreters des Kreises Niederbarnim, daß es üblich ist, rote Schleifen zum Begräbnis von Sozialdemokraten zu tragen und daß selbst Amtsvorsteher und Geistliche an solchen Begräbnissen nicht Anstoß genommen, sondern sich über das Pietätsgefühl der Sozialdemokraten anerkennend ausgesprochen haben. — Vor-

sitzender: Das mag vorgekommen sein, deshalb kann aber doch an anderen Orten Anstoß genommen sein. — Der Amtsdienerr von Herzfelde bekundet nach wiederholtem Eingreifen des Vorsitzenden und Verteidigers: Auf die roten Schleifen bin ich durch Gespräch von Kindern, die sich darüber unterhielten, aufmerksam geworden. Der Gendarm und ich können niemand namhaft machen, der erklärt hat, er ärgere sich. — Vorsitzender: Nehmen Sie Anstoß? — Zeuge: Ja, denn ich kenne sonst nur schwarze und weiße Kranzschleifen als üblich. — Verteidiger: Haben Sie in Herzfelde vor dem Gericht erklärt, daß Sie nicht inhaftiert sind, anzugeben, ob Sie Vergernis nahmen? — Vorsitzender: Der Zeuge ist ja in erster Instanz gar nicht vernommen. — Verteidiger: Freilich steht im Protokoll darüber nichts, aber tatsächlich ist der Zeuge „informativ“ vernommen. — Zeuge bestätigt die Darlegungen des Verteidigers. — Nach Schluß der Vernehmung beantragt der Verteidiger: Freisprechung und Aufhebung auch der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse. Eingehend legt er dar: Sämtliche Behauptungen des ersten Urteils sind halblöse Behauptungen, die ohne eine Spur eines Sachsinns von Wahrheit angelegt sind, mit Ausnahme der Tatsache, daß Angeklagter als Vereingenosse und Freund des Verstorbenen das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise durch Niederlegen eines Kranzes mit roter Schleife geehrt hat. Das ist Erfüllung einer Pietätspflicht, kein grober Unfug, keine Demonstration, keine Provokation, zumal festgestellt ist, daß der Kranz in üblicher Weise getragen und die nicht provokatorische Inschrift „Ruhe sanft“ getragen hat. Eine Verurteilung steht rechtlich in kräftigem Widerspruch zu der ständigen Judikatur des Reichsgerichts und Oberverwaltungsgerichts. Das legt der Verteidiger an einer Reihe Entscheidungen dar. Interessant ist besonders die Aufhebung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom Juli 1892. Dort wird dargelegt: das Entfallen einer roten Fahne als Symbol der Sozialdemokratie ist weder strafbar noch polizeilich angreifbar. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist die Sozialdemokratie gleichberechtigt. Die früheren preussischen gegen revolutionäre Abzeichen gerichteten Gesetze sind von der Reichsgesetzgebung, die das Kapitel öffentliche Ordnung erschöpfend im Strafgesetzbuch regelt, verworfen. Sie würden auch mit dem in der preussischen Aufassung und der Reichsgesetzgebung aufgestellten Prinzip der Gleichberechtigung unvereinbar sein. Würde man, fährt der Verteidiger weiter aus, andere Grundsätze für anwendbar erklären, so würde ja z. B. auch die Form eines Begräbnisses strafbar sein, wie sie farbentragende Studentenverbindungen üben. Immer kann das Publikum als solches in einer berechtigten Weise sich darüber Beunruhigt fühlen, daß eine Pietätspflicht einem Verstorbenen gegenüber erfüllt wird. Liegt demnach aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen auch nicht die Spur eines strafbaren Verhaltens in dem Verhalten des Angeklagten, so ist es gerechtfertigt, auch die Auslagen dem Angeklagten, der bösig schuldlos strafrechtlich befolgt ist aufzulegen. Der Staatsanwalt erklärt kurz: ich beantrage Verurteilung der Verurteilung. Verteidiger: Ich halte nicht erwartet, daß der Staatsanwalt die Anklage bei dieser Sachlage aufrecht erhalten würde und möchte mein Ersuchen darüber ausdrücken. Vors.: Das ist überflüssig, der Staatsanwalt tut was er für richtig hält. Vors.: Ich muß doch feststellen, daß auch nicht ein einziger Grund für den Antrag auf Verurteilung angeführt ist. — Vors.: Ich möchte doch bitten, die persönlichen Angriffe zu unterlassen, die Staatsanwaltschaft hält eben das erste Urteil für zutreffend. — Vors.: Aber das Urteil ist in allen seinen Punkten aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen als haltlos erwiesen. Galt man das Urteil für zutreffend, dann freilich hat Professor Baron mit seinem Ausspruch nicht so unrecht: „Die Rechtsprechung über den großen Unfug kann leicht selbst zu einem groben Unfug werden.“ Das Gericht erklärt nach kurzer Beratung: der Verurteilung ist stattzugeben, der Angeklagte freigesprochen. Die Rechtsausführungen des Herrn Verteidigers sind zutreffend. Es kann freilich in dem Tragen eines Kranzes grober Unfug gefunden werden, aber doch nur wenn der Kranz in demonstrativer, provokatorischer Weise getragen wird und durch dies Verhalten eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung eintritt. Keine dieser Voraussetzungen trifft zu. Angeklagter hätte deshalb freigesprochen werden. Von der Verurteilung nicht nur die Kosten, sondern auch die Auslagen der Staatskasse aufzulegen hat das Gericht aber keinen Gebrauch gemacht. — Der Angeklagte wird voraussetzlich munter gegen die Beamten, die die halblöse Anklage herbeigeführt und aufrechterhalten haben, auf Erlass auch seiner Auslagen klagen. Vielleicht wird ein Erfolg seiner Zivilklage vor ähnlichen bösig unterrichteten Anklagen andere Staatsbürger bewahren, oder — das Reichsgericht anerkennt: Was der Versuch des nicht juristisch vorgebildeten Staatsbürgers sieht, braucht ein auch zur Verhütung unberechtigter Anklagen bezahlter Beamter nicht zu sehen.

Aus der frauenbewegung.

Brig. Donnerstag, 21. September, fand die Versammlung des Frauen- und Mädchenvereins für Brüg und Umgebung statt. Herr Zätker hielt einen Vortrag über: „Warum organisieren wir uns?“ Redner wies in kurzen Worten auf die Pflicht der Frauen, sich mehr zu organisieren, hin. Dem Referenten wurde Beifall gezollt. Aufgenommen wurden drei Mitglieder.

Reinickendorf-Ort. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen hält Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, seine Sitzung ab.

Konradistorische Verhandlungen über deutsche Karte. Vierter Band. Ellen und Stahl. II. Teil. Preis 4,50 Mk. Verlag F. Steinmetz, Berlin, Glienickerstr. 23.

Antike Nachrichten des Reichsversicherungsamts, 21. Jahrgang, Nr. 9. Verlag A. Weber u. Co., Berlin, Unter den Linden 13.

Welt und Menschheit. Lieferung 91—94. Populärwissenschaftliches Prosdromat. Preis der Lieferung 60 Pf. (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57.)

Österreichischer Arbeiterkalender für das Jahr 1906. Herausgegeben im Auftrage der Parteiverwaltung der österreichischen Sozialdemokratie. Preis gebunden 80 Heller. Mit einer Ortskarte. Verlag: „Der Arbeiter“. Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand.

Briefkasten der Redaktion.

Drachenhphotographie. (W. B.) U. M. des „Vorm.“ 185. — 1. Warum ist ein dem Arabischen entnommenes Wort „U. M.“ nicht etwa: „U. M.“, „U. M.“ als astronomische Bezeichnung bezieht sich U. auf den Lärm bzw. die Stellung eines Sterns. Der, auch das U. der Welt, den ein Vertikal- oder Höhenkreis mit dem Meridian, dem Mittagskreis, einschließt. Den U. eines Sternes nennt man auch den zwischen dem Äquator und dem Mittagskreis enthaltenen Bogen des Horizontes. 2. Wie viele „Vorm.“ Leser den Sinn ohne oder auch mit Berücksichtigung von U. verstehen bzw. verstanden haben, kann präzis nicht angegeben werden. 3. Der „Vorm.“ ist trotzdem allerdings nicht nur eine Zeitung für „Gelehrte“, sondern auch für Laien, insbesondere für Arbeiter und Arbeiterinnen. — Vorkursurteile. Die Gasse der Berliner Straßenbahnen haben dieselbe Spurweite, wie die Gasse der deutschen Eisenbahnen (Eisenbahnen), nämlich 1,435 Meter. In der Stalher- und Wilschmerstraße benutzt die Straßenbahn noch das Gleis der alten Verbindungsbahn, auf dem noch jetzt die nächsten Kohlenzüge vom Südring Bahnhof nach dem Gassenbahnhof fahren. — Essen. Uwa 221 000, der Reichstagswahlkreis rund 400 000 Einwohner. — R. T. Rein. — R. T. Ja. — G. S. 1. Ja. 2. Rein.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Besetzt: abends 7 Uhr.

W. S. 100. Die angelegten Gebühren sind zutreffend. — G. B. 01. C. A. W. 31. E. 10. Rein. — E. S. 148. Zur Zahlung sind Sie verpflichtet. — Zwei Wetende 28. Das Reichsgericht und das preussische Gericht können Sie in den öffentlichen Bibliotheken einsehen. — H. A. 100. Wie Ablauf des 14. Tages. — G. Z. 92. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Schilderung der Verhältnisse, über die Sie Auskunft haben wollen. Allgemeine Anfragen lassen vielerlei Antwort zu. — 100. 1. und 2. Es möge Schlichter beantragt und dann auf Rädelschlag geklagt werden. 3. Solange die Hilfsbedürftigkeit andauert. — L. E. Ja.

Steppdecken

Gelegenheitskauf!
Bunt Kattun Ersatz f. Deckbete 2⁰⁵
Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 4⁰⁵ 6⁷⁵
Wollallas 5²⁵ 7⁵⁰
Bunte Normal-Schlafdecken 1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰
Wolldecken ganz dick 9⁰⁰ 4⁰⁰
 (schwerhaltig)
Spezial-Haus **Emil Lefèvre**
 Oranienstraße 150. Berlin S.

Möbel-Halle

Harry Goldschmidt
 Moritzplatz 59.

Nicht zu vergleichen mit Abahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 4396L*
Extra-Abteilung
 verlässlicher gewesener **Möbel**
 wöchentliche oder monatliche **Teilzahlung gestattet!**
 Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur **Spezial-Möbel-Geschäft.**

Ziehung nächste Woche
 5. Oktober.
Quedlinburger Lose à 1 M.
 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf.
 Pferde-Gewinne sofort vorkäuflich gegen **Bar Geld.**
 1500 Gewinne im Werte von Mk. **23 000.**
 Hauptgewinn 1. W. v. **5000 Mark.**
 Lose versendet der General-Debitour **Karl Krebs, Quedlinburg.**
 Zu haben: in den Lotterie- u. Zigarrengeschäften.

Wer-Stoff-hat,
 fertige Herrenanzug, 20 R., ohne Reifentwurf, feine Jalat, 2 Uhr, für guten Eig. bekam gold. Medaille. **Ludwig Engel, Preussauerstraße 23, II. (Alexanderplatz).**
 Begründet 1892. 16632*

Bettfedern-Betten-Spezialhaus
L. Beutler
 empfiehlt Bettfedern, nur neu, dopp. vereinigtes, Pfund 50, 75, 1.25, Halbdaunen 1.25 bis 2.50, Ganzfedern u. Daunen v. 2.00-3.00.
Unübertroffen an Füllkraft ist meine Spezialmarke
„Mandarinen-Daunen“ Pfund nur **2.50 Mark.**
 Ein Versuch führt zu Nachbestellung.
Fertige Betten! Grosser Stand: Oberbett, Unterbett und 2 Kissen 12 Mk., bessere Sorten 15, 18, 22 bis 30 Mk.
Hochfeine Brautbetten 40-75 Mk.
Bettfedern-Dampf-Reinigung. Abholung und Zuwendung frei. Tel. 4 1971.
 Grosses Lager fertiger Isotite, Bezüge, Laken, 2-olsterbetten, Metallbetten besonders konstruiert, Chaiselongues, Betten mit Cretonne, etc. Stück 12 Mk.
L. Beutler, Berlin,
 Ackerstrasse 28, Oranienstrasse 5, nahe Hochbahn, Reinickendorferstr. 64 C.
 *Zentraler Versandort erhalten SpCh. Befehl.

Polstermöbel „Staubfrei“
 Müllers Patent No. 103 593 zu haben in jedem Tapezier- u. Möbel-Geschäft.
 Das Patent-Material u. Anfertigung liefert jede Polster-Materialien-Handlung oder beides die Spezial-Fabrik von **Paul Müller**
 BERLIN-O., Lebusstr. 15.
 7 Gold-Medall. Grand Prix u. Ehren-Preise.

An unsere werten Kunden!

Wir beehren uns, Ihnen ergebenst anzuzeigen, daß wir gezwungen sind, vom 1. Oktober cr. ab unsere sämtlichen **Nollgeld- und Lagergebühren** um je 5 Pfennige pro 50 Kilogramm zu erhöhen (Nollgeld für ankommende Güter minimal 40 Pf. pro Sendung), sowie für sämtliches Lagergut eine Ein- und Auslagerungsgebühr von je 5 Pf. pro 50 Kilogramm in Anrechnung zu bringen.
 Diese Maßnahme ist durch die jüngste Lohnbewegung unserer Kutscher, Begleiter und Bodenarbeiter notwendig geworden.
 Infolge jener Bewegung haben wir unserem Personal ganz bedeutende Lohnerhöhungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit, höhere Bezahlung der Ueberstunden sowie andere uns schwer belastende Vergünstigungen bewilligen müssen.
 Die großen Mehrausgaben, welche uns aus diesen Zugeständnissen erwachsen, können wir aus den bisherigen Erträgen unseres Expeditions- und Lagergeschäfts nicht decken. Wir brachten aber diese Opfer zur Verhütung eines drohenden Streiks und auch mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung der Lebensbedürfnisse, welche die Forderungen der Arbeitnehmer bis zu einer gewissen Grenze rechtfertigte.
 Nichts liegt uns ferner, als unsere Kundschaft übermäßig zu belasten. Mit der geringen Erhöhung unserer Sätze folgen wir nur einer zwingenden Notwendigkeit, und wir hoffen um so mehr, daß unsere verehrlichen Auftraggeber die Unvermeidlichkeit unseres Schrittes anerkennen werden, als jetzt auf längere Zeit hinaus die Verhältnisse innerhalb unserer Arbeiterschaft geregelt sind und als gesicherte bezichnet werden dürfen.
 Wir empfehlen uns Ihnen in vorzüglicher Hochachtung!

Bergemann u. Co. Berliner Abroll-Expeditions-Berein, Otto u. Co. Berliner Paketfahrt-Gesellschaft, Starke u. Co. Berliner Expeditur-Berein Aktien-Gesellschaft, Berliner Expeditur-Haus, Georg Reinald, Berliner Expeditur- und Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft (vorm. Bary u. Co.) Berliner Transport-Berein, Knopf u. Goehle, V. Bernhardt u. Co. Borchardt u. Fröhlich, Max Braß u. Co. Braß u. Kothenslein, Deutsch-Internationale Transport-Gesellschaft Heinrich Beck u. Co. Oskar Fabrentzug, J. A. Fischer, Förster, Ruttmann u. Co. Nachst. A. Freudenfeldt, Gerhard u. Hey, J. G. Henze, Adolf Heße u. van Deuren, Jacob u. Valentin, Internationales Expeditur-Bureau Georg Silberstein u. Co. Georg Kempermann, Gustav Sauer, Kübler u. Co. J. Rother u. Co. W. Warghäuser u. Co. Matthey u. Markgraf, Montag u. Schaeffer, A. Schäfer, Paul Schott u. Co. August Schulz, Julius Schumacher, Berlin W. 38, Paul Schur, Expeditur-Gesellschaft Jacobshof m. b. H., Transport-Kontor der vereinigten Expediture auf dem Berlin-Anhaltischen Bahnhofe, G. m. b. H., Transport-Kontor der vereinigten Expediture auf dem Hamburg-Lehrter Güter-Bahnhofe, G. m. b. H., A. Warmuth, A. Wittig u. Co.

Gesundheit ist Reichtum!
 Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
 Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.
 Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
 in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern 0,75 Mk. (40 Minuten Badedzeit.)
 Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Raucher
Rist-Isis beste 2-Pfennig-Zigarette
 aus der Fabrik **Rist & Co., München.**
 3000L*

Kenner rauchen
Zenith
 Zigaretten. 254/8*

Eine Mark
 wöchentl. Teilzahlung liefert elegante, fertige **Herren-Moden.**
 Krawatte für Mann, Anfertigung nach Mass, teils mit e. Verarbeitung, Garantie tadelloser Sitz, Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung, kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
 An der Jannowitz-Brücke 1, 1, Bahnhof Jannowitz-Brücke.

Möbel und Polsterwaren eigen. Fabr. Ganze Einrichtungen wie einzelne Stücke zu billig. Preisen. **Möhning,** Winterfeldstr. 35, an der Potsdamerstraße.
Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf. In Berlin: Salomon-Apothek., Charlottenstraße, Greif-Apothek., Dammstr. 33. In Breslau: 3612L*, Victoria-Apothek., Friedr. Wilhelmstr. 43.

Beste **BETTENFÜLLUNG** sind **GUSTAV LUSTIG'S MONOPOLDAUNEN**
 (gesetzlich geschützt)
 das Pfund 2.85 Mark.

Die **Bettfedernfabrik**
 mit elektrischem Betriebe
Gustav Lustig
 Berlin S., Prinzenstr. 45 u. 46, führt **nur**
Bettfedern | **Daunen**
 in 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 5,00 Mkt. per Pfd. | in 2,85, 3,50, 4,50, 5,50, 6,50 bis 8,00 Mkt.

Fertige Betten,
 bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, in 12, 15, 19, 22, 25, 28, 36, 43, 51, 60, 75 90 bis 105 Mkt.
Bettinlets und andere **Bettartikel.**
Grösstes Spezial-Geschäft Deutschlands.

Umsatz im Jahre 1904:
Ueber 2000 Ctr.
 Bettfedern und Daunen — etwa 200 Ctr. mehr als im Jahre 1903 — von keinem anderen Bett- und Bettfedern-Geschäft annähernd erreicht.

Es kann Niemand Betten u. Bettfedern billiger oder besser liefern als die Firma
Gustav Lustig,
 1. weil die Firma sich nur mit dem Artikel Betten und Bettfedern befaßt,
 2. weil kein zweites Geschäft, das Betten und Bettfedern führt, in 1 Jahre 2000 Centner Bettfedern und Daunen umsetzt,
 3. weil die Firma Gustav Lustig von ersten Importeuren, von ersten russischen, österreichischen und inländischen Sammlern und von Geflügelmästern kauft und
 4. Rohwaren in eigener **Bettfedernfabrik** verarbeitet.

EISEN- UND MESSING-BETTSTELLEN
 eine grosse Partie zu **aussergewöhnlich billigen Preisen.**
 So lange der Vorrat reicht.

Die Aussperrung der Arbeiter in der Elektro-Industrie.

Die Verhandlungen zwischen den Direktionen der beteiligten Gesellschaften und den Arbeiterausschüssen dauern noch fort.

In 14 großen, meist überfüllten Versammlungen nahmen am Sonntag die ausgesperrten Arbeiter der Elektro-Industrie Stellung zu dem Gewaltstreik des Unternehmertums...

Wer den Versammlungen selbst nicht beiwohnte, kann dies auch aus der überall einstimmig angenommenen Resolution erfahren. Sie lautet:

Die heute versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Elektroindustrie, beschäftigt bei den Firmen A.-G. und den Siemens-Werken, nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der aus Gründen selbstherrlicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgten Aussperrung von circa 10 000 Berliner Metall- und anderen Arbeitern.

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß diese Aussperrung den im Unternehmer-Interesse liegenden Zweck haben soll, den Arbeitern die Aufstellung und Durchführung von Lohnforderungen zu verleißen.

Da zweifellos die weitere Absicht der Werkleitungen darin besteht durch die Aussperrung und vor der Aussperrung stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen einen Druck auf die Streikenden auszuüben, erklärt die Versammlung:

- 1. Wir werden uns durch die Scharfmacherpraktiken der Werkleitungen nicht davon abhalten lassen, immer und überall, da wo es notwendig ist, Forderungen zwecks Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu stellen.
2. Wir werden den Werkleitungen nicht den Gefallen tun, einen Druck auf die Streikenden auszuüben, sondern überlassen denselben die Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung der Vorschläge der Werkleitungen.
3. Wir sind gerührt, die aus unserer Stellungnahme sich etwa ergebenden Folgen zu tragen.

Die Versammlung in den Germania-Sälen war so überaus stark besucht, daß sie schon vor 11 Uhr polizeilich abgesperrt werden mußte, obwohl das Referat erst um 12 Uhr beginnen konnte.

Im Kolberger Salon konnte sich die Masse der Versammlungsteilnehmer schon um 1/2 11 Uhr beherbergen, das Lichte und Stühle aus dem Saale entfernt werden mußten. Der Andrang wurde aber immer größer, weil viele von denjenigen Arbeitern, die wegen Aussperrung der Germania-Säle dort keinen Einlaß mehr fanden, hier Eintritt suchten.

Im Saale von Wallfischmieder in der Wadestraße standen in drangvoller Enge Kopf an Kopf Arbeiter und Arbeiterinnen. Wohl an 5000 Personen mögen im Saal versammelt gewesen sein, und doch erwiesen sich die Räumlichkeiten als viel zu klein für alle Herbeikommenden.

In der Versammlung bei Bernau in der Schwedterstraße war der Andrang ein so starker, daß schon in der ersten Stunde Lichte und Stühle entfernt werden mußten, um den nach innen zufließenden Platz zu schaffen.

Bereits lange vor der festgesetzten Zeit der Eröffnung der Versammlung war der große Saal der Kronenbrauerei samt den Galerien gedrängt voll von Arbeitern und Arbeiterinnen, und wer später kam, mußte mit einem beschleunigten Schritt an der Tür vorbeiziehen.

Dieselbe Stimmung herrschte auch in der, den großen Saal von Peters Gesellschaftshaus in der Dieckstraße bis auf den letzten Platz füllenden Versammlung, die um 12 Uhr eröffnet wurde und bis nach 2 Uhr dauerte.

In Woelers Gesellschaftshaus in der Webersstraße waren etwa 700 Personen versammelt. Wohin man hörte, überall eifrige Entrüstung über den neuesten Gewaltakt des Scharfmacherstums, überall aber auch der feste Wille, diesem Gewaltakt mit aller Kraft zu begegnen.

einnimmt. Stürmischen, anhaltenden Beifall aber ernen Freyer und Schneider, die starrs festhalten an den Forderungen empfehlen, und sollte es selbst einige Wochen Hunger kosten. Habe man auch der Öffentlichkeit gegenüber eine gewisse Verantwortung so könne man diese tragen angesichts der Tatsache der Brot- und Fleischverknappung und der weiteren Tatsache, daß Arbeiter der Elektro-Industrie mit Wochenlöhnen von 15,00 M. zu vegetieren gezwungen seien.

Die Versammlung bei Duggenhagen war von 800-1000 Personen besucht. Im Hause selbst hatte man eine Polizeistation eingerichtet, die unter Leitung eines Hauptmanns und mehrerer Leutnants stand. Referent war W. K. Die Versammlung bekräftigte ihm ihr Einverständnis mit seinen Ausführungen durch stürmischen Beifall.

Der Versammlung in den Andreas-Festsälen hatte die Polizei eine außergewöhnliche Fürsorge zuteil werden lassen. Nicht weniger als vier Polizei-Offiziere patrouillierten vor dem Versammlungsort, dessen Eingang durch sechs Schuppleute besetzt war. Weiterhin in der Andreasstraße zu beiden Seiten des Lokals sah man zahlreiche Schuppleute. Auf dem Hausflur und dem Hofe war eine größere Zahl von Schuppleuten verteilt und an der Hinterecke des Saalbaues hielt ein Trupp von zehn reitenden Schuppleuten mit heruntergelassenen Schuppletteln.

Der Versammlungssaal war schon vor 11 Uhr vollständig gefüllt und wurde dann abgesperrt. Erwartungsvolle Stille lag über der Menge der Versammelten. Jeder war sich bewußt, daß er ein bedeutungsvolles Ereignis miterlebt und daß es galt, sich auf schwere und ernste Kämpfe mit einem der rücksichtslosesten Unternehmerverbände vorzubereiten.

Der große Saal des Konzerthauses Sanssouci in der Kottbuserstraße war lange vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz besetzt. Hier ging das Angebot von Polizeimannschaften nicht über das gewohnte Maß hinaus, so daß die Versammlung nach außen hin kein Aufsehen erregte.

In dem Saale der Viktoria-Brauerei, Bülowstr. 112, referierte Werner. Eingangs seiner Darlegungen der Ursache und des bisherigen Verlaufes der Aussperrung meinte er, daß hoffentlich das Vorgehen der beiden Gesellschaften allen Arbeitern der Betriebe die Augen darüber geöffnet habe, daß es eine Harmonie zwischen den Unternehmern und Arbeitern nicht gäbe.

Die allgemeine Stimmung war eine solche, daß die Forderungen der Streikenden nicht mehr den Streikenden überlassen könne, da der Kampf bereits zu einem solchen zwischen den sämtlichen Arbeitern der Verbände und den Direktionen geworden sei. Die Forderungen der Streikenden müßten gerechtfertigterweise die übrigen Arbeiter auch stellen, wenn sie unabhängig leben wollten.

Eine Episode aus dem Kampfe, die ein bezeichnendes Licht auf den kapitalistischen Wohlfahrtschwandel wirft, scheint uns noch der besonderen Beachtung wert.

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft besitzt, wie die meisten großen Werke, eine sogenannte Betriebs-Krankenkasse mit all den vielen Fehlern und den spärlichen Vorzügen dieser Kassenart.

Es ist bekannt, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen, die nicht gerade total unfähig zur Arbeit sind, trotz vorhandener Krankheit die Arbeit fortsetzen. Diese Leute pflegen sich dann auszukurieren zu lassen, wenn aus irgend einem Grunde die Arbeit ins Stocken gerät.

Wir bitten Sie, bei der Erklärung der Arbeitsunfähigkeit mit ganz besonderer Vorsicht zu verfahren, da andernfalls die Krankenkasse in außerordentlichem Maße belastet werden würde.

Wir bitten Sie, bei der Erklärung der Arbeitsunfähigkeit mit ganz besonderer Vorsicht zu verfahren, da andernfalls die Krankenkasse in außerordentlichem Maße belastet werden würde.

Wir sind gespannt, ob die Herren Kassenärzte diesen famosen Kerzte-Ausschuss vor ein Ehrengericht zitieren werden oder ob sie die Beleidigung ruhig hinnehmen, daß sie bei der Feststellung der Prognose, die ja doch bestimmend auf die Frage nach der Arbeitsunfähigkeit einwirkt, nicht immer „mit ganz besonderer Sorgfalt“ verfahren. Oder enthält gar diese Aufforderung das versteckte beleidigende Ansinnen mit der Erklärung der Arbeitsunfähigkeit zurückschaltender als sonst zu sein?

Gewerkschaftliches.

Der Paragraph 153 ist bei Aussperrungen nicht anwendbar. „Streikbrecher“ ist keine Beleidigung.

Zwei bemerkenswerte Urteile fielen am Sonnabend das Schöffengericht in Augsburg, und zwar betraf eins davon die verfloren große Metallarbeiter-Aussperrung und das andere den zehnwöchigen Tischlerstreik des vergangenen Sommers.

Der erste Fall ist folgender: Einige Metallarbeiter versuchten während der Aussperrung mehrere Arbeitswillige zu überreden, sich mit den übrigen Aussperrten solidarisch zu erklären und gebrauchten dann, als dies keinen Erfolg hatte, Ausdrücke wie „Charakterlos“, „Pfiu Teufel, schäm Dich“ und „An Dir ist Poppen und Walz verloren!“.

Der zweite Fall ist folgender: Einige Metallarbeiter versuchten während der Aussperrung mehrere Arbeitswillige zu überreden, sich mit den übrigen Aussperrten solidarisch zu erklären und gebrauchten dann, als dies keinen Erfolg hatte, Ausdrücke wie „Charakterlos“, „Pfiu Teufel, schäm Dich“ und „An Dir ist Poppen und Walz verloren!“.

Hierauf beantragte der Staatsanwalt selber die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Das Urteil lautete auf Freisprechung unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse, mit der Begründung, nach dem unter Eid abgegebenen Gutachten des Führers der Aussperrten könne der § 153 der Gewerbe-Ordnung keine Anwendung finden, und es müßte daher Freisprechung erfolgen.

Schwieriger war schon der zweite Fall, bei welchem es sich um die Beleidigung eines Arbeitswilligen handelte, der am Tischlerstreik, einer Bewegung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht teilgenommen hatte.

Die den bürgerlichen Parteien angehörenden Verteidiger bemerkten u. a., daß diese Verhandlung wieder von neuem sie überzeugt habe, daß der § 153, das Ausnahmengesetz, nicht mehr zeitgemäß sei.

Das Urteil lautete auch in diesem Fall auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse. Das Gericht schloß sich in seiner Begründung der Verteidigung an.

Sehr interessant war, wie die Arbeitswilligen, in ihrem äußeren Aussehen schon unsympathische Menschen, vor Gericht gewissermaßen ihr bedrängtes Herz ausschütteten.

Sehr interessant war, wie die Arbeitswilligen, in ihrem äußeren Aussehen schon unsympathische Menschen, vor Gericht gewissermaßen ihr bedrängtes Herz ausschütteten. Sie klagten dem Amtsrichter gegenüber, daß ihnen ihr Leben zur Qual werde; kein Mitarbeiter spreche mehr mit ihnen, von jedem würden sie verachtet, und selbst von früheren Freunden würden sie keines Blickes mehr gewürdigt.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Speichelarbeiter. Die im Stunden- resp. Wochenlohn beschäftigten Wäger und Arbeiter der Berliner Speicherei beschloßen am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung im „Englischen Garten“, ihren Arbeitgebern folgende Forderungen zu überreichen: Erhöhung des Lohnes für Speichelarbeiter von 40 resp. 45 Pf. auf 55 Pf. pro Stunde und für Wäger von 30 M. auf 37,50 M. Für Beschäftigung von Arbeitern außerhalb des Speichers eine Extrabergütung von 1 M. pro Tag, für Ueberstunden einen Zuschlag von 10 Pf. und für Sonntagsarbeit pro Stunde 1 M. Die Arbeitszeit soll vorläufig eine zehnstündige bleiben.

Die Getreidebürger der Frankfurter Gütergesellschaft, Fruchtfräse, haben am Montag früh die Arbeit niedergelegt, weil der diesjährige Geschäftsführer die anlässlich der Frühjahrs-Lohnbewegung der Träger vereinbarten Affordarben nicht mehr weiter bezahlen will. Die Gesellschaft macht den Versuch, ihre Getreidefräse auf anderen Speichern zur Ausladung zu bringen, worauf alle Speicherarbeiter Berlins hiermit aufmerksam gemacht werden.

Die Einstellung des Bierausfahrens an den Sonntagen wurde den Brauerei-Arbeitern im vorigen Jahre für das Winterhalbjahr probeweise zugesagt. Nach erneuter Anregung durch den Verband der Brauerei-Arbeiter in diesem Jahre hat der Verein der Brauereien Berlins und Umgebung mitgeteilt, daß er am 15. d. M. beschlossen hat, das Bierausfahren an Sonntagen im Winterhalbjahr vom 2. Oktober ab einzustellen. Ein gleiches Erfahren ist an die ringförmigen Brauereien gerichtet.

Deutsches Reich.

Metallarbeiterausperrung in Solingen.

Aus Anlaß der Differenzen der Schlägereibesitzer mit dem Deutschen Metallarbeiterverbande ist in 27 Betrieben annähernd 1000 Arbeiter gekündigt worden. Die Kündigung wird aufrecht erhalten, wenn der Metallarbeiterverband nicht den verhängten Streik über die Firmen Rauch u. Wehgersberg, Kirchbaum u. Co., sowie die Sperre bei der Firma Noelle aufhebt.

Der Bauarbeiterstreik in Lübeck wurde nach sechszehntägigem Kampfe durch eine Vereinbarung beigelegt. Es wurde ein Tarifvertrag für zwei Jahre unter Erhöhung des Lohnes um 5 Proz. vom 1. April 1906 ab abgeschlossen.

Der Klempnerstreik bei der Firma W. Graaf u. So. in Neu-Ruppin, über den wir kürzlich berichteten, dauert ununterbrochen fort. In einer „Märkischen Zeitung“ hat nun die Firma ihrerseits den Streik als „beendet“ erklärt, wohl ohne zu wissen, daß ein Streik naturgemäß lediglich durch die betreffenden Arbeiter aufgehoben werden kann. In derselben „Märkischen Zeitung“ macht die Firma aber gleichzeitig „bekannt“, daß sie immer noch Klempner, Schlosser, Bauarbeiter und Tagelöhner sucht. Mit der „Beendigung“ des Streiks durch die Firma hat es also, wie jeder Mann ohne weiteres sehen kann, einen großen Haken. Das originellste an der Sache ist aber, daß die Firma den Streikenden schriftlich mitteilt, sie seien, weil sie die angefangene Affordarbeit nicht beendet hätten, wegen „Kontraktbruchs“ entlassen. In demselben Schreiben heißt es dann aber gleichzeitig, die Entlassenen könnten unter den von der Firma angebotenen Lohnbedingungen mit Prämienystem jederzeit in den Betrieb wieder eintreten. Natürlich haben die Streikenden dies Anerbieten abgelehnt, da sie an ihrer Forderung festhalten. — Vor Jung wird nach wie vor gewarnt. Auch werden besonders die Berliner Klempner aufgefordert, darauf zu achten, daß in den Berliner Klempnervereinen keine Streikarbeit für die Firma Graaf angefertigt wird. Es ist nämlich bekannt geworden, daß sich die Firma bemüht, ihre Arbeiten unter der Hand in Berlin herstellen zu lassen.

In den Unterverwerken ist der Friede im Baugewerbe wieder eingeleitet. Schneller als man es wohl dachte, hat die gewaltige Ausperrung im hiesigen Baugewerbe ihren Abschluß gefunden. Auf Grund neuerlicher Verhandlungen zwischen den Vertretern der in Frage kommenden Organisationen und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe a. d. N. wurde am gestrigen Tage eine Einigung zwischen den streikenden Tischlern — bekanntlich war der Streik der Tischler die Ursache der Ausperrung — und der Gruppe Tischlermeister des Arbeitgeberverbandes eine Einigung erzielt. Nachdem die Streikenden ihre gewiß minimalen Forderungen im Interesse der Wiederherstellung des Friedens auf eine Lohnerhöhung von 3 Pf. ab 1. Januar und eines weiteren Pfennigs ab 1. April 1906 für sämtliche Tischlergeschellen ermäßigt hatten, war die Basis zu einem Frieden gefunden. Der Minimallohn soll vom 1. Januar ab 43 Pf., und der Maximallohn 48 Pf. betragen. Die Streikenden akzeptierten das Angebot unter der Bedingung, daß die Unternehmer Maßnahmen nicht vornehmen, daß sie ferner die Austrittserklärung aus den Organisationen überall zurückziehen, und daß den Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern die bereits zugesagte Lohnenerhöhung von 10 Proz. ab 1. Januar 1906 gezahlt werde. Mit 107 gegen 8 Stimmen wurde die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag morgen 6 Uhr beschlossen. Die

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter dürfen diesen Abmachungen noch im Laufe dieses Tages beitreten. Somit ist die gewaltige Ausperrung im Baugewerbe der Unterverwerke als beendet anzusehen und der Friede wieder eingeleitet.

Die Leipziger Wäbelpfandemittler sind in eine Lohnbewegung eingetreten und unterbreiten der Innung und den der Innung nicht angehörenden Weibern folgende Forderungen: 1. eine wöchentliche Arbeitszeit von 53 Stunden, 2. Mindestlohn 55 Pf., im ersten Halbjahre nach der Lehrezeit 40 Pf., im zweiten 45 Pf.; bestehende höhere Lohnvereinbarungen haben weitere Geltung, 3. Affordarbeit ist verboten, 4. Betriebsbeschränkungen, haben alle Gehältern eines Betriebes gleichmäßig zu treffen, 5. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind mit 30 bezw. 50 Pf. Zuschlag zu bezahlen, 6. Freigabe des 1. Mai, Anerkennung der Gehälternorganisation, 8. Befreiung der sanitären Verhältnisse in den Werkstätten, 9. Errichtung einer paritätischen Tarifkommission. Die Pfandemittler wollen sich der Bewegung nicht anschließen, da für sie die Affordarbeit unentbehrlich sei und auch sonst andere Verhältnisse vorlägen.

Die Gutarbeiter und Arbeiterinnen der Gutfabrik von Klein u. So. in Liegnitz, in Firma Liegnitzer Gutfabrik, befinden sich im Ausstreik wegen einer Lohnreduktion bis zu 50 Proz. Da der Verdienst nur 12 bis 15 M. pro Woche beträgt, konnten sich die Arbeiter eine weitere Kürzung nicht gefallen lassen.

Zum Holzarbeiterstreik in Fürth i. V. Der seit Wochen andauernde Kampf nimmt nicht nur an Heftigkeit, sondern auch an Ausdehnung zu. Die Unternehmer haben bekanntlich die Unterwerfung unter den Schiedspruch des Einigungsamts abgelehnt, während die Arbeiter sich unterwerfen. Es hat sich herausgestellt, daß die Ausfuhr von großen Salonspiegeln noch immer ziemlich stark ist, weil die kleineren Betriebe, die vom Streik verschont geblieben sind, viel produzieren. Um zu verhindern, daß Fabrikanten oder Kaufleute Streikarbeit beziehen, wurde beschlossen, die ganze Spiegelglasfabrikation durch einen allgemeinen Ausstand lahmzulegen. Die Arbeiter von 12 Werkstätten haben sich bereits verpflichtet, sich heute dem Streik anzuschließen.

Ausland.

Wachtung, Formier! Die Firma Heim in Baden bei Wien, Fabrik für Eisen und Heizungsanlagen sucht in Deutschland Formier für ihre Fabrik zu engagieren, denen sie einen Tagesbedienst von 5-6 M. verspricht. Dieser Betrieb ist von dem Zentralverein der Eisenarbeiter Österreichs gesperrt, weil die Firma die eingangenen Vereinbarungen nicht innehält, und beträgt auch dort der Wochenbedienst nur 12-15 M. — Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

In der Metallarbeiter-Ausperrung in Schweden ist, wie Hermann Lindquist, der Vorsitzende der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften, mitteilt, feinerlei Änderung eingetreten, und nichts läßt erwarten, daß eine Beilegung des Konfliktes in absehbarer Zeit eintreten könnte. Die Einigkeit unter den Ausgeperrten ist fortwährend betwundernswert und sie sind mehr denn je entschlossen, koste was es kosten wolle, den Kampf siegreich zu Ende zu führen. Streikbrecher sind nicht in irgend welchem nennenswerten Umfang vorhanden, so daß das Unternehmertum von dieser Seite nichts zu erhoffen haben wird. Die Genossen im Auslande werden ersucht, wie bisher jeglichen Bezug nach Schweden fernzuhalten. Geldmittel zur Unterstützung der Ausgeperrten sind durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu übermitteln.

Vermischtes.

Ein schwerer Eisenbahnunfall wird vom Montag aus Köln a. Rh. berichtet. Eine vom Bahnhof Raff kommende Lokomotive fuhr vormittags 8 Uhr auf dem Bahnübergange, da die Schranke nicht geschlossen war, in einen von Deutz kommenden Straßenbahnzug, der mit Schülfern und Beamten dicht besetzt war. Der Triebwagen sowie der Anhängerwagen wurden vollständig zertrümmert. Eine Person ist tot, sieben lebensgefährlich verletzt. Das Unglück ist angeblich dadurch entstanden, daß der diensttuende Stationsbeamte die Ankunft der Lokomotive nicht gemeldet hat. Unter den Schwerverletzten befinden sich Monteur Wilhelm Steininger • Rülheim a. Rh., Der pensionierte

Eisenbahnbeamte Joseph Heiberg • Deutz, Student Kirchhölter, Lehrer Becker • Raff. Leicht verletzt sind: Bergpauer Wilhelm Partel, Dachdecker Gerh. Vener, Asphaltierer Gerhard Wichterich, sämtlich aus Köln. Die Gymnasialschüler Dieben und Stühlen aus Deutz, der Gymnasialschüler Biergans • Köln, Kaufmann Rud. Loeffler • Köln. Da früher ähnliche Katastrophen stattgefunden haben, traf die Straßenbahnverwaltung die Einrichtung, daß der begleitende Schaffner beim Betreten der Eisenbahnübergänge sich vergewissern mußte, ob die Straße frei sei. Der Schaffner sowohl wie der diensttuende Stationsbeamte dürfen sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten haben.

Ein weiterer Eisenbahnunfall wird aus Swinemünde gemeldet: Infolge Schienenbruchs ist der gestern abend 7 Uhr 21 Min. in Ostrowe fällige Personenzug entgleist. Die Maschine und der Gepäckwagen stürzten den Bahndamm hinab. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Von Swinemünde und Swinemünde kamen fünf Zugzüge.

Verhaftet wurde in vergangener Nacht auf dem Görlicher Bahnhof der 23jährige Mittelkullenger Hoose aus Weichwasser und seine 18jährige Braut Jenny Greiner. Hoose hatte das neugeborene Kind seiner Braut im Badrauschen Gasthofs in Weichwasser lebend in eine Senfgrube geworfen. Das Kind starb. Das Paar wollte nach Järich flüchten. Bei den Verhafteten wurde Cyankali gefunden.

Entgleist ist infolge eines Schienenbruchs der Sonntag abend 7 Uhr 21 Minuten in Ostrowe fällige Personenzug. Die Maschine und der Gepäckwagen stürzten den Bahndamm hinab. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Reitbor, 25. September. Im Unterfunkstrasse der Polizeiwache ersticht in der vergangenen Nacht vier Auswanderer, zwei Frauen, und zwei Kinder, infolge Leuchtgasvergiftung.

Von Soldaten überfallen wurde in der vorhergehenden Nacht, wie das „Märker Tagblatt“ meldet, der Militärposten am Gonsenheimer Tor und durch Messerhiebe schwer verletzt; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Sein Gewehr und Seitengewehr sind verschwunden, eine scharfe Patrone fehlt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-70 pr. 100 Pfund, IIa 56-62, IIIa 50-56, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 84-90, IIa 72-84, IIIa 60-70. Hammelfleisch Ia 68-76, IIa 56-65. Schweinefleisch 65-72. Kaninchen Stück 60-90 Pf. Nettopf. 40-45 Pf. Rebhühner, junge Ia 0.75 bis 0.90, junge IIa 0.50-0.75, junge Heine 0.30-0.50, alte Ia 0.60-0.8, alte IIa 0.50-0.55. Hühner, alte 1.20-2.00, junge 0.50-1.20 das Stück. Tauben, junge 0.40-0.50, alte 0.30-0.40. Enten, junge 1.50-2.50. Gänse, junge Ia, 3.50-4.20, IIa 2.50-3.50, Ia 0.50-0.60 das Pfund, IIa 0.40 bis 0.48. Decke 116 M. pro 100 Pfund, Schlei, groß 130, klein 72, Karpen 00.00, Lachs 160, Schellfische —, Kumber 9-16, Wäsen 27 bis 38 M. Schottische Polsteringe (geliefert) 36-38. Krebse, Heine, Schoß 2.50-4.00, unsortiert 4.50-8.00. Eier, Schoß 3.50-4.00, Butter, pro 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 100-108. Kartoffeln, pr. 100 Pfd. rote 1.75-2.00, Weiße 1.50-1.75, Blaue 0.00-0.00, runde weiße 1.75-2.00. Birnstroh pr. Schoß 3.00-5.00, Weißstroh 2.00 bis 5.00, Rotstroh 3.00-5.00, Holländer 7.00-8.00. Saure Gurken, neue Schoß 2.-.

Witterungsübersicht vom 25. September 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. pr. u. N., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. pr. u. N.

Wetterprognose für Dienstag, den 26. September 1905. Kühl, vorwiegend trübe mit schwachen Nögen Winden und etwas Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 23. September. Elbe bei Müllig - 0.19 Meter, bei Dresden - 1.50 Meter, bei Regensburg - 1.05 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1.15 Meter. — Oder bei Raitbor + 0.88 Meter, bei Breslau Oberpegel - 4.66 Meter, bei Breslau Unterpegel + 1.80 Meter, bei Frankfurt + 1.10 Meter. — Weichsel bei Brachmünde + 2.36 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Rode bei Uch + 0.75 Meter.

Urania Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 105. Neu! Théâtre Lumière! Pariser Schattenspielszenen m. Musik u. Gesangsbegleitung. Kinematograph-Theater: Wanderung durch Pompeji. Sturm auf Port Arthur u. a. m. Konzertsaal: Oberbayr. Sänger „die Kochelsee“ r.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab nachmittags 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Morgen u. folgende Tage: Ein Sommernachtstraum.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee Nr. 118. Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters Die Falschmünzer. Drama in 4 Aufzügen. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Morgen Mittwoch: Spezialitäten-Vorstellung. Sonderabend, Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus. Abends 8 1/2 Uhr: Jahrmärkte in Pulsnitz.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Hofgunst. Lustspiel in 4 Aufz. v. Thilo v. Trotha.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.). Dienstag, abends 8 Uhr: Nora. (Ein Puppenheim). Schauspiel in 3 Aufz. v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.

Zirkus Busch. Zum 6. Mal: Mexiko. Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzenleben. Inszeniert vom Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Footitt. Tänze vom italienisch. Hofballettmstr. Ottav. Musik vom Kapellmstr. Taubert. Die Helden vom Yala u. Port Arthur in ihren milit. Infanterie-Exzortion. Japanische Infanterie. Ausgesuchte Repräsentanten der Armee des Mikado. Vier Soeurs Atletas.

Apollo-Theater. Täglich: 10 Uhr. Ein Abend in einem amerik. Tingel-Tangel. Vorh.: Hochzeitsabend, Spezialitäten. Sonntag, den 1. Oktober er.: Erste Nachmittags-Vorstellung mit amerik. Tingel-Tangel u. Lustballlet Grigolatis zu bedeutend ermäßigten Preisen! Anfang 3 Uhr.

Deutsch-Amerikan. Theater. Heute Jaden Abend 8 Uhr! zum Gastspiel Ad. Philipp 25. ABER! Male: Herr Herzog. Jeden Sonntagnachmittag 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“

Kleines Theater. Zum erstmalig: Hidalla. Schauspiel in 5 Akten v. F. Wedekind. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Direction Kren und Schönfeld. Täglich abends 8 Uhr: Durchschlagender Lacherfolg! Bis früh um Fünfe. Schwant m. Gef. i. 3 Akten v. Jean Aron u. Arthur Ripplich. Musik von Paul Lincke. Sonntag, 1. Oktober, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Belle-Alliance Theater. Das Eröffnungs-Programm ist die Sensation Berlins. 16 Debüts internationaler Künstler. Premiere Somabend, 30. Septbr., abends 8 Uhr. Der Vorverkauf ist eröffnet! Billetts sind zu haben: An der Theaterkasse von 10-2 Uhr u. bei A. Warthelm.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Wilhelm Tell. Mittwoch 3. erstmalig: Der Ramm im Ronde. Donnerstag: Rabale und Liebe. Freitag: Der Ramm im Ronde. Sonnabend: Fiesco. Sonntag nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Der Ramm im Ronde. Montag: Der Ramm im Ronde.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Das Ende der Liebe. Donnerstag, den 28. September, zum erstmalig: Madame Torera.

Berliner Theater. Eröffnungsvorstellung: Andalusien. Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Endl. Vorverkauf täglich von 10-2 Uhr.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Direction: Richard Schultz. Sonntag, den 1. Oktober er.: Eröffnungsvorstellung: Eine tolle Nacht. Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr: Die Höhle des Löwen. Schwant in 3 Akten v. R. Hennequin und P. Wilbrand. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulespillen.

Metropol-Theater. Präzise 8 Uhr zum 18. Mal: Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. x Miß Clifford a. D. Bänder x Giampietro Josephi x Massary x Frid-Frid Steidl x Lilly Walter. Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer Ukraimdenk. k.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Hofgunst. Lustspiel in 4 Aufz. v. Thilo v. Trotha.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.). Dienstag, abends 8 Uhr: Nora. (Ein Puppenheim). Schauspiel in 3 Aufz. v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.

Zirkus Albert Schumann. Heute abend präz. 7 1/2 Uhr: Das Sensationsprogramm. II. a.: Neu! La Pesce Romaine? Noch nie gesehen, phänomenal! Vor- und Rückwärts-Saltomortale mit dem Zwerch, ausgeführt von John u. Louis Keller. Neu! Der sensationelle Damen-Ringkampf in d. Luft ausgeführt von 12 Amerikanerinnen u. Engländerinnen Neu! 40 Original-Russen aus der Wandscharet in ihren ausgezeichneten Leistungen. Neue Sportspiele. Der Kampf der Japaner mit Russen um die Fahne. Sensation! Einen halben Sensation! Saltomortale schlagendes Pferd. Ferner: Direktor Alb. Schumanns neueste Originaladressuren sowie sämtliche Spezialitäten.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Wilhelm Tell. Mittwoch 3. erstmalig: Der Ramm im Ronde. Donnerstag: Rabale und Liebe. Freitag: Der Ramm im Ronde. Sonnabend: Fiesco. Sonntag nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Der Ramm im Ronde. Montag: Der Ramm im Ronde.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Das Ende der Liebe. Donnerstag, den 28. September, zum erstmalig: Madame Torera.

Berliner Theater. Eröffnungsvorstellung: Andalusien. Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Endl. Vorverkauf täglich von 10-2 Uhr.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Direction: Richard Schultz. Sonntag, den 1. Oktober er.: Eröffnungsvorstellung: Eine tolle Nacht. Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr: Die Höhle des Löwen. Schwant in 3 Akten v. R. Hennequin und P. Wilbrand. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulespillen.

Metropol-Theater. Präzise 8 Uhr zum 18. Mal: Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. x Miß Clifford a. D. Bänder x Giampietro Josephi x Massary x Frid-Frid Steidl x Lilly Walter. Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer Ukraimdenk. k.

Soziales.

Von der Märkischen Automobilverordnung. Die Oberpräsidial-Verordnung vom 8. Juli 1901 über den Verkehr mit Kraftwagen in der Provinz Brandenburg bestimmt in ihrem § 29, daß höchstens mit der Geschwindigkeit eines kurzstrabenden Pferdes (etwa 9 Kilometer die Stunde) mit Kraftwagen an solchen Stellen gefahren werden darf, wo ein lebhafter Verkehr (Wagen, Reiter, Radfahrer, Fußgänger) stattfindet, sowie auf Straßen, die dem Verkehr schädlich sind, daß die Wirksamkeit der Bremse in Frage gestellt wäre. Der Autofahrer Wand, der von Charlottenburg nach Wannsee fuhr, sollte bei der Fahrt durch Seelitzhof diese Vorschrift durch schnelleres Fahren übertreten haben. Das Landgericht II verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe, indem es davon ausging, daß an der fraglichen Stelle ein lebhafter Verkehr zu herrschen pflege. — Das Kammergericht hob das Urteil wieder auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Das Landgericht gehe von einer falschen Auslegung aus, wenn es meine, es genüge schon die Feststellung, daß ein lebhafter Verkehr an der fraglichen Stelle zu herrschen „pflege“, zur Anwendung der Verordnung des Oberpräsidenten. Sie sei vielmehr nur anwendbar, wenn zu der Zeit, wo der Automobilist die Straße schneller durchfähre, dort faktisch ein lebhafter Verkehr stattfinde.

Kaufmannsgericht.

(Sitzung vom 25. September.)

Die Frage der Zuständigkeit beschäftigte das Gericht längere Zeit in einer Klage gegen die Firma Schustermann, Adressenverlag und Nachrichtenbureau. Diese bestritt nämlich im Vorverfahren, daß ein älterer Mann, den sie als „Epedient und Zeitungsleser“ angestellt und wegen Verletzung ohne Kündigung entlassen hatte, ein kaufmännischer Angestellter sei. Sie stützte ihre Annahme auf ein rechtskräftiges Urteil des Amtsgerichts, das in einem ganz ähnlichen Falle bei derselben Firma zu der Zeit ergangen war, als es noch kein Kaufmannsgericht gab. Von dem Amtsgericht war der damalige Kläger abgewiesen worden. Jetzt aber entschied das Kaufmannsgericht, daß dieser Kläger die Tätigkeit eines Handlungsgehilfen in handelsgesetzlichem Sinne ausgeübt habe, infolgedessen auch das Kaufmannsgericht zuständig sei. Da ein Vertreter der beklagten Firma zum Termin nicht erschienen war, wurde ein Versäumnisurteil gefällt, laut dessen die Beklagte dem Kläger den geforderten Anspruch von 170,15 M. zu zahlen hat.

Ein Großkaufmann namens L i t m a n n hatte einen Lehrling, der für seine Tätigkeit pro Monat mit 30 M. entschädigt wurde, Knall und Fall entlassen, weil er mit ihm nicht zufrieden war. Der Vater des Lehrlings klagte deshalb auf einen Schadenersatz von 50 M. Wenn es nun nach dem Wunsche des Beklagten gegangen wäre, so hätte sich das Gericht wohl noch mehrmals wegen der von ihm beantragten umfangreichen Beweisaufnahme und Vernehmung auswärtig wohnender Zeugen mit der Sache befassen müssen. Erst den sehr dringenden Ermahnungen des Vorsitzenden, der Beklagte möge als Großkaufmann von einer solchen Bagatelle doch nicht so viel Wesens machen, gelang es, diesen schließlich zum Vergleich zu bewegen. Aufsehnend schweren Herzens zahlte er dem Kläger 25 M., womit sich derselbe auch einverstanden erklärte, um nur die Sache nicht noch wochenlang zu verzögern. Es war dies ein Schulbeispiel

für die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Kaufmannsgerichts. Die lange würde es wohl gedauert haben, bis diese Schadenersatzklage vor einem Amtsgericht erledigt worden wäre.

Das Glend der Geschäftstreibenden illustrierte recht drastisch die Verhandlung einer Klage gegen die Firma Lasse Nachf., Inhaber Bley, Großdestillation, Weinbergsweg 23. Der Kläger war von der Firma als Reisender ohne Fixum engagiert worden. Er bekam pro Tag einen Betrag von etwa 4 bis 5 M., die er als seinen Verdienst ansehen sollte, wovon er aber auch nach die Spesen bestreiten mußte. Natürlich hatte der Kläger unter diesen Umständen kaum das Nötigste zum Leben. Er behauptete nun, der Beklagte habe ihm außerdem auch Provision zugesichert, und auf Zahlung einer Provisionssumme von 50 M. klagte er auch, nachdem seine plötzliche Entlassung erfolgt war. Tatsächlich wiesen nun Auszüge aus den Kassabüchern der Firma nach, daß dem Kläger außer den 5 M. auch noch jeden Monat etwa 12, 10, 18 oder 16 M. gezahlt worden waren. Der Chef der Firma aber sagte im Termin, diese Beträge habe er dem Kläger rein aus gutem Willen heraus geschenkt; verdient habe ihm dieser eigentlich nicht einmal jene 5 M. Hierauf erwiderte der Kläger, es sei ihm allerdings nicht gelungen, den gewünschten Anlaß zu erzielen, jedoch liege dies zur Hauptsache daran, daß er nie genügend Spesen für die Verfügung hatte. Häufig habe er von seinen 5 M. bis zu 3,50 M. für Spesen verbraucht, so daß ihm nur noch 15 Groschen zum Lebensunterhalt geblieben seien. Da der Chef ihm wegen des ungenügenden Anlaufes fortwährend Vorwürfe machte, so habe er, um sich auf andere Art nützlich zu machen, noch morgens vor Geschäftszeit und auch des Abends bis gegen 10 Uhr Bureauarbeiten unentgeltlich verrichtet. Der Chef bestritt dies auch nicht, erklärte sich aber bereit, den ihm vom Kläger zugesprochenen Eid darüber zu leisten, daß er mit seinem Reisenden keine Provisionszahlung vereinbart habe. Vom Vorsitzenden wurde der Beklagte sehr ernst und eindringlich ermahnt, sich die Eidesleistung wegen der höchstwahrscheinlich eintretenden bitteren Folgen doch recht reiflich zu überlegen. Ebenfalls bezeichnete der Vorsitzende die Entlohnung des Reisenden als eine durchaus ungenügende, wie sie gerade in dieser Branche niemals auskömmlich sei. Für eine derartige Besatzung sei ja nicht einmal ein Handarbeiter zu haben. Unter der Einwirkung dieser Mahnung bequante sich der Beklagte schließlich, dem Kläger im Vergleichswege 30 M. zu zahlen; „zu danken“, wie er sagte; aber auch hier bedeutete ihm der Vorsitzende, daß er nicht die mindeste Ursache habe, von „danken“ zu sprechen. — Dieser Fall zeigt, wie wenig Anlaß die kaufmännischen Angestellten haben, sich noch als „erhaben“ über „gewöhnliche Arbeiter“ zu betrachten.

Sanitätspolizeiliche Anordnung. Wegen ein übermäßiges und die Gesundheit der Anwohner gefährdendes Geräusch von Gewerbebetrieben kann die Polizei einschreiten, und zwar auf Grund des § 10 II 17 Allgemeinen preussischen Landrechts. So hat das Oberverwaltungsgericht entschieden und die an den Kessel- und Kupfer-schmied Feuer in Angdeburg gerichtete polizeiliche Verfügung gebilligt, wodurch ihm aufgegeben worden war, geeignete Vorkehrungen zu treffen, um das übermäßige und die Gesundheit schädigende Geräusch in seinem Betriebe zu beseitigen. Der Kreisarzt hatte vor dem Erlass der polizeilichen Verfügung in einem Gutachten erklärt, daß ein solches Geräusch von dem Betriebe P. 5 ausgehe. Man höre

in den Räumen der benachbarten Grundstücke laut und vernehmlich ein dumpfes Schlagen. Es wäre geeignet, die Gesundheit zu gefährden. Ganz sicher würden aber nervöse und franke Leute Schaden erleiden. Schon letzteres erachtet das Ober-Verwaltungsgericht für maßgebend. Auf verschiedene Einwände des Klägers Reiter bemerkte das Gericht, daß für die Frage, ob die Verfügung der Polizei aufrecht erhalten werden müsse, maßgebend sei, ob sie zur Zeit ihres Erlasses begründet war. Das sei hier unbedingt der Fall.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist (lesen das 52. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Untergang des Agrarcommunismus in Frankreich und Deutschland. Von Ludwig Duesel. — Die Bremer Lebererbschaft und der Religionsunterricht. Von Heinrich Schulz. — Kaufmannsgerichte und Beschäftigtenwahl. Von Paul Lange. — Pflichten und Rechte in der Arbeiterversicherung. Von Gustav Doh (Hanau a. M.). — Wohlfahrtsvereinigungen. Von Hans Grieb. — Literarische Rundschau: Josef Popper (Linz), Fundament eines neuen Staatsrechtes. Von Dr. Siegfried. Dr. Heinrich Dabor, Feldkommandant in Deutschland versus Landarbeiterheimat in Dänemark. Von S. — Notizen: Die Ermittlung Lungenkranter. Von E. G. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Preidemummern stehen jederzeit zur Verfügung. „Städtischer Postillon“ Nr. 20. Leitgedicht „Auf dem Vulkan“, — Zustände in der Kolonialwarenwelt. — Bureauplatte und Schweinnot (Gedicht). — Das Kalmücken, eine interessante zoologisch-anthropologische Studie von Dr. Dietrich. — Bruder Leidscham (Gedicht). — Das Lied von der Leuchterburg (Gedicht). — So Drei (Gedicht von Kaserl). — Die Tüchtelei bietet ein farbiges Bild: Der Friedensklub. Das farbige Schlussbild zeigt uns Nilow als Hochtourist. Sieben kleinere Bilder fallen dem Bismarck, darunter: Der gehobte Spaziergang — und Stilles Glas.

Annalen des Deutschen Reichs, Nr. 8. Begründet von Dr. Georg Hirth und Dr. Max v. Soden. Herausgegeben von Dr. Karl Theodor Heber und Dr. Anton Dross. München 1909. J. Schöners Verlag (Arthur Sellier). Inhalt: Die Oberreichsgerichtsbarkeit von Prof. Dr. Gustav H. Schmidt in Bern. Die zugelassenen Kassenvereinigungen im Rahmen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung von P. Stieber, Halle a. S. Die Kassen- und ähnlichen Gesellschaften als Rechts- und Steuerobjekte von Prof. Dr. Friedrich Julius Neumann in Abbingen. Schlägen und Notizen. Die ungarische Gewerbesteuer von Dr. jur. Emil Krüger, Bielefeld. Aus den Gesellschaften.

Monat. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen. Herausgeber: O. Bernhard. 35. Heft. Abonnement vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,60 M., Kreuzband 4,— M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.

„Der Städtebau.“ Von dieser bei Ernst Baschmuß, Berlin W. 8, Markgrafstr. 35, erscheinenden Monatschrift bringt das neueste Heft einen beachtenswerten Artikel „Ueber nordamerikanische Gartenanlagen“, dem wertvolle Pläne und Illustrationen beigegeben sind. Auch sonst zeichnet das Heft sich durch reichhaltigen Inhalt aus. „Der Städtebau“ ist die einzige Zeitschrift, welche den vielseitigen Interessen des Städtebauers dient. Die Monatschrift kostet jährlich 30 M.

Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen, mit besonderer Berücksichtigung der Homosexualität. Herausgegeben unter Mitwirkung namhafter Autoren im Namen des wissenschaftlich-humanitären Komitees von Dr. med. Magnus Hirschfeld, VII. Jahrgang, 1908, (3 Bände, 1100 Seiten. Preis broschiert 18 M., elegant gebunden 21 M.).

Paul Lohmar. Ueber Reform und Vereinheitlichung unserer Arbeiterversicherung. 68 Seiten. Preis 1,25 M. Selbstverlag des Verfassers in Köln.



Warenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-50. — Krausenstrasse 44-49.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag. Soweit der Vorrat reicht.

Vorzugspreise für Lebensmittel

Gemüse-Konserven

Table with 3 columns: Product name, Quantity, Price. Includes items like Prima Stangen-Spargel, Prima Brech-Spargel, etc.

Fisch-Konserven

Table with 3 columns: Product name, Quantity, Price. Includes items like Kronen-Hummer, Krabben, Lachs-Koteletten, etc.

Kolonialwaren

Table with 3 columns: Product name, Quantity, Price. Includes items like Gebrannter Kaffee, Zucker gemahlener Melis, etc.

Schnitt- und Brech-Bohnen 1/1 D. 24 Pf. 1 1/2 Ko.-D. 35 Pf. 2 1/2 Ko.-D. 58 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

In die Parteigenossen von Berlin, Teltow-Beesow, Nieder-Tarnim und Potsdam-Osthavelland. Am Sonntag, den 8. Oktober, erscheint die nächste Lokal-Liste. Wir geben bekannt, daß die Liste in anderer Fassung erscheint als bisher, und zwar sind sämtliche Ortschaften alphabetisch geordnet aufgeführt. Um aber herauszufinden, zu welchem Kreise die Ortschaften gehören, sind die Anfangsbuchstaben des Kreises vordruckt, was übrigens auch am Kopf der Liste angedeutet ist. Wir erlauben die Mitglieder der Lokalkommissionen der genannten Kreise, die Neu-Aufnahmen und die genauen Änderungen bis spätestens Mittwoch, den 27. September, einfinden zu wollen und zwar für: Teltow-Beesow an den Genossen Robert Gramenz in Baumgärtenweg, Kieholzstr. 253, vorn III; für Nieder-Tarnim an den Genossen Robert Ried in Rummelsburg, Kantstr. 22, part.; für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Ling in Spandau, Mittelstr. 13; für die übrigen Kreise an den Genossen Gustav Rowag in Strausberg (Stadt), Wallmühlstraße; für Berlin an den Genossen Karl Rott, O. 34, Straßmannstr. 29. — Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen die genauen Änderungen und Neu-Aufnahmen für die Liste umgeben mitteilen, da spätere Einfindungen keine Berücksichtigung finden können. Vielfach kommt es vor, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion des „Vorwärts“ gerichtet werden; zur schnelleren Erledigung erlauben wir die Genossen, alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Karl Rott, Berlin O. 34, Straßmannstr. 29, zu richten und nicht an den „Vorwärts“. Die Parteiblätter der genannten Kreise werden am Abdruck erachtet. Die Lokalkommission.

Größer Berlin Wahlkreis. Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, ist eine Wahlerversammlung der Stadtbezirke I-5 bei Siegel, Stralauerstr. 67. Vortrag des Stadtverordneten Gen. Koye über die Frage: „Wem haben wir unsere Stimme zu geben bei der bevorstehenden Kommunalwahl?“ Diskussion. — Zahlreiche Erscheinungen wünscht Das Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Freisinnskandidaten für die Stadtverordneten-Wahlen.

In den Bezirksvereinen, den Organisationen des kommunalfreisinnigen Bürgertums, ist man jetzt dabei, zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen Stellung zu nehmen. Um die Mandate erster und zweiter Abteilung braucht sich da niemand zu sorgen. Diese Posten sind unbestrittener Besitz des Freisinns, und auch bei der Erörterung der Personenfrage handelt es sich hier gewöhnlich nur um die Bedingung, daß der Auserkorene den Hausagrarieren die nötige Sicherheit für eifrige und nachdrückliche Vertretung ihrer Sonderinteressen im Stadtparlament bietet. Weniger leicht gestalten sich dagegen die Verhandlungen über die Bezirke dritter Abteilung.

Da ist zunächst die Hauptfrage zu entscheiden: „Wachen wir noch einmal mit oder nicht?“ Es gibt Bezirke, die so sicherer Besitz der Sozialdemokratie sind, daß in ihnen kein Anhänger des Freisinns mehr eine Hand rühren mag. In anderen Bezirken wird wenigstens noch versucht, durch eine Jährländkandidatur festzustellen, um wieviel seit der letzten Wahl das Häuflein der Freisinnigen — weiter zusammengeschmolzen ist. Die Bezirke dritter Abteilung, in denen der Freisinn ersthaft noch „mitmacht“, sind einige, die der Sozialdemokratie erst bei den letzten Wahlen zuzielen, und dann vor allen Dingen diejenigen, die bisher von uns noch nicht erobert werden konnten. Hier aber wird für den Freisinn die Kandidatenschaue zu einer schwierigen Aufgabe.

„Mehr rechts oder mehr links?“ das ist hier die Frage. Mit einem Kandidaten, der „mehr links“ steht, glaubt mancher den Arbeiterfang noch mit einigem Erfolg betreiben zu können. Die Schlawener aber mahnen, einen „mehr rechts“ stehenden Kandidaten zu nehmen. Die Arbeiter würde man doch nicht mehr kriegen, lieber solle man den Mittelstand und die Beamten zu gewinnen suchen. Es gelte, alle bürgerlichen Elemente gegen die sozialdemokratisch wählende Arbeiterklasse zusammenzubringen. Freilich entficht dann wieder die neue Frage, ob der Auserkorene ein Kaufmann sein darf oder ein Handwerker sein muß. Und auch das will sorgfältig überlegt sein, ob man den Wählern einen Juden oder einen Christen präsentieren soll. Solche Erwägungen werden zwar nicht gern auf offener Schaubühne, sondern lieber hinter den Kulissen gemacht. Aber gemacht werden sie.

Gegenüber diesen unsauberen Praktiken, durch die der Freisinn die rechts stehenden Wähler für sich einzufangen sucht, wird die Sozialdemokratie mit offenem Bisher ihren Kampf durchsetzen. Dieser Kampf wird in absehbarer Zeit, früher oder später, dazu führen, daß die dritte Abteilung in ihrem ganzen Umfange zum unantastbaren Besitz der Sozialdemokratie wird. Mögen die diesjährigen Stadtverordneten-Wahlen uns diesem Ziel um einen kräftigen Schritt näher bringen.

Die Ungleichheiten des Gemeindevahlrechts sind in Berlin so arg, wie in wenig anderen Kommunen Preußens. Hier strömt ein Meer von Arbeitern zusammen, die nicht ihr eigen nennen als ihre Arbeitskraft. Hier häuft sich steuerpflichtiger Reichtum unter den Händen einiger weniger Unternehmer, die die Arbeitskraft der Arbeitenden sich dienstbar machen. Die drei Abteilungen, in die die Gemeindevähler zerlegt werden, geben ein anschauliches Bild dieses Gegensatzes der Klassen. Nach der diesjährigen Gemeindevahlerrliste, die für die Stadtverordnetenwahlen im November zugrunde gelegt wird, gehören zur 1. Abteilung nur 1829 Wähler, aber 336 301 Wähler zur 3. Abteilung, und dazwischen steht mit 32 303 Wählern die 2. Abteilung.

Die Sozialdemokratie erstrebt für die Kommune das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht. Bekämen wir es, so müßte hier in Berlin die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung im Handumdrehen auf ein Häuflein Häuflein zusammenzuschmelzen. Bekämen wir auch nur die Gleichheit des Wahlrechts, so wäre es mit dem Hebergewicht und der Herrschaft des Freisinns in der Gemeinde ebenso rasch vorbei. Das Gemeindevahlrecht, das heute dem Freisinn die Mehrheit im Berliner Stadtparlament sichert, ist belastet mit dem Hebergewicht der Deffektivität der Stimmabgabe. Es schließt auch die Schlafburden aus, desgleichen die erst im letzten Jahre zugezogenen Einwohner, und es stopft schließlich die Gesamtheit der unermittelten Wähler in eine 3. Abteilung, die auf die Zusammensetzung des Stadtparlaments nicht mehr Einfluß hat als eine Handvoll Besitzender. So dürfen dann 1829 Wähler der 1. Abteilung 48 Stadtverordneten-Mandate vergeben, macht pro Stadtverordneten der 1. Abteilung im Durchschnitt 38 Wähler, 48 Stadtverordnete werden aber auch von den 336 301 Wählern der 3. Abteilung gewählt, macht pro Stadtverordneten der 3. Abteilung im Durchschnitt 7000 Wähler.

Dazu kommt noch eine andere Ungleichheit. Berlin kann einen erheblichen Zuwachs an Bewohnern und Wählern nur noch in den äußeren Stadtteilen haben, die erst teilweise bebaut sind. Infolgedessen wächst in einzelnen Wahlbezirken die Wählerzahl sehr rasch und bedeutend, während sie in anderen unverändert bleibt oder gar zurückgeht. Die Ungleichheit der Wahlbezirke, die hierdurch entsteht, findet sich in allen Abteilungen. Die 1. Abteilung ist in 16 Bezirke eingeteilt, deren jeder alle zwei Jahre wählt. Hier reißt die Wählerzahl jetzt von 195 hinab bis zu 63, dem dritten Teil von 195. Diese 63 wählen in dreimal zwei Jahren drei Stadtverordnete, macht pro Stadtverordneten rund 22 Wähler. Die 2. Abteilung zerfällt gleichfalls in nur 16 Bezirke, die sämtlich alle zwei Jahre wählen. Die Wählerzahl liegt hier zwischen 1003 und 1444, der größte Bezirk ist also über viermal so groß wie der kleinste. Am größten ist aber die Ungleichheit in der 3. Abteilung. Von ihren 48 Bezirken, deren jeder nur alle sechs Jahre einmal herankommt, hat jetzt der kleinste nur 3918 Wähler, der größte 18 964, das ist fast das Fünffache der Wählerzahl des kleinste Bezirkes.

Die Ungleichheit der Bezirke ist wiederholt durch Änderung ihrer Grenzen korrigiert worden, zuletzt im Jahre 1890. Nichts hindert die Gemeindefürsorge, die Grenzänderung in kurzen Zwischenräumen zu wiederholen, sobald das notwendig wird. Dieser Fall ist aber schon jetzt wieder eingetreten. Allerdings würde eine erneute Korrektur in der dritten Abteilung dem Freisinn sehr unbedeutend werden. Denn die großen und größten Bezirke, aus denen man zwei oder drei neue machen könnte, sind gerade die Domänen der Sozialdemokratie, während die kleinen und kleinsten meist noch Zuständigkeiten des Freisinns geblieben sind. Da wird der Freisinn sich halten, mit eigener Hand die Rester zu zerstören, in denen er vorläufig noch warm sitzt.

Die Prüfung der Gemeindevahlerrliste ist diesmal, wie schon mehrfach mitgeteilt, von einer ganz ungewöhnlich großen Anzahl Wähler vorgenommen worden. Es zeigt sich jetzt, wie unvollständig diese Vorlist war.

Wir hatten gemeldet, daß 80 Personen Verichtigung irtiger Personalien in der Liste und 238 Personen ihre nachträgliche Aufnahme beantragt haben. Die 80 Verichtigungen (neue Wohnung, richtige Vornamen, richtige Schreibung des Familiennamens, richtige Berufsangabe), sind vom Magistrat ohne weiteres angeordnet worden, und der Wahlprüfungsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat in zustimmendem Sinne Kenntnis davon genommen. Von den 238 Anträgen auf nachträgliche Aufnahme in die Liste wollte der Magistrat nur 44 als begründet ansehen, aber der Wahlprüfungsausschuß schlägt der Versammlung vor, die beantragte Aufnahme in nicht weniger als 181 Fällen zu bewilligen. Man sieht, wie wenig zuverlässig die Wählerlisten waren, und wie oberflächlich der Magistrat die Einsprüche geprüft haben muß. Die Ermittlungen haben jetzt ergeben, daß 67 „Schlafburden“ tatsächlich „Chambreparnissen“ sind, also das Wahlrecht haben. 6 „Steuerreservanten“ hatten gezahlt, müssen also nachträglich aufgenommen werden. 23 Personen, die „in Brechen nicht staatsangehörig“ sein sollten, haben die Staatsangehörigkeit, sind also wahlberechtigt. Für 48 andere, die aus verschiedenen Gründen nicht aufgenommen worden waren, treffen diese Gründe nicht zu, so daß sie noch als Wähler in die Liste kommen. Auch 17 Wähler, denen man wegen „Unterstützung durch Krankenhauspflege“ das Wahlrecht hatte nehmen wollen, bleiben Wähler, weil sie die Kosten innerhalb der ersten vier Wochen nach Aufforderung gezahlt haben. Unter den 77 Personen, deren Antrag aus vom Ausschuss zurückgewiesen wurde, sind namentlich viele Steuerreservanten, ferner eine beträchtliche Anzahl von Unterstühlen, auch etliche Schlafburden usw., sowie einige Personen, die zu spät ihren Einspruch angemeldet hatten. Die Stadtverordneten-Versammlung wird nun über die Vorschläge des Ausschusses zu beschließen haben.

Das Ergebnis der Auswahlsverhandlungen zeigt, wie sehr es sich empfiehlt, daß möglichst jeder Wahlberechtigte alljährlich die Listen prüft. Diesmal sind sie von 21 000 Personen eingesehen worden. Da die Zahl der Gemeindevähler sich in der 3. Abteilung auf 336 391, in allen drei Abteilungen zusammen auf 370 523 Wähler stellt, so kann man sich eine Vorstellung machen, eine wie große Zahl von Freisinnern und Linken sich ergeben würde, wenn alle Wahlberechtigten die Listen prüften. Und wie groß auch bei jeder Wahl die Zahl solcher Wahlberechtigten sein, die zurückgewiesen werden müssen, weil sie gar nicht in der Liste stehen und das erst jetzt erfahren!

Die Schwedebahn Gesundbrunnen—Alexanderplatz—Kirdorf. Die städtische Verkehrsdeputation wird sich in einer der nächsten Sitzungen mit dem neuen Plane für eine Schwedebahn vom Gesundbrunnen nach Kirdorf beschäftigen. Die „kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen“ in Nürnberg hat der Deputation einen neuen Plan überreicht. Nach diesem beginnt die Bahn am Bahnhof Gesundbrunnen und endet an der Prager Grenze in Kirdorf. Es würde also eine nord-südliche Verbindung des Nordrings und des Südrings mit dem Bahnhof Alexanderplatz geschaffen. Der Stadt- und Ringbahnverkehr würde dadurch eine wesentliche Ausgestaltung erfahren. Die etwa 12 Kilometer lange Bahn soll 15 Zwischenhaltstellen erhalten und mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit betrieblen werden, die noch etwas größer sein wird als die auf der Hoch- und Untergrundbahn. Eine Fahrt vom Bahnhof Gesundbrunnen bis zum Bahnhof Alexanderplatz würde nach den Angaben der vorliegenden Denkschrift nur 7 1/2 Minuten, und eine Fahrt vom Bahnhof Gesundbrunnen bis Südringstation Kirdorf 22 1/4 Minuten erfordern.

Die größeren Speditionsfirmen Berlins, 39 an der Zahl, teilen ihrer Kundenschaft mit, daß sie gezwungen sind, vom 1. Oktober cr. ab ihre sämtlichen Rollgeld- und Lagergebühren um je 5 Pf. pro 50 Kilogramm zu erhöhen (Rollgeld für ankommende Güter minimal 40 Pf. pro Sendung), sowie für sämtliches Lagergut eine Ein- und Auslagerungsgebühr von je 5 Pf. pro 50 Kilogramm in Anrechnung zu bringen.

Sie begründen diese Preiserhöhung mit den Mehrausgaben für Löhne, zu der sie durch die letzte Lohnbewegung der Rollkutscher u. c. bezogen worden seien.

Die Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 28. September, enthält u. a. folgende Punkte: Berichterstattung über die Vorlage betreffend die gegen die Wichtigkeit der Gemeinde-Wahlerrliste erhobenen Einwendungen; Berichterstattung über die Vorlage betreffend den von einer zweiten Heimstätte für weibliche Genesende in Blankenburg-Altstadt; Vorlage, die im November d. J. stattfindenden Stadtverordneten-Ergänzungs- und Ersatzwahlen betreffend; Antrag Cassel und Genossen, den Magistrat zu eruchen, im Gemeindevahlrecht mit der Stadtverordneten-Versammlung bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden dahin vorstellig zu werden, daß auf dem Wege der Gesetzgebung bestimmt wird, daß die in Form von Krankenhausbehandlung gewährten Armenunterstützungen für den Verlust des Wahlrechts nicht in Betracht kommen sowie den demnachst einzubehaltenden Städtetag zu einer Aeußerung im gleichen Sinne zu veranlassen; Vorlage betreffend den Erwerb des zur Freilegung der Straße 66b zwischen Vob- und Kristianstraße von dem Grundstück Prinzen-Allee 82 erforderlichen Landes; Vorlage, die bauliche Instandsetzung und innere Einrichtung der im ehemaligen Erziehungsheime am Urban einzurichtenden Krankenstation.

Eine Warnung für unsere russischen Parteigenossen in Berlin veröffentlichen wir am Sonntag. Es ist einem Freunde unseres Blattes gelungen, über die Person des verdächtigen Herrn aus der Oranienstr. 87 näheres zu ermitteln. Der Mann ist unter dem Namen eines Photographen Simson bei der Polizei angemeldet.

Bemerkt sei noch, daß seit einigen Tagen ein Herr Eduard Takwig bei Simson wohnt.

Einen Massenaustritt von Genossenschaftlern der Milchzentrale kündigt ein an die Genossenschaft gerichtetes Flugblatt des Verbandes der Milchhändler-Genossenschaften für Volkseigentum zu Berlin wegen des Bekanntwerdens des Geheimvertrages der Milchzentrale mit der Meierei Wollan an. Während bisher die Behauptung, daß die Meierei Wollan wesentliche Sonderprivilegien zugesichert erhalten habe und die Milch zu einem billigeren Preise bezüge, von der Leitung der Milchzentrale wiederholt als „grobe Lüge“ bezeichnet wurde, sei es nunmehr offenbar geworden, daß die Milch von den Ringmilchlandwirten zum Preise von 12 Pf. statt 13 1/2 Pf. bezogen habe, und ihm der Unterchied von 1 1/2 Pf. pro Liter als „Provision für Verarbeitungskosten“ im Geheimvertrage zugesprochen sei, obwohl die Meierei Wollan doch die Ringmilch an die Berliner verkaufen, nicht etwa für Rechnung der Milchzentrale verarbeiten sollte. Durch Zirkulare, welche den Inhalt des Geheimvertrages mit Wollan veröffentlichen, seien zahlreiche Genossen verleitet worden, der Zentrale treu zu bleiben und hätten im Laufe der folgenden Jahre immer weitere und schwerere finanzielle Opfer für die Milchzentrale ohne jeden Erfolg bringen müssen. Zum Schluß wird den Genossenschaftlern, die aus der Milchzentrale ausscheiden wollen, Anweisung zu einer formgerechten Kündigung gegeben.

In den Ruhestand tritt mit Ablauf dieses Sommerhalbjahres der gegenwärtig älteste Gemeindefürsorger Berlins, Herr Rektor Karl Böhme von der 25. Anaben-Gemeindefchule in der Ruppinerstraße. Herr Böhme steht jetzt im 76. Lebensjahre. Er blidt auf eine Lehrtätigkeit von 54 Jahren zurück, wovon 44 Jahre dem Berliner Schulwesen gewidmet waren. Die Leitung der Schule in der Ruppinerstraße hat Herr Böhme 32 Jahre hindurch gehabt.

Die neu erbaute Grünstraßenbrücke hat einen Teil ihres Schmuckes, die acht Kugeln aus Sandstein, die auf den beiden Geländern angebracht worden waren, wieder hergeben müssen. Die Kugeln, die einen Durchmesser von einem halben Meter hatten, sind wieder abgenommen worden. An den Punkten, wo sie auf den Geländern auflagen, hat man Etüde Sandstein eingesetzt. Die acht Stüden haben sich von den Sandsteinblöcken der Geländer deutlich genug ab.

Die Verminderung der Gasmotoren schreitet in Berlin unaufhaltsam fort. Bei den städtischen Gaswerken schloß das zweite Vierteljahr von 1905 mit nur noch 788 in Betrieb stehenden Motoren ab. Dagegen waren Ende des zweiten Vierteljahres von 1904, 1903, 1902, 1901 noch 922, 970, 1027, 1114 Gasmotoren in Betrieb gewesen, die von den städtischen Gaswerken geliefert wurden. An die Stelle des Gasmotors tritt immer mehr der elektrische Motor.

Mit einer eiffrigen Einbrecher- und Diebhande, deren letztes Mitglied in Altona festgenommen wurde, beschäftigt sich jetzt der Untersuchungsrichter beim Landgericht I. Ihren Sammelpunkt hatte die Gesellschaft in einem Vorderladen; von hier aus unternahm sie Streifzüge durch Berlin, Schöneberg, Steglitz und Kirdorf. Dort verübte Einbrüche suchte die Kriminalpolizei längere Zeit vergeblich aufzuklären, bis ihr ein Zufall zu Hilfe kam. Die Bande war eines Tages so weit gegangen, am hellen lichten Tage ein Haus abzudecken. Mit zwei Wagen fuhr die Einbrecher vor einer nicht bewohnten Villa vor, rissen das Jalousien ab und packten ihre Wagen voll. Ein Einwohner, der vorbei kam, fragte verwundert, ob denn das Haus abgerissen werde. Ruhig antwortete einer der Spitzbuben: Sie sehen, es geht schon los! Jede Wagenladung brachte 70 R. Bei der Teilung aber glaubten einige Mitglieder der Bande, daß andere sie überboreit hätten, und darüber kam es in einer Kaskade in der Lipowstraße zu einer wüsten Schlägerei. Hierdurch erfuhr die Kriminalpolizei von dem eigenartigen Abbruch in Steglitz. Einstweilen ließ sie die Spitzbuben, die sich gegenseitig wunde gemacht hatten, ruhig gewähren, beobachtete sie heimlich aber um so scharfer, um die ganze Bande in das Netz zu bekommen. So wurde zunächst der Sammelpunkt bei dem Parier Wilhelm Schläger, einem verheirateten Manne in der Rökernstraße 95, entdeckt. Schlägers Keller diente als Stapelplatz für alle möglichen gestohlenen Waren und als nächtlicher Unterschlupf für diejenigen Mitglieder der Bande, die keine Wohnung hatten. Er enthielt auch eine tollkühnig ausgerüstete Werkstatt zur Ausbesserung und Unkenntlichmachung von gestohlenen Fahrrädern.

Der Cholerafall in Berlin.

In dem bereits festgestellten Todesfall durch Cholera wird amtlich noch folgendes mitgeteilt: Unter Leitung des Geheimen Medizinalrates Dr. Gaffky wurde im Institut für Infektionskrankheiten Sonntagabend gegen 10 Uhr die Untersuchung der Leiche des Schiffers Wilhelm Lehmann beendet, die ergab, daß Lehmann an asiatischer Cholera gestorben ist. Lehmann hatte mit seinem Kahn den Weg durch die Högenseer Schleufe, den Spandauer Schiffsfahrkanal, den Stichkanal und den Landwehrkanal genommen. Diese Wasserstraßen werden besonders überwacht werden. Der Urbanhafen ist unter Aufsicht eines besonders angestellten Arztes gestellt worden. Der Kahn wird so lange überwacht werden, bis man zu der sicheren Ueberzeugung gekommen ist, daß keine weitere Gefahr vorliegt. Von den Mitgliedern der Familie ist niemand erkrankt, sie werden noch etwa fünf bis sechs Tage in der Isolierkammer betruenen müssen. Hingehendwert wäre es, wenn das Publikum sofort davon Mitteilung machte, wenn choleraverdächtige Erkrankungen sich zeigen. Der Polizeipräsident erläßt im Anschluß daran folgende Bekanntmachung: „Am 22. d. M. ist auf dem im Urbanhafen liegenden Kahn Berlin 1627 der Schiffer Wilhelm Lehmann aus Fichtwerder, Kreis Landsberg a. W., unter Choleraverdacht verstorben und am 23. d. M. ist im Institut für Infektionskrankheiten seiner festgestellten worden, daß tatsächlich Cholera vorgelegen hat. Von seinen den Behörden sind nach Möglichkeit alle Maßregeln getroffen worden, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern. Es ist jedoch zu befürchten, daß in das Wasser des Urbanhafens, sowie auch anderer durch den Landespolizeibezirk Berlin gehender Wasserläufe, so besonders des Landwehrkanals, des Spandauer Schiffsfahrkanals und des Verbindungskanals Cholerakeime gelangt sind. Ich ersuche daher die Bevölkerung dringend, das Wasser der genannten Gewässer zu keinen häuslichen oder wirtschaftlichen Zwecken, vor allem aber nicht zum Trinken zu benutzen.“ — Die Behörde hat außerdem zu den schon bekannten Beobachtungsstationen noch weitere Vorkehrungen zur Verhinderung des Umlagerens der Suche eingerichtet. Beobachtungs- und Aufwachstationen sind noch in Sackwinkel und Sacrow errichtet. In beiden Orten sind wie in Köpenick Baracken gebaut und Aerzte mit dem erforderlichen Wärterpersonal stationiert. Die Beobachtungsstation in Ronnendamm-Charlottenburg ist gestern fertig geworden. Heute wurde die Station Schleufe bei Högenseer eröffnet. Die stehenden Ueberwachungsstellen sind gestern in Tätigkeit getreten. Heute wurde ein ständiger Ueberwachungsdiens am Urbanhafen und am Hasenpach eingerichtet. Sämtliche Beamte der Strompolizei und der Ministerialbaukommission sind erneut mit besonderen Anweisungen versehen und streng verpflichtet worden, jede, auch die kleinste verdächtige Wahrnehmung unverzüglich und unmittelbar der Sanitätskommission oder dem Arzt der nächsten Station zu melden.

Die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet über den Stand der Cholera im Bromberger Bezirk: Bei dem in Bromberg verstorbenen Arbeiter Heber ist nachträglich bakteriologisch Cholera festgestellt worden. Die Witwe und ihre fünf Kinder wurden isoliert. Bei einem Arbeiter in Adolfsdorf wurde Cholera festgestellt. Bei einem Dienstmädchen, das unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt war, hat sich der Verdacht nicht bestätigt.

Wie die „Stettiner Montagzeitung“ meldet, ist seit Sonnabend im Stadtbezirk Stettin kein neuer Cholerafall gemeldet worden. Das Befinden sämtlicher in der Beobachtungsstation untergebrachten Personen ist gut.

Die „Neuen westpreussischen Mitteilungen“ melden: In den letzten 48 Stunden ist aus dem Regierungsbezirk Marienwerder nur ein choleraverdächtiger Fall zur Anzeige gebracht worden und zwar aus Böhnhof im Kreise Stuhm, wo die Frau eines Bühnenarbeiters am 22. September erkrankte und nach wenigen Stunden starb. Ein aus Gostoczyn im Kreise Tuchel gemeldeter choleraverdächtiger Fall hat sich nicht als Cholera erwiesen.

Der Tod des russischen Arztes Dr. Jozsa Raschin, der einen Patienten aus Moskau hierher in ein Sanatorium brachte, an der Gelbfucht erkrankte und in einer Klinik im Humboldthaus in der Dronienburgerstraße starb, ist auch durch die Obduktion der Leiche noch nicht ganz aufgeklärt. Die Todesart konnte auch durch sie nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Wahrscheinlich liegt eine Vergiftung vor, es soll aber durch genauere Untersuchung einiger Leichenteile, die einem Gerichtschemiker übergeben wurden, versucht werden, diese Frage bestimmt zu beantworten. Die Leiche wurde zur Beerdigung auf dem russischen Friedhof in Ziegel freigegeben.

Auf dem Dache festgenommen. Der Einbrecher Friedrich Niehöhl aus der Rüngstraße 82 hat einem Trödler nach und nach so viele Sachen zum Verkauf an, daß der Trödler Verdacht schöpfte und sich an die Kriminalpolizei wandte. Kriminalbeamte beobachteten nun das Geschäft und erkannten in dem Verkäufer einen Einbrecher, den sie schon länger suchten. Er hatte sich gegenüber dem Trödler einen falschen Namen beigelegt und ihm auch eine falsche Wohnung angegeben. Um die richtige Wohnung zu ermitteln, mußten die Beamten den Einbrecher erst sicher machen. Am Sonnabend abend gelang der Plan. Niehöhl kam wieder mit einer Menge Schußwaren, die er in der Brunnenstraße gestohlen hatte. Das Geschäft lam glatt zustande, der Dieb fühlte sich so sicher, daß er mit dem Erlös gleich nach der Rüngstraße ging. Hier hatte er sich als Junggehilfe im vierten Stock einer Wohnung gemietet, die er als Lager für die Waare und als Unterschlupf für seine Helfershelfer benutzte. Die Kriminalbeamten folgten ihm mit einem Schloffer und ließen mit Gewalt öffnen, als sie keinen Einlaß erhielten. Niehöhl war auf solchen Besuch vorbereitet und hatte mit einem Komplizen Willi Jannutta durch einen verdeckten Ausgang bereits das Dach des Hauses erreicht. Die Beamten folgten den Verbrechern, deren Weg durch verlorene Waare kenntlich war, über die Dächer mehrerer Häuser hinweg und holten endlich Niehöhl ein. Dieser setzte sich anfangs zur Wehr, ergab sich aber bald in sein Schicksal, weil der Kampf doch aussichtslos war. Jannutta entkam und glaubte, daß auch sein Diebesgenosse den Verfolgern entlaufen sei. Um sich wieder mit ihm zu treffen, besuchte er noch in der Nacht die gemeinsame Stammkneipe, eine Kassehütte in der Auguststraße. Die Beamten aber wußten, daß er dort verkehrte und nahmen ihn in Empfang. Heute wurden beide Einbrecher dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Wegen Straßenraub wurden am Sonnabend die Arbeiter Eugen Schlegewski, Anton und Franz Reih und der Schloffer Max Grablecki festgenommen. Die vier lernten in Münderberg einen Arbeiter Emil Grunow kennen und gingen mit ihm von dort nach Hoppegarten, um ihn unterwegs zu berauben, da sie wahrgenommen hatten, daß er Geld besaß. Plötzlich fielen sie über den ahnungslosen Mann her, mißhandelten ihn schwer und raubten ihm den Rod, das Geld und die Uhr. Grunow blieb bewußtlos liegen, bis ihn Leute auffanden und sich seiner annahmen. Als er sich erholt hatte, ging er mit seinen Helfern nach Hoppegarten und machte Anzeige. Die dortige Polizei benachrichtigte sofort die hiesige Kriminalpolizei, und so wurden die Räuber sofort festgenommen, als sie mit der Waare auf dem Schlesischen Bahnhof ankamen. Alle vier sind gefänglich und wurden nach dem Verhör auf dem Polizeipräsidium noch am Sonnabend in das Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Straßensperrung. Der Georgenkirchplatz auf der Westseite von der Neuen Königstraße bis zur Asphaltgrenze auf der Südseite ist bedarfs Asphaltierung vom 25. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

In der Ostsee erkrankten gestern bei Heringsdorf der in einem Heringsdorfer Geschäft angeestellte 23jährige Handlungsgehilfe Ernst Schulz aus Berlin und der Zimmererlehrling Seod. Die Leiche des Seod wurde gestern mittag bereits gefunden.

Das Opfer eines Unfalls ist der 29 Jahre alte Maurer August Wölke aus der Marktstr. 18 geworden. Der Mann wohnte hier in Schlafstelle und fuhr alle Sonnabende zu seiner Familie nach Moschow im Spreewald. Am Donnerstagnachmittag hatte er auf einem Fabriksbau in der Köpenickerstraße 122 im vierten Stock an der Decke zu tun, trat auf dem Gerüst fehl, fiel drei Meter tief hinab und schlug auf eine Eisenschiene auf. Im Krankenhause Verblieben starb er an den Folgen eines Schädelbruchs. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau mit drei Kindern im Alter von fünf Jahren bis drei Monaten.

Mit Lysol zu vergiften suchte sich in der Sonntagsnacht die 23jährige Ehefrau des Maurers Wilhelm Schenk aus der Hasenstraße 53. In Abwesenheit des Mannes ließ die Frau am Witternachts aus ihrer im zweiten Stock des Quergebäudes belegenen Wohnung auf den Hof hinab und trank hier Lysol. Sie wurde von Hausbewohnern bewußtlos aufgefunden und auf Anordnung eines schnell herbeigerufenen Arztes noch in der Nacht nach dem Krankenhause im Urban geschafft, wo sie schwer krank darniederliegt. Was die Frau zu der Tat getrieben hat, ist nicht bekannt.

Feuerbericht. Sonntag nachmittag entstand in der Mohrenstraße 45 in einer Küche Feuer, das den Fußboden und die Wallecken erfasste. Der 17. Wöschzug befreite die Gefahr. — Ein Posten Pechhosen brannte dann am Alexanderufer auf einem Spreelahn und eine Automobilrosche vor dem Hause Alexanderstr. 14. Im letzten Falle mußte eine Schlauchleitung vorgekommen werden, um die emporlodenden Flammen zu erlösen. — Ein größeres Löschaufgebot wurde infolge mehrmaliger Meldung nach der Andreasstraße 45 (Warenhaus von Jandorf u. Co.) gerufen. Es handelte sich aber nur um einen Schornsteinbrand. — Außerdem hatte dann die Wehr noch in der Gütlichenerstr. 96 und in der Laufgerstr. 32 kurze Zeit zu tun, wo Möbel, allerlei alter Hausrat u. Feuer gefangen hatten.

Die Feuerwehr im Residenz-Theater. Ein großes Löschaufgebot wurde gestern (Montag) abend gegen 7 Uhr nach dem Residenz-Theater gerufen. Es lag jedoch „Ninder Lärm“ vor, der dadurch veranlaßt war, daß ein Unberufener am Feuermelder gespielt und dabei diesen in Tätigkeit gesetzt hatte. Wie immer bei Theatern, galt diese Meldung auch sofort als „Wittelscher“. Das Theater wurde sorgfältig abgesehen, doch mußten die Wöschzüge unverrichteter Sache wieder abrücken.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Weltstadt schien eine Zeitlang in den großen Warenhäusern ihren Gipfelpunkt erreicht zu haben. Ueber den Wertbeimischen Volsat, in welchem alle nur denkbaren Waren für Geld zu haben sind, ging nichts hinaus. Im gewissen Sinne ist aber doch eine neue Stufe erreicht worden. Neben dem großen Warenhaus richtet sich das große Spezialhaus auf, dessen Verkaufsgebiet mehr oder weniger begrenzt ist, das aber in diesem begrenzten Rahmen eine Herrschaft ausübt, die dem Warenhause schwerlich möglich sein dürfte. Vor einiger Zeit zeigten wir an der Entwicklung des Hauses Israel diesen Wegweggang, und heute liegt in der Eröffnung des neuen Hauses der Firma H. B. Grünfeld in der Leipzigerstr. 20/21 ein klassisches Beispiel vor. Ist Stöckwerke von oben bis unten mit Leinwand und Wäsche angefüllt, allein ein Verkaufspersonal von dreihundert Köpfen, im ganzen über tausend direkt für das Geschäft tätige Menschen, eine Telefon-Zentrale mit 75 Anschlüssen; das alles bedeutet, daß eine Personenzahl, die eine kleine Stadt bevölkern könnte, von einem

einzigem Geschäft abhängt. Und wie erwähnt, nicht von einem Geschäft, das alles, was überhaupt an beweglichen Sachen zu verkaufen ist, umschließt, sondern von einem Unternehmen, das sozusagen nur eine einzige Warengattung führt. Vor zwanzig, dreißig Jahren galt in solchen Verhältnissen ein Personal von zehn Personen schon für reichlich, heute sind in einem Spezialunternehmen hunderte allein mit dem Verkauf der Waren beschäftigt. Eine derartige Entwicklung der Dinge legt die Frage nahe, ob neben den großen Spezialhäusern die Warenhäuser in ihrer heutigen Form auf die Dauer bestehen bleiben oder ob sie mit der Zeit gezwungen sind, sich ebenfalls zu konzentrieren, weil die wachsende Räumlichkeit der Verkaufsgegenstände Räumlichkeiten verlangt, die über menschliches Maß hinausgehen.

Die Eröffnung des Geschäftshauses der Firma Grünfeld war sozusagen zu einem öffentlichen Ereignis ausgewachsen; Einladungen waren weit und breit an Private und Korporationen ergangen, und die Kestler der Kaufmannschaft hatten in der Person ihres Vorsitzenden, des Kommerzienrats Jacob, ihre offizielle Vertretung abgeleitet. Es machte sich selbst, als dieser Herr in einer Ansprache einen Triumph gegen die Warenhäuser auszuspielen zu können glaubte, indem er deren Entwicklung die Entwicklung der großen Spezialgeschäfte gegenüberstellte. Als ob dem „Mittelstande“ mit einem solchen Hinweis irgendwie gedient wäre. Uns zeigen vielmehr Vorgänge, wie die hier gestreiften, daß der kleine Geschäftsmann auf keinen Fall neben dem großen Atem halten kann und daß es daher töricht ist, wenn er im Schelten auf die Warenhäuser sein Heil sucht. Die Kräftigung und Befundung des Mittelstandes, die sozialpolitische Forscher alle Augenblicke entdecken, ist eitel Gaudelpiel; was sich kräftigt, ist das Großkapital, das Geschäftshaus gröhnt Stills, dessen Wachsen sich mit unabwendbarer Notwendigkeit vollzieht. Die Masse der Bevölkerung hat diese Entwicklung nicht zu bedauern und ihre letzten Konsequenzen sehen wir Sozialisten belämmlich mit innerer Genugtuung herannahen.

Zu der Ausstellung von Reformkleidern im Architektenhause, über die wir uns mehrfach ausgelassen haben, wird uns aus Frauenkreisen noch geschrieben:

Der vom deutschen Verein für Volkshygiene am Sonnabend im Architektenhause in der Ausstellung gesundheitlicher und künstlerischer Frauenkleidung veranstaltete Vortragsabend bestärkte uns in der von anderer Seite im „Vorwärts“ bereits ausgesprochenen Ansicht, daß die ganze Bewegung, die man mit hochtönenden Worten zu einer nationalen Stempel möchte, im Grunde nur einige Schichten der Damenwelt innerhalb der sogenannten besten Kreise beschäftigt. Von den belanglosen Ausführungen der Frau Oberstleutnant Boghammer über das Thema: „Was hat der Mann mit der Frauenkleidung zu tun?“ ganz abgesehen, bewies dies vor allem die Vorführung einer großen Zahl von Reform-Toiletten, welche zum Teil von ihren Trägerinnen selbst erfunden waren. Die allermeisten der Strahlen- und Gesellschaftskleider, die man hier sah, waren so fein auf die ganze Individualität ihrer Bestrümmer in Farbe, Schnitt und Ausstattung abgestimmt, daß man blind sein mußte, um sich dem künstlerischen Reiz dieser aus erlebten Stoffen gefertigten Gewänder zu verschließen. Wer die Hundertmacheine nicht anzusehen braucht, fand hier einfach eine ideale, allen hygienischen und ästhetischen Anforderungen genügende Tracht. Das Bild ändert sich sofort, wenn es sich um die Vorführung einfacher, praktischer Kleider, wie man sie zur Arbeit in Küche, Haus, Kontor, Fabrik u. dergleichen, handelt. Die verschwindend wenigen Exemplare dieser Gattung — von den sehr zweckmäßigen Krankenpflegerinnenkleidern wollen wir hierbei ausdrücklich absehen — waren so unglücklich nüchtern, daß sie schwerlich jemand zur Reformtracht bekehren werden. Und doch wäre eine Reform der Kleidung gerade für breite Schichten der proletarischen und kleinbürgerlichen Frauenkreise aus praktischen, hygienischen und anderen Gründen aufs Lebhafteste zu wünschen.

Sie wird auch sicher kommen; Ansätze und Keime dazu sind in der neuen Reformbewegung auf dem Gebiete der Frauenkleidung — trotz ihrer Eitelkeit — genügend vorhanden. Die vorgeführten Kinderkleider waren z. B. in jeder Beziehung multigültig. Warum sollte sich nicht für Erwachsene etwas dem Gleichwertiges leisten lassen? — An den Vortrag und die Kleiderschau schloß sich eine lebhaft, aber ziemlich inhaltslose Diskussion, die hauptsächlich von drei Mitgliedern der — äußerst spärlich betretenen — Herrschaft besprochen wurde, die für die Kleiderreform der Frau zu gewinnen, der Zweck der ganzen Veranstaltung war. „Los von Paris“ war das mit Zustimmung begrüßte Motto einer dieser Reden. Man gibt also vor, in der Reform der Frauenkleidung eine nationale Mode zu schaffen und damit eine nationale Tat zu verrichten. Als ob der Reformrat dadurch schmackhafter wird, daß man ihn mit einer „nationalen“ Sauce begießt! — Der Schluß der Ausstellung gesundheitlicher und künstlerischer Frauenkleidung erfolgt am 27. September.

Das Goldene Rad in Steglitz. Trotz der unfreundlichen und sehr kühlen Witterung hatten sich gegen 20 000 Zuschauer eingefunden, um dem Kampf unserer besten Dauerfahrer Demke, Kobl, Günther und Walther um das Große Goldene Rad (ein 100 Kilometer-Rennen mit Motor-Schrittmachern) beizuwohnen. Der Kampf schwankte lange zwischen Demke und Kobl; ersterer hatte bis zum 50. Kilometer die Spitze, fiel dann aber von seiner Führung ab und mußte Kobl, der dicht folgte, vorübergehen lassen; der Münchener konnte nun unangefochten das Rennen bis zum Schluß behaupten; denn Demke, einmal im Verlust und durch das Fahren in der Dunkelheit bei elektrischem Licht unsicher geworden, blieb immer mehr zurück. Der Amerikaner Walther fuhr anfangs sehr leicht, konnte aber doch den beiden anderen nicht standhalten; Günther marschierte stets als letzter und nur dem Umstande, daß Walther beim 90. Kilometer durch Reifenschaden zu Fall kam, hatte er zum Schluß noch seinen dritten Platz zu verdanken. Das Kleine Goldene Rad (ein Stunden-Rennen mit Motorschrittmachern) wurde überlegen von H. Huber vor dem Berliner Alb. Schippe, dem Belgier Boor, sowie Prygrembel und Gledermann gewonnen. Letztere beiden lamen durch Motorschaden gar nicht zur Weltung und endeten weit zurück. In dem Hauptfahren, das von Theile vor Scheuermann, Kurzmeier und Wegener gewonnen wurde, endete B. Aend unplatziert; er hatte sich einschließen lassen und geriet auf den Sand. Der Schluß des großen Dauer-Rennens, sowie das Vorpasse- und Krämlenfahren wurden bei elektrischem Licht gefahren; die Rennen endeten erst gegen 7 1/2 Uhr. Nachstehend die kurzen zahlenmäßigen Angaben:

Kleiderad-Hauptfahren. 1000 Meter. 120, 80, 60, 40 M. 1. Theile, 2. Scheuermann, 3. Kurzmeier, 4. Wegener. Unplatziert Aend und Conrad. In den Vorläufen 34 Fahrer.

Kleines Goldenes Rad (Stundenrennen). 700, 600, 500, 400 M. 1. H. Huber 75,590 Kilometer, 2. Schippe 74,850 Kilometer, 3. Boor 71,070 Kilometer, 4. Prygrembel 60,250 Kilometer. Nicht platziert B. Gledermann.

Großes Goldenes Rad (100 Kilometer-Rennen). 2000, 1500, 1000, 800 M. 1. Th. Kobl 1 Std. 12 Min. 21 1/2 Sec., 2. Br. Demke 9 1/2 Runden, 3. Günther 35 Runden zurück, 4. Walther bei 90 Kilometer 10 Runden zurück, gestürzt.

Vorgabefahren. 820 Meter. 100, 60, 40, 20 M. 1. Kobl (40 Meter Vorg.), 2. Fr. Hoffmann, 3. Stol (30), 4. Wegener (20). In den Vorläufen 38 Fahrer. Aend im dritten Vorlauf gestürzt.

Prämienfahren. 6000 Meter. 40, 30, 20 M. 1. Conrad, 2. Scheuermann, 3. Aend. Kundenprämien gewonnen Althoff, Veyenburg und Schmitt (3). 20 Fahrer im Rennen.

Orgelkonzert. Am Mittwoch, den 27. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltete der königl. Musikdirektor Bernhard Jergang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fr. Willi Kewisch (Sopran), Frau Brigitta Thielemann (Alt) und Herrn Heinz Behr (Tello). Der Eintritt ist frei.

Theater. „Zur indischen Blüte“, Operette in 3 Akten von Oscar Strauß, deren Premiere am Donnerstag im Central-Theater stattfinden sollte, wird erst am Sonnabend, den 30. d. M.,

zur Aufführung gelangen. — Im Theater des Westens geht am Dienstag, den 26. d. M., zum erstenmal in dieser Saison „Die lustigen Weiber“ in Szene. Die Partien sind wie folgt besetzt: Kaffass: Herr Stimmel, Pluth: Herr Geisler, Frau Pluth: Frä. Fischer, Frau Reich: Frä. Gaston, Renton: Herr Hansen, Reich: Herr Bard, Dr. Cahus: Herr Ziegler, Spärling: Herr Velow. — Im Trianon-Theater findet die Erstaufführung von „Madame Torera“ schon am Donnerstag, den 28. September statt. — Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) wird heute, Dienstag, und Donnerstag „Hofmann“ wiederholt. Mittwoch wird Grillparzer's Märchen-Dichtung „Der Traum ein Leben“ gegeben. — Im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater) wird heute, Dienstag, „Nora“ aufgeführt, Mittwoch gehen „Die Logenbrüder“, Donnerstag „Krieg im Frieden“ in Szene.

Die große Extra-Galavorstellung, welche Kommissionrat Busch für den kommenden Freitag in Aussicht genommen hatte und deren Reinertrag für die Opfer des Erdbebens in Galabrien (Italien) bestimmt ist, findet, neueren Dispositionen zufolge, bereits am kommenden Donnerstag, den 28. September statt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die geplante architektonische Ausgestaltung des Neubaus der Charlottenburger Brücke leidet unter einem eigentümlichen Mißgeschick. Die Charlottenburger Stadtverordneten hatten sich bereits im Oktober 1904 mit der Annahme eines von Prof. Schaebe hergestellten Entwurfes einverstanden erklärt. Aber dieser Entwurf fand nicht in allen Teilen den Beifall des Kaisers. Er erfährt eine zweimalige Abänderung; jetzt trägt der Entwurf, der der künstlerischen Ausgestaltung der Charlottenburger Brücke zugrunde gelegt werden soll, bereits die Nr. IV. Die Kosten für die architektonische Ausgestaltung sollen nun 870 500 M. betragen, während früher nur auf eine Ausgabe von 275 000 M. gerechnet wurde. Die Gesamtkosten des Brückenbauwerks sind auf 1 884 000 M. veranschlagt. Öffentlich wird man bald zur Ausführung eines Entwurfes schreiten können.

Lichtenberg.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins machte der Vertrauensmann Genosse Seidel Mitteilung von einem Schriftwechsel mit dem Genossen Rott über die in einer Versammlung des Wahlvereins Ditten (4. Kreis) von letzterem gemachte Äußerung, nach der das in Lichtenberg, Gubrun- und Hagenstrassen-Ecke, belegene Lokal von Wolf zu meiden sei. Den Mitgliedern der Lokalkommission für den Ort Lichtenberg sowohl wie der Parteileitung am Orte sei nichts bekannt, was zu einer solchen Warnung berechtige. Diese sei auch nicht von den dazu Berufenen veranlaßt. Rott will die Angaben von einem Genossen erhalten haben und die Warnung nicht als Vorführung der Lokalkommission, sondern als Mitglied des Wahlvereins der Versammlung gemacht haben. Seidel teilte demgegenüber mit, daß in Lichtenberg zurzeit Lokale nicht gesperrt seien.

Köpenick.

Der letzte Stadtverordneten-Versammlung lag folgender Dringlichkeitsantrag unserer Genossen zur Beschlußfassung vor: Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinsame Schritte zu unternehmen, welche den Bundesrat veranlassen, daß er die Sperrung der Grenzen gegen die Vieheinfuhr aufhebe, um dadurch unbeschränkte Zulassung ausländischer Schlachtvieh nach allen Orten Deutschlands zu ermöglichen. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und der Antrag nach der Begründung durch den Genossen Woid mit großer Mehrheit angenommen. In geheimer Sitzung wurde in zweiter Lesung der Antrag mit der Gemeinde Friedrichshagen wegen Ausbaus der Köpenicker städtischen Straßenbahn bis Friedrichshagen und den Berliner Wasserwerken angenommen. Ueber die Trasse, welche innerhalb des Köpenicker Gebietes eingeschlagen werden soll, soll erst später Beschluß gefaßt werden.

Rixdorf.

Aus dem Polizeigewahrsam befreit. In einem Rixdorfer Bierlokal wurde von einem Gaste erzählt, das soeben ein alter, berückelter Einbrecher, der Bändler Kleinschmidt von der Polizei ergriffen und nach der nahe gelegenen Polizeiwache des dritten Reviers in der Bergstraße gebracht worden sei. Sofort erklärte der anwesende Rixdorer Max Prüfer, es sei ihm ein leichtes, den Gefangenen zu befreien. Als die anderen ungläubig den Kopf schüttelten, ging er fort mit dem Ruf: „Das werde ich euch zeigen!“ Prüfer, dem die Lokalitäten des dritten Polizeireviers jedenfalls genau bekannt gewesen sein müssen und der wohl auch Beziehungen zu Kleinschmidt unterhielt, hat sich dann in die Wache eingeschlichen und einen Augenblick, als der Wachthabende seine Aufmerksamkeit anderen Dingen zuwendete, bemut, um die Tür der Zelle, in welcher der Verbrecher interniert war, zu öffnen. Es gelang den beiden, glücklich zu entkommen. Kleinschmidt hat bereits lange Jahre hinter Zuchthausmauern zugebracht und wird von mehreren Staatsanwaltschaften ständlich verfolgt, Prüfer, der „Befreier“, hat auch mancherlei auf dem Kerbholz.

Rixdorfer Theater. In dem Lustspiele „Minna von Barnhelm“, das als Eröffnungsvorstellung am 27. September in Szene geht, wirken die Damen Alora Bernod (Wollwebe-Theater in Stettin), Hedwig Hildebrandt (Stadttheater in Magdeburg), Jenny Müller (Berliner Theater), Max Sladel (Stadttheater in Stettin), Siegfried Böhm (Luisen-Theater), Rudolf Gode (Trianon-Theater), Paul Würthner (Theater des Westens) und Julius Turt mit. Die Regie führt Julius Turt.

Wahlsdorf.

Ueber Religion und Sozialdemokratie sprach in der im Lokale von Bernke abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins Genosse Gohlau. In äußerst interessanten und mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen schilderte er die Entwicklung der Religion und die Entstehung des Götterglaubens als ein Produkt der Angst vor den Unbilden und furchtbaren Ausbrüchen der Natur in den Urzeiten. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Dertel und Weich im zustimmenden Sinne. — Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß alle Lokale im Orte — mit Ausnahme des Lokals von Bernke — der Arbeiterschaft nicht für Versammlungen usw. zur Verfügung stehen und infolgedessen streng zu meiden sind.

Müritzen.

Wahlverein Bezirk Pankow. In der Mitglieder-Versammlung am 24. d. M. referierte Genosse Sonntag über die neue Parteiorganisation. Der Besuch ließ leider sehr zu wünschen übrig. Die Diskussion war jedoch recht lebhaft und anregend. Ein bedauerlicher Mangel an Disziplin wurde bei einzelnen Genossen gekennzeichnet, die immer wieder solche Lokale besuchen, die für Parteiversammlungen verweigert werden. Die betreffenden Genossen wurden ihr Verhalten sogar durch nichtwürdige Ausreden zu beschönigen, z. B. daß sie zu „kontrollieren“ hätten. In der nächsten Mitglieder-Versammlung am letzten Oktoberabend werden sie sich zu verantworten haben. Ferner wurde gewünscht, daß die in die Gemeindevertretung gewählten Genossen einen zusammenfassenden Bericht über ihre Tätigkeit in der Gemeindevertretung geben. Die nächste Vereinsversammlung soll sich außerdem mit den Vorstandswahlen beschäftigen.

Teltow.

Ein Messerstecher wurde am Sonntagabend festgenommen. Er hatte einem angerufenen polnischen Arbeiter 25 M. und die Uhr geraubt. Als sich der Dieb von anderen Arbeitern verfolgt sah, ging er auf die Verfolger mit dem Messer los und brachte einem zwei und einem anderen einen Messerstich bei.

Theater Folies Caprice

Budapester Possen-Theater
132 Liniestr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Militär-Humoreske von Satyr.
Vorher:

Soll und Haben

und der ausgezeichnete
Spezialitäten teil.

Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Ab 1. Oktober: Sonntag nach-
mittag 3 Uhr Vorst. zu halb. Pr.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4a

Dr. W. Reimer.
Heute Dienstag: Waspiel d. Loewe-
Ergebnis:
Die Waife aus Lowood.

Kabale und Liebe.

Tragedie von Schiller.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger
und Tanzfräulein.
Sonntag Anfang 5, mochtags 8 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säger.
Anfang:
8 Uhr,
7 Uhr,
6 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Arbeiter - Bildungs - Schule.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Lehrplan für das 4. Quartal 1905.

Montag: Max Grunwald, Nationalökonomie.
Tatsachen der Weltwirtschaft. 1. Produktion der wichtigsten
Nahrungs- und Genussmittel und der wichtigsten Rohstoffe der
Industrie: Getreide, Vieh, Fleisch, Zucker, Kaffee, Tabak, Bier;
Kohle, Eisen, Baumwolle, Wolle. — 2. Handel und Verkehr:
internationale Handelsbilanzen, Geldverkehr, Post, Eisenbahnen,
Schifffahrt. — 3. Konsumtion der wichtigsten Nahrungs- und
Genussmittel.

Dienstag: M. H. Baoge, Naturerkenntnis.
Urgeschichte der Menschheit. Die Stellung des Menschen in der
Natur und seine Abhängigkeit von derselben — Alter und Ur-
zustand des Menschengeschlechts — die Grundlagen der Kultur
— Naturvölker und Kulturvölker — Anfänge der Gesellschaft —
Anfänge des Staates — Die Entstehung des Sittengesetzes —
Anfänge und erste Formen der menschlichen Wirtschaft — Die
Anfänge der Technik (Waffen, Werkzeuge, Geräte, Schmuck usw.)
— Die Anfänge der geistigen Kultur oder die Entstehung der
Sprache, Kunst, Religion, Wissenschaft usw.

Mittwoch: Max Maurenbrecher, Geschichte.
Deutsche Politik im neunzehnten Jahrhundert. 1. Der Ertrag der
Napoleonischen Zeit. (1815). — 2. Keimender Liberalismus und
blühende Reaktion. (1815—1840). — 3. Ein demokratischer Ver-
such. (1840—1850). — 4. Reaktion und Konflikt. (1850—1864). —
5. Die dynastische Revolution. (1864—1871). — 6. Kulturkampf
und Sozialistengesetz. (1871—1880). — 7. Sozialreform und
Kolonialpolitik. (1880—1890). — 8. Ein Versuch mit dem Liberalis-
mus [Caprivi]. (1890—1894). — 9. Anläufe der Reaktion
[Hohenlohe]. (1894—1899). — 10. Grundsätzliche Grundsatzlosig-
keit [Bülow]. (1899—1905)*

Donnerstag: Simon Katzenstein, Gesetzeskunde.
Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik (1. Teil). 1. Sozialer und
rechtlicher Charakter der Gemeinde, Staatsgewalt und Selbst-
verwaltung. — 2. Die Entwicklung der Gemeinde. Die alte
Markgenossenschaft, Entstehung der Stadt, Städtewesen im
Mittelalter, Niedergang des Städtewesens, Neuer Aufschwung.
Moderne Großstadtentwicklung. — 3. Die Rechtstellung der
heutigen Gemeinde, Abhängigkeit vom Staate, Klassenherrschaft
im Innern. 4. Die Organisation der Gemeindeverwaltung. Be-
hörden und Bürgervortretung. 5. Die Gemeinde als Staats-
organ. Selbstverwaltung. Soziale Aufgaben. 6. Der Boden als
Träger des Gemeindelebens. Grundrente. Dezentralisations-
bestrebungen. 7. Wohnungsnot und Wohnungsreform. 8. Ge-
sundheitswesen. Körperpflege. 9. Kinderfürsorge.

Freitag: Max Maurenbrecher, Rednerschule.
Übungen im Halten von Vorträgen und in der Diskussionsrede.
Freitag: Max Grunwald, Fortschritts-Kursus
in Nationalökonomie.

Finanzwissenschaftliche Übungen. Die Finanzen des Reiches und
der Bundesstaaten. Die indirekten Steuern. Die Reichsfinanz-
reform.
Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie Montag, den
16. Oktober; Natur-Erkenntnis Dienstag, den 17. Oktober;
Geschichte Mittwoch, den 18. Oktober; Gesetzeskunde und
Rede-Übung für Fortgeschrittene Donnerstag, den 19. Okto-
ber; Rednerschule und Fortschrittskursus in National-
ökonomie Freitag, den 20. Oktober.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt
pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr.
Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis
9 Uhr geöffnet.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-
geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist am zweiten
Abend zu zahlen.
Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unent-
geltlichen Besuche frei.
Für die beiden Fortschrittskurse wird ein Schulgeld von 2 M. pro
Kursus erhoben.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten
bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden
Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a; Heul, Barnim-
straße 42; Vogel, Demminerstraße 32; Krause, Müllerstraße 7a
Horsch, Engel-Ufer 15.
Alle Zuspätkommen sind an den Vorsitzenden Hermann
Lammé, Berlin S. 59, Freiligrathstraße 3, 1. Querg. IV, Geld-
sendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasen-
heide 56, zu senden.
Der Vorstand.
Im 1. und 2. Quartal 1906 werden behandelt werden:
Die Geschichte der bürgerlichen Parteien und die Geschichte der
Sozialdemokratie in Deutschland. Dieser erste Kursus soll dazu
die Grundlage legen. Was in ihm gelehrt wird, wird in den beiden
nächsten Kursen als bekannt vorausgesetzt werden.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Zum 156. Male:
Die
Meyerhains.

Komödie in drei Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorvert. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Fröhlich-Komödie von Anton
und Donat Herrnfeld.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr,
nachm. Sonnt. 3, Bechert. 5 Uhr.
Poldi Augustin
die feiche Soubrette.
Herr Tacianu
Damen-Imitator.
Das glänzende
September-Programm.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Wohltäter der Menschheit.
Schauspiel in 3 Akten v. F. Schiller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch: Lumpenmüllers Lieschen.
Donnerstag: Anna, zu dir ist
mein Hebstor Gang.
Sonabend: Extra-Vorstellung.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurtstr. 132.
Der Weltumsegler wider Willen.
Abenteuerliche Ausstattungsposse mit
Gesang und Ballett in 6 Akten von
G. Kaeber.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Erste
Kindervorstellung: Die sloben Raben.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louise Blot Pariser Sängerin.
4 Luckens amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobattinnen.
Kapitän Woodward
dross. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur
amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Die Trombetta italien. Duett.
Paul Spadoni Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa
Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Th. Börje.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das brillante September-Programm.
Les Miltons
Rockpantomime
Fred Steff
Ueberzirkus
Per Rohrpost
Schwank
und 9 weitere Spezialitäten.
Familienarten sind in allen
Barbier, Friseur u. Zigarren-
geschäften sowie im Theater-
bureau unentgeltlich zu haben.

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Münstr. 16.
Skelet-Mensch
der einzig existierende, ohne Kon-
turen, 22 Jahre alt. 55 Pf. Schw.
Mne-Mno-Mni ???
Entree 20 Pf.
Juristengelehrter 30/1

Dr. E. M. Simons,
Frauenarzt,
Königsberger-Str. 25.
ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert. V
Auftritt v. 36 erstklassigen
Intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis
12 Uhr nachts.

Feldschlößchen
Ritterstraße Nr. 142.
Heute, wie jeden Dienstag:
Hoffmanns
Nordd. Säger.
Dir. Fr. Panther.
Vorzugskarten gültig!
Nach der Soiree: Tanz.

Ziehung schon morgen
bis Sonnabend!
Wohlfahrts-
Geld-Lotterie.
Ziehung:
27. — 30. Septbr.
12,977 Geldgewinne bar
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk
490000
und
75000
Originallose à Mk. 3.30.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181
und Andreasstraße 46 a.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3313L*
Amt 4, 3014.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Arbeiter
Gustav Eberling,
Duffenstr. 69.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des Elisabeth-Kirchhofes
in der Pringel-Allee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
249/18 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Köpenick.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Genosse
Otto Schlag
nach langem Krankenlager am
Sonabend im Krankenhaus zu
Beth verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des hiesigen
Friedhofes aus statt.
Die Genossen werden ersucht,
sich zahlreich daran zu beteiligen.
7/1 Der Vorstand.

**Zentralverband der Handels-,
Transport- u. Verkehrsarbeiter
und Arbeiterinnen.**
Ortsverwaltung Köpenick u. Umg.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass am 23. d. M. der Kollege
Otto Schlag
nach langem schweren Leiden
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des hiesigen
Kirchhofes aus statt. Treffpunkt
der Kollegen: 4 Uhr bei Adolf
Ziele, Marienstr. 11.
Zahlreiche Beteiligung der Kol-
legen erwartet 71/19
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass meine
liebe Frau
Charlotte
geb. Geltrich
am Sonntagmorgen sanft ent-
schlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Heil. Kreuz-
Kirchhofes aus statt.
Der trauernde Gatte
A. Klaub
nebst Geschwistern.
44582

Danksagung.
Für die bei dem Begräbnis meines
Kameres bewiesene Teilnahme und
reichliche Kranzspende sage allen
meinen herzlichsten Dank. Insbe-
sondere dem Herrn Chef und Per-
sonal der Firma „Van Raak, Schmitz
u. Ullrich“, dem Wahlverein, Ver-
band der Wählerarbeiter sowie dem
Männer-Quartett „Harmonia“ für
den feierlichen Gesang. 20416
Friederike Hanig
nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Frau Kosmann,
Duffenstr. 45.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Kameres sage ich der freien
Bereitigung selbständiger Barbiers,
Friseurs und Perückenmacher Berlins
und Umgebung, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein, sowie sämt-
lichen Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 44592
Heinrich Eidner und Frau.

Arbeiter! Parteigenossen!

3 Volksversammlungen

finden am
Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 1/2 Uhr,
in nachfolgenden Lokalen statt:

Kellers Festsäle, Kottbuserstr. 29,
Graumanns Festsäle, Rannysstr. 27,
„Zum Volksheim“ von Karl Wiefenthal, Kärferstr. 123.

Alkoholfrage und Arbeiterklasse.

Diskussion.
Referenten: Genossen **Davidsohn, Störmer** und Genossin
Frau Dr. **Wegscheider-Ziegler.**
Arbeiter! Parteigenossen! „Wissen ist Macht“! Bittet Ihr Euer
Bisfen berechnen, dann erscheint zahlreich in der Versammlung.
295/6 Die Ortsgruppe Berlin des D. A. A. B.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei **Patt,**
Dragonerstraße 15:
Baudeputierten-Versammlung.

Bistigt der Kollegen ist es, von jedem Bau einen Deputierten zu entsenden.
190/8 Der Vorstand.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen Filiale Berlin.

Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, im
Etablissement Buggenhagen, Moritzplatz (Str. Saal, 1 Tr.):
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kollegen **Ritter** über: „Das Programm unserer
Organisation und die Stellung der Mitglieder zu demselben“.
2. Diskussion. 3. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
Die Mitglieder aller Branchen werden ersucht, zahlreich und
pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 27. September, abends 8 Uhr:
Versammlung der Berliner Filialen
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Erziehung zu dem Zentralauschuss. 2. Die Verschmelzung der
Filialen. 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. 295/10
Zahlreichen Besuch erwarten Die Vorstände.

Fahrrad- und Automobil-Ausstellung

BERLIN 1905
21. bis 27. September
Neue Welt
Geöffnet von 10 bis 8 Uhr
Tageskarten 50 Pfg. Dauerkarten Mk. 3.—
Täglich Militär-Concert in der Ausstellung

JAPANS PERLE
Feiner
S. & R. Deli
Sumatra-
Decker,
leicht, blumig
u. angenehm!
Mark 50.—
per Mille.
Pack.: 100 St.
Neue
Forco-Marko!
Ziel 2 Monate
oder länger,
nach Verein-
barung.
Sendung über
M. 15 franko!
4000 Aner-
kennungen.
Durchschlagend.
Erfolg!
Klever & Werres, Holländ. Zigarrenfabrik
und Tabakschneideral Geldern 84 (Nieder-
rhein)

Lieferant für alle
Krankenkassen
Victoria-Bad | Friedr. Wilhelms-Bad
Kottbuser Damm 75 | Chausseestraße 81
vis-a-vis Hohenstaufenplatz | vis-a-vis Liesenstraße.
Amt IV 8102 | Amt II 4495.
Sämtliche Bäder.
Auch für Damen täglich sämtliche Schwitz- und
Massage-Bäder.

Achtung!

7 Versammlungen

Achtung!

der Ausgesperrten

der Elektrizitäts-Gesellschaften

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens & Halske

am Dienstag, den 26. September er., nachmittags 4 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen über den Stand des Streiks und der Aussperrung. 2. Unsere weitere Stellung.

Zu beachten ist nachstehendes:

Die Kollegen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft

versammeln sich in nachstehenden Lokalen: Keller, Koppenstr. 29; Voekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17; Andreas-Festfale, Andreasstr. 21; Brauerei Friedrichshain; Nirdorf: Thiels Gesellschaftshaus, Bergstr. 152;

Die Kollegen von Siemens & Halske

in den Lokalen: Kronen-Brauerei, Alt-Noabit 47/48; Peters Gesellschaftshaus, Bieleffstr. 24.

Die Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 9353.

Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, im

„Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12:

Versammlung der Chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Engelbert Graf über: „Japanische Kultur“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind die in technischen Gartgummi-Betrieben beschäftigten Kollegen besonders eingeladen.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

NB. Die Kollegen der Firma Zonis und G. Löwenstein werden ersucht, in obige Versammlung zu kommen.

Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, im

Charlottenburger Volkshaus, Hofmeisterstr. 3:

Bezirksversammlung für Charlottenburg und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Mietke über: „Neue Waffen im Befreiungskampfe“. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des ersten Bezirksleiters. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, im

„Treddeener Garten“, Treddeenerstr. 45:

Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Faber über: „Unternehmer- und Gehilfenorganisationen im Goldschmiedegewerbe Berlins“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. — Gäste willkommen.

Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, im

„Solberger Salon“, Solbergerstr. 23:

Versammlung d. Former u. Berufsgenossen Berlins u. Umgegend

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Fäuser-Kommission: H. Zernicke. Entwurf eines Mitglieds. 2. Bericht über den Agitationsfonds der Former und Berufsgenossen: A. Körsten. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Willkür für das Herbstverhältnis der Former und Berufsgenossen gelangen in dieser Versammlung zur Ausgabe.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 Uhr, im

Lokal „Birkenwäldchen“ zu Lichterfelde:

Metallarbeiter-Versammlung f. Steglitz, Groß-Lichterfelde u. Umgeg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Max Schütte über: „Zwei Lockspindel“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es geboten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Wo auf Kollegen, rüffel die Edumigen, macht es ihnen zur Pflicht, teilzunehmen an diesen Versammlungen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kammacher! Achtung!

In der Norddeutschen Kammfabrik, Köpenickerstr. 128 (Stüblich u. Neben) bestehen Differenzen.

Zuzug ist fernzuhalten.

Revolutio. Redakteur: Paul Bittner, Berlin. Für den Infereatenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstraße 57

(Eingang: Hermannstraße 25).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1206.

Dieses Mittwoch, den 27. September 1905, abends 8 Uhr: **Beschließende Mitglieder-Versammlung** in Friedrichs Festfale (Borsika), Klosterstraße 6/7.

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrung der A. G. & S. und der Siemens-Schubert-Werke und deren Folgen. 2. Unsere Stellung zur Feenpalast-Resolution. 3. Anträge. 4. Gemeinlichliches.

Es bedarf wohl keiner Betonung, daß angesichts der Situation kein Mitglied fehlen darf.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt, für Streikende und Aussperrte gilt als Ausweis die Streikkarte. — Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet.

280/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, 27. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus,

Warientraße 6:

Branchen-Versammlung

der

Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrehler

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über ihre Tätigkeit vor und während des Streiks. 2. Die Arbeitsvermittlung-Berags. 3. Abrechnung über die gesammelten Gelder. 4. Verschiedenes.

Die Kommission.

Stellmacher.

Donnerstag, 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“,

großer Saal, Rosenthalerstraße 11-12:

Oeffentliche Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:

1. Was beabsichtigen die Fabrikanten und Anstaltsmeister gegen uns zu unternehmen? Referent: Kollege Honke. 2. Diskussion. 3. Belassung des Refulats der Statistik: Kollege Hiebel. 4. Verschiedenes.

93/9 Die Kommission.

Beim Stiftungsfest am Sonnabend ist eine goldene Damenuhr und ein Fächer gefunden und eine Damenuhr verloren worden. Meldungen sind an F. Hammel, O. St., Ederstr. 17, vom IV zu richten.

Sozialdemokr. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis

(Osten, Frankfurter Viertel).

Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, in Voekers Gesellschaftshaus, Weberstraße 17:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Maurenbrecher über: „Die Formen der Revolution in der deutschen Geschichte“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Gäste haben Zutritt. 244/19 Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Mittwoch, den 27. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,

Engel-Hfer 15 (Saal 8):

Mitglieder-Versammlung

der Sektion der Fliesenleger des Zentral-Verbandes der Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Der neue Vertrag der Freien Vereinigung der Fliesenleger und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Bitte Kollegen! Obige Tagesordnung sollte bei jedem im Fliesenlegerberufe beschäftigten Kollegen das größte Interesse erwecken. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Sektionsvorstand. J. K.: Felix Dreife. 148/11

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,

Engel-Hfer 15, großer Saal:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Reorganisation der Wahlvereine Berlin und Umgegend. 2. Antrag auf Ausschlag eines Mitgliedes wegen Streikbruch. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung anwesend zu sein. Der Vorstand. 241/2*

Achtung!

Achtung!

An die Arbeiterschaft Weißensees!

Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung

im „Bräuterei“, Leddersstraße 122.

Tages-Ordnung:

1. Sind die Forderungen der Barbiergehilfen berechtigt, und welche Mittel müssen angewandt werden, denselben Geltung zu verschaffen? Referent Genosse Schobart, Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zu dieser wichtigen Versammlung sind alle Barbiergehilfen Weißensees hiermit eingeladen.

Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin, zu erscheinen. Das Gewerkschaftskomitee. J. K.: Max Schroeder. 222/19

Achtung!

Achtung!

Dienstag, 26. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Wille,

Brannenstraße 188:

Oeffentliche Versammlung Ruppiner-Teupliner Wahlkreises.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag in Jena. Berichterstatter: Ludwig Krasemann-Ruppiner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller in Berlin arbeitenden Genossen des Kreises ist notwendig. J. K.: P. Dobrohlaw, Agitationskommissar. 203/5

Dr. Simmel, Prinzen

Str. 41, Spezialarzt für

Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Stuhlflucht-

rohr in vorzüglicher Qualität.

Stuhlrohrlager Wallstr. 16.

Versuchen Sie schon

das vornehmste u. absolut konkurrenzlose Mittel zum Auf- oder Um- resp. Neufärben von Knaben-, Mädchen-, Damen- und Herren-Garderoben, Portieren, Gardinen, Vorhängen, Säubern, Spitzen etc. Eine kinderleichte Anwendung, kein Abfärben an Haut oder Unterzeug, saubere Hände und Tücher sind Annehmlichkeiten, die Ihnen kein anderes Hausmittel bietet. Alle Farben sind untereinander mischbar und deshalb jede, auch die neueste Nuance bei einem Farbenergebnis sofort herzustellen. Die gefärbten Stoffe sind waschfest. Dr. Ed. Arnold's

Schottland-Farbseife

erhalten Sie in den einschlägigen Geschäften a 30 u. 50 Pf. Dr. Ed. Arnold, Chemische Fabrik, Berlin O. 54, Sophienstr. 8.

Dr. Schlnemann,

Spezial-Arzt für (41022*)

Haut- und Harnleiden,

Frauenkrankheiten,

Seydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt, Wochenl. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8.